G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Stuby und Martin Kutscha
Handhaben gegen den Neofaschismus

Abendroth/Schleifstein/Ramotowski
Diskussion über Polen

Adalbert Krims
Politik und Programm des Wojtyla-Papstes

Norman Paech
Menschenrechte in der Bundesrepublik

Harry Böseke
„Die Deutschen sind nicht freundlich. Sie denken nur in Sachen."
Junge Ausländer sehen die Bundesrepublik

Hella Gerth-Wellmann und Axel Pinck
Der Kapitalexport der BRD und seine Folgen

10 '80

Oktober 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1980

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1980 1153

KOMMENTARE UND BERICHTE

Nach der Wahl – Wie soll es weitergehen? ..... *Karl D. Bredthauer* 1156

Spanien und die NATO ..... *Gerhard Kade* 1161

Drei Gewerkschaftstage ..... *Witich Roßmann* 1165

HAUPTAUFSÄTZE

Handhaben gegen den Neofaschismus
in Grundgesetz und Völkerrecht ..... *Gerhard Stuby und Martin Kutscha* 1169

Diskussion über die Entwicklung in Polen
Ein Gespräch ..... *Wolfgang Abendroth, Josef Schleifstein und Zbigniew Ramotowski* 1182

Politik und Programm des Wojtyla-Papstes
Eine Zwischenbilanz ..... *Adalbert Krims* 1199

Menschenrechte in der Bundesrepublik
Theoretische Positionen und politische Praxis ..... *Norman Paech* 1216

„Die Deutschen sind nicht freundlich. Sie denken nur in Sachen."
Junge Ausländer sehen die Bundesrepublik ..... *Harry Böseke* 1225

Der Kapitalexport der Bundesrepublik und seine Folgen
Neokolonialistische Expansion oder
neue internationale Arbeitsteilung? .. *Hella Gerth-Wellmann und Axel Pinck* 1235

„Redemokratisierung" in Brasilien
Fortsetzung der Diktatur mit anderen Mitteln? (II) ..... *Josef Schmitz* 1255

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD
im 2. Vierteljahr 1980 ..... *Jörg Goldberg* 1264

MEDIENKRITIK

Schrecklicher Anfall von moralischer Wertneutralität ..... *Günter Giesenfeld* 1267

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumentation zur Atomkriegsgefahr und zur Auseinandersetzung mit der neuen US-Atomkriegsstrategie in der Bundesrepublik: Acht Thesen zur neuen Atomkriegsstrategie der USA und zur „Nachrüstung", vorgetragen von Dr. Alfred Mechtersheimer (MPI Starnberg) auf einer Pressekonferenz in Bonn am 11. September 1980 (Wortlaut); Interview mit General a. D. Wolf Graf v. Baudissin über die jüngste Entwicklung der US-Atomstrategie in der „Neuen Hannoverschen Presse" vom 14. August 1980 (Wortlaut); Erklärung der 30. Pugwash-Konferenz in Breukelen (Niederlande) vom 20.-25. August 1980 (Wortlaut); Resolution „Entspannung und Abrüstung" des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 21.–27. September 1980 (Wortlaut); Berliner Erklärung katholischer Christen gegen die Atomrüstung aus Anlaß des 86. Deutschen Katholikentags vom 4.–8. Juni 1980 in Berlin (West) (Wortlaut); „Frieden schaffen ohne Waffen" – Aufruf der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zu einer bundesweiten Friedenswoche vom 16.–22. November 1980 (Wortlaut); Appell des Weltparlaments der Völker für den Frieden vom 23. September 1980 (Wortlaut); Aufruf des Koordinationsausschusses Ökologie und Frieden zu Aktionen „Gegen Rüstung und Atom" am 25. Oktober 1980 in Nordhorn/Lingen (Wortlaut); Aufruf zur internationalen Manifestation gegen die atomare Aufrüstung in Europa am 26. Oktober 1980 in Kaiserslautern (Wortlaut); Der Atomtod bedroht uns alle – Ein Aufruf zum Gespräch von Helmut Ridder, Gösta v. Uexküll und Josef Weber (Wortlaut) 1268

„Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr" – Vorschläge des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko vor der UNO-Generalversammlung am 23. September 1980 (Wortlaut) 1279

Nach der Wahl – Wie soll es weitergehen?

Die Wahl ist entschieden. Das hinter dem Kanzlerkandidaten F. J. Strauß versammelte Lager hat sein ehrgeizigstes Wahlziel nicht erreicht. CDU und CSU haben die absolute Mehrheit erneut verfehlt, Strauß wird nicht Kanzler, jedenfalls nicht mit einer für dieses Ziel gewonnenen Wählermehrheit. Insofern ist das allen seit dem 2. Juli 1979, seit der Nominierung von Franz-Josef Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CSU und CDU, gegen diese Herausforderung aktiv gewordenen Demokraten gemeinsame Minimalziel erreicht worden: „Stoppt Strauß!" Ein Erfolg, den die mit meßbaren Erfolgen nicht gerade verwöhnte Linke in diesem Land jetzt nicht unter Wert veranschlagen sollte. Zu Euphorie besteht allerdings keinerlei Anlaß. Es ist besorgniserregend genug und ein politischer Faktor, auf den es sich auch in den kommenden Auseinandersetzungen einzustellen gilt, daß selbst wenn der Kanzlerkandidat der CDU/CSU Franz Josef Strauß heißt, also kein Mäntelchen bürgerlicher Wohlanständigkeit, der Mäßigung und Mitte für sich in Anspruch nehmen kann und will, sondern ein extrem rechtes Programm offensiv vertritt, dennoch fast die Hälfte der Bevölkerung die Unionsparteien wählt. Wie das möglich ist, muß genauer analysiert werden.

Monate vor der Wahl ist der Öffentlichkeit wieder und wieder versichert worden, Strauß sei und Strauß habe keine Alternative zu Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Politik der sozialliberalen Regierung. Es sei deshalb unangebracht, der Herausforderung von Rechtsaußen offensiv entgegenzutreten. Das beste Gegenmittel sei es, die Autorität des Amtes, die der SPD-Kandidat Schmidt nun einmal auf seiner Seite habe, voll zum Tragen kommen zu lassen, eine reine Kanzlerwahl also, denn eine Politisierung des Wahlkampfes gäbe nur Strauß und der Opposition die Gelegenheit, ihre Themen wie z. B. die Staatsverschuldung und die Rentenfrage auszuspielen. In der NRW-Landtagswahl, so hieß es, habe dieses Rezept seine Bewährungsprobe bestanden. Übersehen wurde dabei von den Wahlstrategen der SPD, daß der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen sehr wohl über die landespolitischen Aspekte und über die Schönheitskonkurrenz der beiden bundespolitischen Charakterdarsteller hinaus von zwei zentralen Fragen oder Losungen beherrscht war, sowenig diese von der hiervon profitierenden SPD auch inhaltlich gefüllt wurden: „Gegen Strauß" und „Den Frieden bewahren". Die meisten NRW-Wahlanalysen stimmen denn auch darin überein, daß die Stoßrichtung gegen Strauß und die Reklamation der Friedenserwartung der SPD in Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit eingebracht haben. Deren Wahlstrategen haben dann offenbar geglaubt, dieses vorgeschossene Vertrauenskapital sozusagen für die Bundestagswahl einfrieren und befreit von den mit beiden Themen verbundenen politischen Ansprüchen jetzt daran gehen zu können, durch Profilierung nach Rechts hin zusätzliche Wählerschichten zu gewinnen und zugleich den politisch brisanten Drall des Friedensanspruchs neutralisieren zu können. Schmidt rühmte sich demonstrativ seiner Verantwortung für die Herbeiführung des verhängnisvollen „Nachrüstungs"-Beschlusses der NATO vom vergangenen Dezember und führte schließlich sogar Genschers unrühmlichen Versuch, durch eine Blitzreise 1977 Präsident Carter doch noch für eine sofortige Entscheidung zugunsten der Neutronen-

bombe zu gewinnen, als scheinbar gegen Strauß taugliche Munition ins Feld! (In der letzten Fernsehrunde der „großen Vier" am 2. Oktober in ARD und ZDF) Makabre Szenen, die eher an den amerikanischen Wahlkampf mit seinen „unsichtbaren Bombern" und anderen Wunderwaffen, an den Versuch der Carter und Reagan, sich mit Aufrüstung und Scharfmacherei gegenseitig den Rang abzulaufen, erinnern mußte, als an die im Frühjahr vorherrschenden Friedensschalmeien oder gar an den Slogan „Den Frieden wählen!", mit dem die SPD 1976 zwei Wochen vor der Wahl die Notbremse zog, den Trend zu ihren Gunsten wenden und die Wahlen gewinnen konnte. Diesmal lautete die Schlüsselparole der SPD im Bundestagswahlkampf nur noch „Sicherheit", „Sicherheit für Deutschland" – was nicht zufällig bei vielen von Demoskopen Befragten als CDU-Slogan eingeschätzt wurde.

Während also die Koalition den Wahlkampf weitgehend als Verklärung der Alternativlosigkeit beging und sich bis zum Schluß verhielt, als sei sie an ein ungeschriebenes Gesetz gebunden, die eigentlichen Fragen der politischen Zukunft „nicht in den Wahlkampf zu ziehen", wurde dies von Strauß und seinem Lager keineswegs honoriert. In der Erkenntnis, daß durchaus nicht alle Bürger ihre Lage und den Zustand der Bonner Politik für so befriedigend halten, daß sie Alternativlosigkeit und Verzicht auf politische Bewegung auch dann schlucken würden, wenn sie einen gangbaren Weg zu mehr als dem „kleineren Übel", mühsamer Besitzstandswahrung und Verhütung von Schlimmerem sehen würden, ging Strauß unbekümmert um alle staatsmännischen Ratschläge zur Offensive über, rief sich und sein Programm zur Alternative aus und propagierte eine „Wende" der deutschen Politik. Da die SPD-Werbung die Themen Frieden und Rechtsgefahr nicht einmal mehr in den Mund nahm, konnte Strauß, nachdem Schmidt sich durch seine Absage an Honecker den nach der Moskau-Reise entscheidenden entspannungspolitischen „Auftritt" verdorben hatte, mit seinen Themen weitgehend die Endrunde des Wahlkampfs bestimmen und zum Schluß sogar die polarisierende Schlüsselparole „Den Sozialismus stoppen" riskieren, und damit auch die Nagelprobe, wie weit die CDU-Klientel ihm zu folgen bereit war. Indem Strauß also sein Programm der Entspannungskritik, des Mißtrauens gegenüber dem Osten, der weiter verschärften Aufrüstung, der weitestgehenden Bindung an die USA und des rücksichtslosen Antikommunismus, Antisozialismus und Antiliberalismus offensiv propagierte, war es schließlich Schmidt, der als einer dastand, der keine Alternative gegenüber der Politik der Rechten hat oder zu formulieren wagt, nicht etwa Strauß als der Mann ohne Alternative zur SPD/FDP-Koalition! Strauß gelang es auf diese Weise, das traditionelle Potential von CDU und CSU weitgehend zu mobilisieren und anfängliche Reserven auch bei Teilen der CDU-Anhängerschaft durch den Druck seiner Offensive zu überwinden. (Das Ausweichen eines kleineren Teils der CDU-Wähler zur FDP könnte sich bald als Danaer-Geschenk für die Koalition, aber auch für die FDP selbst als Pyrrhus-Sieg erweisen.) Das sozialliberale Lager zeigte sich der CDU/CSU-Mobilisierung gegenüber zunehmend paralysiert. War es doch die offizielle Strategie der Parteispitzen, die bis zuletzt und gerade in der Hochphase der Auseinandersetzung große Teile des SPD- und FDP-Potentials geradezu demobilisierte.

Hätte sich nicht eine von diesen Strategen und ihrem Politikverständnis unabhängige Bewegung gegen Strauß und die Rechtsentwicklung formiert und hätten sich nicht wichtige Teile auch der Jusos und der Jungdemokraten den „Volksfront"-Verboten ihrer Parteioberen widersetzt – hätte es also nicht gegen den Willen der Bonner Parteispitzen eine Gegenmobilisierung gegen Rechts, die die Herausforderung Strauß offen annahm, gegeben, der 5. Oktober 1980 hät-

te mit einer bösen Überraschung enden können! Die Gefahr konnte zwar gebannt, aber nicht aufgehoben werden. In diesem Zusammenhang kann ein Novum gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Mehrere Gewerkschaftstage, sogar der der größten Gewerkschaft, der IG Metall, entzogen sich trotz des massiven Wahlkampfdrucks der sonst so oft üblichen mißverstandenen „Solidarität" mit der SPD-Führung, indem sie unmißverständlich gegen den fatalen „Nachrüstungs"-Beschluß der NATO Position bezogen, und dies zu einer Zeit, in der – wie gesagt – der sozialdemokratische Bundeskanzler sich seiner Verantwortung für die Herbeiführung eben dieses Aufrüstungsbeschlusses rühmte. Klare gewerkschaftliche Bekenntnisse gegen Militarismus und Auftrüstungspolitik gerade auch in Wahlkampfzeiten – genau dies hat beispielsweise die Initiative „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" gemeint, als sie in ihrem Aufruf zu einer alle demokratischen Gegenkräfte umfassenden Stoppt-Strauß-Bewegung vor einem Jahr feststellte, nicht Stillhalten, sondern offensives Eintreten für die eigenen Forderungen und Interessen sei die geeignete Methode, der Herausforderung von Rechts entgegenzutreten. (Allerdings gelang es den bundesdeutschen Medien noch einmal, diese brisante Entwicklung in den Gewerkschaften auf bewährte Weise „aus dem Wahlkampf herauszuhalten".)

Wo also steht die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik nach diesem 5. Oktober: „Der Vorhang zu und alle Fragen offen?" – nicht ganz. Daß Strauß „gestoppt" werden konnte, ist eine Erleichterung und ein Erfolg für alle Demokraten, der der Stärkung der demokratischen Bewegung in all ihren Richtungen und Aktionsformen dienen kann, wenn er richtig, also weder über- noch unterbewertet wird. Als Kanzlerdandidat ist Strauß zunächst gestoppt, als Protagonist des ständigen Drucks von Rechts, des ständigen Drucks in Richtung auf eine noch stärkere Rechtsentwicklung, muß er weiter ernst genommen werden. Es darf nicht wieder zu einer derart sträflichen Unterschätzung des hinter Strauß und der extremen Rechten stehenden Potentials kommen wie vor dem 3. Juli 1979. Vor allem aber muß jede Nachwahlanalyse der demokratischen Bewegung davon ausgehen, daß die *Ursachen* und *Triebkräfte* der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik und ihre großen materiellen und personellen Potentiale sämtlich fortbestehen. Heute besteht die Gefahr, daß die sozialliberale Koalition noch mehr als bisher schon zum Exekutor von Schlüsselforderungen der Rechtskräfte wird, noch stärker dahin kommt, die Schmutzarbeit selbst zu erledigen, da die unmittelbare Übernahme dieser Rolle durch die traditionelle Rechtsgruppierung CDU/CSU zur Zeit nicht in Frage kommt. Machen wir uns nichts vor: Die Lösung der Aufgaben, die einem Kanzler Strauß zugedacht waren, wird jetzt von der SPD/FDP-Koalition erwartet und deren Verhalten, schon vor der Wahl, läßt Illusionen nicht zu. Die Art, wie die sozialliberalen Spitzenpolitiker die wesentlichen Interessen der breiten Bevölkerung und ihrer eigenen Wähler aus dem Wahlkampf herauszuhalten versuchten, und erst recht ihr Versuch, „Nachrüstungs"-Beschluß und Rüstungspolitik sogar zu ihren Gunsten ins Feld zu führen, ließen schon ahnen, daß Schmidt und Genscher darauf vorbereitet sind, nach der Wahl weiter nach Rechts zu steuern. Auch Finanzminister Matthöfer hat schon seit Monaten durchblicken lassen, daß es nach der Wahl ans Gürtelenger-schnallen gehen müsse, eine dann unvermeidliche Konsequenz, wenn die Entscheidung für ein strategisches Wettrüsten nun auch in Europa und unter zunehmender Beteiligung der Bundesrepublik nicht revidiert wird.

Von diesem bereits abgesteckten Kurs wird die sozialliberale Koalition sich nur und nur insoweit abdrängen lassen, wie die demokratische Bewegung ihrer Aufgabe und ihrer Erfahrung gerecht wird, daß gegen die Rechtsentwicklung nur

demokratische Gegenmobilisierung Wirkung zeigt. In der gegenwärtigen Situation kommt es dabei offensichtlich in erster Linie auf Ausweitung und verstärktes Zusammenwirken aller großen außerparlamentarischen Initiativen der demokratischen Bewegung an, denn im neuen Bundestag sind die wirklichen Alternativen, um die es heute geht, so wenig vertreten wie im alten. Daran ändern auch die vereinzelten kritischen Abgeordneten nichts, ebensowenig wie die geringen Stimmenanteile der Grünen und der Kommunisten bei der Wahl als Gradmesser für das alternative, demokratische und entspannungspolitische Potential aussagekräftig wären. Dieses Potential, das in der Sitzverteilung des Bundestages keinen sichtbaren Niederschlag findet, ist unter den Wählern von SPD und FDP, DKP und Grünen ebenso zu suchen wie unter denen, die sich der Wahl enthalten haben und sogar unter nicht wenigen, die CDU gewählt haben, weil sie trotz allem damit „christlich" zu wählen glaubten und den tiefen Widerspruch zwischen dem friedenspolitischen und sozialen Anspruch eines zeitgemäßen Christentums und der Politik der CDU/CSU noch übersehen oder verdrängen.

Wenn in den Meinungsumfragen dieses Jahres z. B. immer wieder rund drei Viertel der Bevölkerung für die Fortsetzung der Entspannungspolitik votiert haben, demonstriert dies, daß eine demokratische Mobilisierung sich nicht durch das Klischeebild der politischen Landschaft, wie es dieser Bundestag bietet, irreführen oder entmutigen lassen sollte. Vor der demokratischen Bewegung stehen Aufgaben, deren Lösung die weitestmögliche Einbeziehung aller für demokratische Alternativen, ja aller für die Erhaltung des Friedens zu gewinnenden Kräffte erfordert.

Erstens: Die Frage des Überlebens oder des gemeinsamen Untergangs, ohne Ansehen der unterschiedlichen politischen und sozialen Standpunkte, weist in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation der Verhütung des *atomaren Holocaust* (so Alfred Mechtersheimer, vgl. Dokumente dieses Heftes), der besonders Europa und in erster Linie uns Deutsche bedroht, unbedingten Vorrang zu. Der unheilvolle „Nachrüstungs"-Beschluß der NATO muß, wie alles, was ein weiteres, lebensbedrohendes Aufrüsten in Ost und West – und jetzt immer mehr auch in Europa und in der Dritten Welt – begünstigt, vom Tisch. Von der neuen Bundesregierung muß verlangt werden, daß sie von einer weiteren Militarisierung der Politik und des öffentlichen Lebens, wie sie im Ruf nach „Frauen in die Bundeswehr" oder z. B. in den demonstrativen öffentlichen Rekrutenvereidigungen und vielem anderen zum Ausdruck kommt, Abstand nimmt. Und in Wien, wo die Bundesregierung selbst mit am Tisch sitzt als Teilnehmer der Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa, wo also die Ernsthaftigkeit ihres Abrüstungswillens auf dem Prüfstein steht, darf die neue Regierung nicht länger in der Rolle des großen Bremsers verharren. Wann legt Bonn endlich konkrete Abrüstungsvorschläge, die auch die Bundeswehr und die Bundesrepublik als stärkste NATO-Potenz in Europa miteinbeziehen, auf den Tisch?

Zweitens: Von der neuen Bundesregierung muß verlangt werden, daß sie über Menschenrechte nicht länger nur redet, obendrein nur über Menschenrechte in anderen Ländern, sondern daß sie – auch im Hinblick auf die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid – gegen die gravierenden Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land aktiv wird. Das gilt für die Tausende Berufsverbote ebenso wie für den Anspruch fast einer Million Arbeitsloser auf das Menschenrecht auf Arbeit, für die Abschaffung jeglicher Diskriminierung der Frauen ebenso wie für das Recht der ausländischen Arbeiter auf Schutz vor Rassenhaß und Deklassierung.

Drittens: Der entsetzliche Akt neofaschistischen Terrors in München, über den manche schon wieder Gras wachsen lassen wollen, hat schlagartig deutlich gemacht: Es muß endlich etwas geschehen, um der Vergiftung der Köpfe, des politischen Klimas den Nährboden zu entziehen, wenn wir weit Schlimmerem vorbeugen wollen, solange es noch geht. Schon aus der Enttäuschung über die Wahlniederlage könnte im breiten Dunstkreis der extremen Rechten eine gefährlich verstärkte Neigung erwachsen, Strauß „an die Macht zu bomben" (München war in dieser Hinsicht ein „Vorgeschmack"), wenn jetzt nichts Entscheidendes zur Trockenlegung des rechten Sumpfes geschieht. Dabei muß endlich realistisch gesehen werden, daß rechtsradikale Gewalttätigkeit und Neofaschismus keine bedeutungslos-anachronistischen Randerscheinungen sind, sondern Bestandteil, potentielle Kernelemente eines Konzepts autoritärer Machterhaltung und -stabilisierung angesichts anhaltender und wachsender wirtschaftlicher Krisen und der von ihnen ausgehenden Erschütterungen. Wenn jetzt wirklich eine reinigende Klimaveränderung bewirkt werden soll, dann muß an den Ursachen dafür angesetzt werden, daß sich in diesem Land, nach allem was hier 1933–1945 geschehen ist, eine „politische Kultur" oder besser Unkultur herausgebildet hat, in der selbst neofaschistische Gewalt und ihre Verharmlosung wieder gedeihen können.

Dabei stößt man unweigerlich auf einen „Geburtsfehler" dieser Republik, der bis heute offiziell unangefochten bleibt: den zur Staatsdoktrin geronnenen Antikommunismus, der zwangsläufig immer wieder zur Brücke zwischen altem und Neo-Faschismus und Antidemokratismus wird. Ohne ein politisches Klima, wie es vor allem durch das Instrument der Berufsverbote geschaffen worden ist, wäre ja auch eine solche Absurdität kaum denkbar, daß in der durch und durch bürgerlichen Bundesrepublik des Jahres 1980 die eine der beiden großen Parteien gegen die andere, gegen die SPD eines Helmut Schmidt, ihren Wahlkampf mit der Paniklosung „Den Sozialismus stoppen!" führen kann, ohne sich von vorneherein der Lächerlichkeit preiszugeben. Vom Alternativenverbot bis zur Verharmlosung und De facto-Begünstigung neofaschistischer Aktivitäten reicht die Vergiftung des politischen Klimas in diesem Land, ein Syndrom, das keineswegs allein Alternativkräfte wie Kommunisten, Linkssozialisten oder Grüne bedroht, sondern selbst SPD und FDP immer wieder, wie dieser Wahlkampf in grotesker Weise gezeigt hat, in die Defensive und Abgrenzungsakrobatik auch in den eigenen Reihen treibt. Die definitive Aufhebung der Berufsverbote und die Rehabilitierung ihrer Opfer ist auch in diesem Zusammenhang als ein entscheidender Schritt zur Reinigung der politischen Atmosphäre zu fordern.

Viertens: Die anhaltende und jetzt – nachdem man vor dem Wahlvolk wieder vier Jahre bundespolitische Ruhe zu haben hofft – verstärkte Tendenz zum Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften zugunsten des Ausbaus wirtschaftlicher und militärischer Macht muß gestoppt werden. Neben neuem Wettrüsten und bedrohlicher Erhöhung der Kriegsgefahr bewirkt diese Politik des Gürtelenger-schnallens um weltpolitischer Machtambitionen willen – und der Abwälzung der Krisenfolgen auf die breite Bevölkerung – die fortschreitende Einschränkung demokratischer Rechte und gleichzeitig Verunsicherung, Angst, Aggressionen, nicht zuletzt durch die Zerstörung der Zukunftserwartungen, vor allem vieler Jugendlicher, und bereitet damit autoritären, rechtsradikalen und neofaschistischen Scheinalternativen den Boden. Zu den Konsequenzen nach München und nach dieser Wahl gehört deshalb auch, daß die Abwehr des Sozialabbaus, der Kampf gegen die Zurückdrängung der gewerkschaftlichen und aller demokratischen Positionen –

Beispiel Mannesmann und die Mitbestimmung – erhöhte Bedeutung auch für die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik erhält. Auf den letzten Gewerkschaftstagen ist eine deutliche Zunahme des Verständnisses für diesen Zusammenhang erkennbar geworden, eine Entwicklung, die Mut macht.

Hier schließt sich der Kreis, wie in letzter Zeit in einer Reihe von Nachbarländern der Bundesrepublik noch deutlicher wurde, vor allem im anhaltenden Widerstand der belgischen und niederländischen Bevölkerungsmehrheit gegen die „Nachrüstung" und in den jüngsten Beschlüssen der britischen Sozialdemokraten. Zwischen der Abwehr der anlaufenden neuen Aufrüstungsrunde, der Verhütung neuer, noch weit folgenreicherer Wirtschaftskrisen und der Verhinderung weiterer Rechtsentwicklung, autoritärer oder neofaschistischer Anschläge auf die Demokratie besteht eine enge Wechselwirkung.

Dänemarks sozialdemokratischer Regierungschef Jörgensen hat den Mut und den Realismus an den Tag gelegt, der gerade der sozialliberalen Koalition in Bonn gut anstände: Er hat die Beteiligung Dänemarks am finanziellen Aufrüstungsprogramm der NATO aufgekündigt und dafür sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe genannt: eine Verwirklichung der NATO-Beschlüsse über die alljährliche automatische Erhöhung der Rüstungsausgaben würde die Entspannung untergraben und zugleich das eigene Land wirtschaftlich ruinieren. Ähnlich wie die Dänen sehen es heute schon die Belgier, die Niederländer und u. a. die britische und italienische Opposition. Die Bundesrepublik wird sich der gleichen Problematik nicht in alle Zukunft entziehen können.

Vor allem aber die Tatsache, daß wir die ersten und „todsicheren" Opfer wären, wenn aus den Sandkastenspielen der Rüstungswettläufer blutiger Ernst wird, erlaubt gerade uns Deutschen in Sachen Kriegsverhütung und Rüstungsstopp keine Passivität. Die demokratische Bewegung ist hier – nach dieser Wahl, die zwar Strauß, aber noch nicht die Rechtsentwicklung gestoppt hat, erst recht – über alle Parteigrenzen und Differenzen hinweg gefordert.

Karl D. Bredthauer

Spanien und die NATO

Spanien und vor allem seine Hauptstadt rücken in diesem Herbst in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. In Madrid verhandeln in verschiedenen Etappen und auf unterschiedlichen politischen Ebenen die Vertreter der europäischen Staaten, der USA und Kanadas über das weitere Schicksal unseres Kontinents, über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Als in Belgrad bei der KSZE-Nachfolgekonferenz die Entscheidung fiel, das nächste Treffen der Staaten Ende 1980 in Madrid zu veranstalten, waren vor allem zwei Komponenten ausschlaggebend: Erstens: Einer festen Tradition folgend sollten Ost-West-Verhandlungen an einem Ort der Neutralität erfolgen. Die spanische Hauptstadt sollte sich problemlos in die Reihe solcher Städte wie Helsinki, Belgrad, Wien und Genf einfügen. Blockfreiheit sollte also erneut groß geschrieben werden. Und man wollte zweitens der jungen spanischen Demokratie die Reverenz der internationalen Politik erweisen.

Allerdings gab es schon damals kritische Beobachter, die die Aktivitäten der westlichen Allianz, die NATO und ihren wirtschaftlichen Unterbau in Form der EG weiter auszubauen und dabei Spanien in diese Pläne einzubeziehen, mit höchstem Mißtrauen betrachteten. Gerade die Her-

Beispiel Mannesmann und die Mitbestimmung – erhöhte Bedeutung auch für die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik erhält. Auf den letzten Gewerkschaftstagen ist eine deutliche Zunahme des Verständnisses für diesen Zusammenhang erkennbar geworden, eine Entwicklung, die Mut macht.

Hier schließt sich der Kreis, wie in letzter Zeit in einer Reihe von Nachbarländern der Bundesrepublik noch deutlicher wurde, vor allem im anhaltenden Widerstand der belgischen und niederländischen Bevölkerungsmehrheit gegen die „Nachrüstung" und in den jüngsten Beschlüssen der britischen Sozialdemokraten. Zwischen der Abwehr der anlaufenden neuen Aufrüstungsrunde, der Verhütung neuer, noch weit folgenreicherer Wirtschaftskrisen und der Verhinderung weiterer Rechtsentwicklung, autoritärer oder neofaschistischer Anschläge auf die Demokratie besteht eine enge Wechselwirkung.

Dänemarks sozialdemokratischer Regierungschef Jörgensen hat den Mut und den Realismus an den Tag gelegt, der gerade der sozialliberalen Koalition in Bonn gut anstände: Er hat die Beteiligung Dänemarks am finanziellen Aufrüstungsprogramm der NATO aufgekündigt und dafür sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe genannt: eine Verwirklichung der NATO-Beschlüsse über die alljährliche automatische Erhöhung der Rüstungsausgaben würde die Entspannung untergraben und zugleich das eigene Land wirtschaftlich ruinieren. Ähnlich wie die Dänen sehen es heute schon die Belgier, die Niederländer und u. a. die britische und italienische Opposition. Die Bundesrepublik wird sich der gleichen Problematik nicht in alle Zukunft entziehen können.

Vor allem aber die Tatsache, daß wir die ersten und „todsicheren" Opfer wären, wenn aus den Sandkastenspielen der Rüstungswettläufer blutiger Ernst wird, erlaubt gerade uns Deutschen in Sachen Kriegsverhütung und Rüstungsstopp keine Passivität. Die demokratische Bewegung ist hier – nach dieser Wahl, die zwar Strauß, aber noch nicht die Rechtsentwicklung gestoppt hat, erst recht – über alle Parteigrenzen und Differenzen hinweg gefordert.

Karl D. Bredthauer

Spanien und die NATO

Spanien und vor allem seine Hauptstadt rücken in diesem Herbst in den Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. In Madrid verhandeln in verschiedenen Etappen und auf unterschiedlichen politischen Ebenen die Vertreter der europäischen Staaten, der USA und Kanadas über das weitere Schicksal unseres Kontinents, über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Als in Belgrad bei der KSZE-Nachfolgekonferenz die Entscheidung fiel, das nächste Treffen der Staaten Ende 1980 in Madrid zu veranstalten, waren vor allem zwei Komponenten ausschlaggebend: Erstens: Einer festen Tradition folgend sollten Ost-West-Verhandlungen an einem Ort der Neutralität erfolgen. Die spanische Hauptstadt sollte sich problemlos in die Reihe solcher Städte wie Helsinki, Belgrad, Wien und Genf einfügen. Blockfreiheit sollte also erneut groß geschrieben werden. Und man wollte zweitens der jungen spanischen Demokratie die Reverenz der internationalen Politik erweisen.

Allerdings gab es schon damals kritische Beobachter, die die Aktivitäten der westlichen Allianz, die NATO und ihren wirtschaftlichen Unterbau in Form der EG weiter auszubauen und dabei Spanien in diese Pläne einzubeziehen, mit höchstem Mißtrauen betrachteten. Gerade die Her-

stellung demokratischer Verhältnisse in Spanien war ihrer Meinung nach nicht ein Hindernis für die Aufnahme des Landes in das westliche Paktsystem, sondern eine Ermunterung. Denn: Unter dem Regime des faschistischen Diktators Franco war Spanien für die führenden Länder der Allianz als Mitglied in keiner Weise salonfähig. Jeder Schritt in Richtung Aufnahmeverhandlungen hätte die demokratische Öffentlichkeit auf den Plan gerufen. Nun allerdings sahen sie plötzlich ihr Ziel näherrücken: Die zweifelsohne schon vorhandenen Bindungen an die Allianz in den offiziellen Beitritt umzumünzen.

Was reizt die NATO an Spanien?

Daß sich Spanien für die NATO in vielfältiger Weise eignet, ist ja in der Tat unbestritten. Die geografische Lage des Landes läßt keinen der politischen und militärischen Planer in Brüssel, Bonn oder Washington ruhig schlafen, solange er nicht darüber frei verfügen kann. Die iberische Halbinsel hat sowohl Zugang zum Mittelmeer als auch zum Atlantik. Hierdurch ergeben sich für Europa neue Chancen, seine Erdölversorgungstransporte abzusichern, denn über 20% der Erdölimporte kommen über das Mittelmeer. Als strategischer Riegel und Brükke zwischen Mittelmeer und Atlantik könnte das Land taktische Aufgaben der NATO mit Blick auf Nordafrika erfüllen. Es ist zur Errichtung von Stützpunkten und als Drehscheibe beim Transport von NATO-Truppen nach Mitteleuropa, dem Nahen Osten und nach Nordafrika geeignet. Das ausgedehnte Territorium Spaniens, schließlich mehr als doppelt so groß wie die Bundesrepublik, sichert ein ausreichendes strategisches Hinterland im Falle einer militärischen Konfrontation im europäischen Raum oder im Mittelmeerbereich. Sicher – so meint man in den Brüsseler Chefetagen – könnte Spaniens NATO-Mitgliedschaft das Verteidigungsrisiko Frankreich zumindest teilweise eleminieren. Und nicht zuletzt hoffen die Experten in Brüssel, mit einem künftigen NATO-Mitglied Spanien die wacklige Südflanke des Bündnisses mittels 40 spanischer Divisonen noch einmal zu stabilisieren; letzteres um so mehr, als ein Ende des Konflikts zwischen Griechenland und der Türkei nicht abzusehen ist und Italien als Bundesgenosse – zumindest was die Zukunft anlangt – weiter unsicher bleibt.

Bereits vor drei Jahren nannte Springers „Welt" die Hoffnungen der NATO-Generale beim Namen, als sie schrieb, daß „Spanien eine europäiche Schlüsselstellung" darstellt, deren „Funktion im westlichen Sicherheitssystem auch ohne Teilnahme am atlantischen Bündnis größer und wichtiger war als die mancher NATO-Mitgliedstaaten. Mit anderen Worten: Diese iberische Position ist für die westliche Sicherheit lebenswichtig." („Die Welt" v. 22. 11. 1975) Mancher fürchtete beim Plazet der KSZE für Madrid, daß dies alles die NATO und die EG veranlassen könnte, Spanien auf ihren Bündniskurs zu bringen.

Wichtige Weichen wurden längst gestellt

Die Annahme, Spanien solle in die NATO eingebunden werden, war ja auch alles andere als eine Fiktion. Die Realitäten liefen schon lange in diese Richtung. Im September 1953 schlossen die USA ein Abkommen über „gegenseitigen Beistand in Verteidigungsfragen" mit Spanien, das Washington den Zugriff auf die iberische Halbinsel gestatte. Schon 1957 legte der amerikanische Kongreß dem State Department nahe, eine „Integration des Landes in die NATO" zu betreiben. Das amerikanische Stützpunktabkommen mit Spanien wurde mit dem „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" vom 24. Januar 1976 verlängert. Schließlich gelang es den Bündnisländern, Spanien (seit 1971) in das den gesamten Mittelmeerraum erfassende Fernmeldesystem sowie in das NATO-Frühwarnsystem der Luftstreitkräfte einzubinden.

Ende der 70er Jahre besichtigten auf Einladung des NATO-Hauptquartiers hohe spanische Offiziere NATO-Objekte in Rom, Neapel und Brüssel. Danach wurden sie zu „Sondierungsgesprächen" vom Oberbefehlshaber für Westeuropa, General Haig, empfangen. Gemeinsame militärische Aktivitäten folgten. Wie der „Spiegel" in seiner Ausgabe 48/1977 zu berichten weiß, nahmen spanische Verbände im September 1977 zum ersten Mal direkt an einem NATO-Flottenmanöver teil. Vorausgegangen waren bilaterale Flottenmanöver mit den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und der Bundesrepublik.

Entsprechend einer Entschließung der Nordatlantischen Versammlung im November 1976 (vgl. „Europa-Archiv", 4/1977, S. 92) nahmen im Mai 1977 erstmalig drei spanische Diplomaten als Beobachter an den NATO-Frühjahrstagungen teil.

Mit dem spanisch-portugiesischen Vertrag vom November 1977 (Wortlaut in „El Pais" v. 23. 11. 1977) stellt der NATO-Partner Portugal über die bilaterale militär-politische Zusammenarbeit eine neue Bindung zwischen Spanien und er Allianz her.

Bei amerikanisch-spanischen Verhandlungen in den Jahren 1977 bis 1979 steht ein spanisches NATO-Engagement stets ganz oben auf der amerikanischen Wunschliste.

Die Hartnäckigkeit der NATO, Spanien in die Organisaton hineinzulotsen, ist deutlich. Warum wurde bislang nichts daraus?

Triftige Gründe für taktisches Zögern

Zwei Hauptgründe vor allem ließen die NATO bis zum Jahre 1980 zögern. Zum einen die innere Situation im Lande selbst: Ein Teil der einflußreichen Opposition sprach sich bis dahin gegen einen Beitritt aus. Suarez hielt sich dementsprechend mit einem offiziellen Aufnahmeantrag zurück. Er fürchtete mit Recht, daß eine Forcierung des NATO-Beitritts den innenpolitischen Reformkurs in Frage stellen könnte. Einflußreiche Wirtschaftskreise des Landes fragen sich zudem, ob es nicht vorteilhafter für die internationale Stellung Spaniens wäre, der NATO wenigstens offiziell fern zu bleiben, zum Beispiel, um nicht den Ostblock und die arabische Welt herauszufordern. Zum anderen – und das ist eindeutig dominierend – wollte man auch in den Hauptstädten einiger NATO-Mitgliedsländer noch kein „grünes Licht" für den offiziellen Beitritt geben. Diskussionen um den NATO-Beitritt hätten neue Konflikte in der Allianz ausgelöst, wenn man beispielsweise an die Gibraltar-Frage denkt.

Doch das galt allem Anschein nach nur für die 70er Jahre. 1980 oder im kommenden Jahr will man offenbar eine Entscheidung erzwingen, denn der politische Druck auf Madrid ist geradezu massiv geworden.

Der Druck auf Madrid nimmt zu

Der spanische Beitritt in die NATO und in die EG soll nun auf die Tagesordnung gesetzt werden. Spanische Führungskreise haben wiederholt festgestellt, daß ein Beitritt zum Europarat, zur EG und zum Atlantischen Bündnis in Betracht gezogen und diskutiert werden könne. Die erforderlichen politischen Initiativen für die Eingliederung Spaniens in die NATO wolle man ergreifen.

Auch die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) kommt nach und nach ins Wackeln. Es mehren sich Stimmen, die die „Einbeziehung Spaniens in multilaterale Verteidigungsbemühungen des Westens" als wünschenswert darstellen und ein Referendum über die Fragen eines NATO-Beitritts nicht für opportun halten. Ausländische Bruderparteien, wie die SPD, aber auch Konsultationen in den USA, haben diesen „Lernprozeß" bewirkt.

Inzwischen hat, so vor allem im Sommer 1980, die spanische Regierung den Wünschen nach Beitritt mit eigenen Initiativen entsprochen.

Der hohe Preis

Der Preis für eine solche Politik wäre außerordentlich hoch. Und er wäre allein durch Spanien zu entrichten.

Erstens kostet die NATO-Aufnahme Spanien seine Unabhängigkeit in der Außen- und Militärpolitik. Künftig bestimmt dann die Allianz, was Madrid zu tun oder zu lassen hat. Folgenschwer werden die Beziehungen zum Ostblock, aber auch zu Ländern der Dritten Welt belastet. Die spanische Außenpolitik, die heute noch auf Helsinki eingeschworen ist, verlöre damit ihren Spielraum. Dies wäre mit Sicherheit der Schritt zum Statisten auf der Bühne der europäischen und internationalen Politik.

Zweitens würde die spanische Regierung durch eine Anpassung an das NATO-Konzept besonders gegenüber den arabischen und nordafrikanischen Ländern in Schwierigkeiten geraten und somit die langfristige Sicherung spanischer wirtschaftlicher Interessen in Gefahr bringen. Denn die vieldeutige Haltung der NATO-Staaten, z. B. zum Konflikt Israels mit der arabischen Welt sowie zu den Interventionen im afrikanischen Raum, genießt nicht gerade das Vertrauen der Dritten Welt.

Drittens würde auch die spanische Innenpolitik der NATO-Kontrolle unterworfen. Schon der erste Blick in die römischen Zusatzverträge läßt erkennen, daß die Entwicklung eines Mitgliedlandes „innere Angelegenheit" des Paktes ist.

Viertens kostet der NATO-Beitritt die Spanier viel Geld. Die in den letzten Jahren verabschiedeten Programme der Allianz zur Modernisierung der Streitkräfte und zur Raketenrüstung bürden allen NATO-Staaten Lasten auf.

Fünftens: Das Land gerät in die Gefahr, im Ernstfall Ziel eines Atomschlages des Warschauer Paktes zu werden, und zwar bei einer möglichen Stationierung und Lagerung neuer Atomwaffen auf spanischem Hoheitsgebiet. Und nicht nur die Lagerung von Massenvernichtungswaffen käme bei einem NATO-Beitritt unweigerlich auf die Spanier zu. Ebenso sicher würden zahlreiche neue Stützpunkte und andere militärische und politische Einrichtungen des Paktes entstehen (bei Brüsseler NATO-Planern sind sie übrigens gedanklich schon konzipiert) und mit all ihren negativen Folgen das Land überschwemmen.

Sechstens: Die spanische Regierung wäre mit unüberbrückbaren Sonderinteressen einzelner Mitglieder des Bündnisses konfrontiert. Die französischen Interessen laufen auf neue Absatzmärkte für Rüstungsgüter hinaus; die Gibraltar-Forderungen an Großbritannien sind nicht realisierbar; die USA bestehen auf Rechten an den Kanarischen Inseln.

Von Spanien als Gastgeber der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz wird erwartet, daß es an die guten Traditionen von Helsinki und Belgrad anknüpft. Das heißt aber auch, dem Geist der KSZE gemäß, weiterhin das Ansinnen abzuwehren, die Eigenständigkeit in der Innen- und Außenpolitik aufzugeben und das eigene Land zum Stellplatz von NATO-Raketen werden zu lassen.

Gerhard Kade

Drei Gewerkschaftstage

Ähnlich „Pilotabschlüssen" in der Tarifpolitik komme den Gewerkschaftstagen der IG Chemie, der IG Metall und der HBV im September 1980 eine „Vorläufer"-Rolle zu – stellte nicht zu Unrecht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) fest. Eine vor der Bundesrepublik liegende „Epoche mit außerordentlichen, bislang unbekannten Schwierigkeiten" sei ohne die „Mitwirkung der Gewerkschaften" nicht zu bewältigen. Kraft und Wille dazu hängen „angesichts eines schicksalhaften zweiten Generationswechsels" von der kommenden „Führungsgarnitur" ab[1]). Registriert das „Handelsblatt" im Vorfeld des IG Chemie Gewerkschaftstages „ das Szenario für eine ‚grausame Schlacht'"[2]), so verweist der „stern" nach dem HBV-Gewerkschaftstag darauf, „wie ein radikaler Macht- und Richtungswechsel reibungslos vor sich gehen kann"[3]), während die FAZ für die IG Metall konstatiert: „Ein Block radikaler Funktionäre, die im engsten Schulterschluß mit dem linken Flügel der SPD marschieren, können zwar (noch) nicht die Politik einer Gewerkschaft bestimmen; aber ihr Einfluß wird zunehmend deutlicher."[4]) Solcherart unter intellektuellem und politischem Vermarktungszwang publizierender Journalismus erfaßte zwar einige äußerliche Merkmale, steht aber den dominierenden Problemen und Entwicklungen dieser Gewerkschaftstage verständnislos gegenüber.

Der vorherige Zyklus von Gewerkschaftstagen 1977/78 war bestimmt von heftigen Debatten um die konzeptionelle Grundlinie gewerkschaftlichen Kampfes unter strukturellen Krisenbedingungen und dem sozialen Rollback-Programm der Unternehmerverbände. In ihrem Ergebnis standen solche Forderungen wie das Recht auf Arbeit, eine Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, die Humanisierung der Arbeit, ein generelles Verbot der Aussperrung, die Sicherung der Montanmitbestimmung und ihre Verbreitung in der gesamten Industrie sowie die Aufkündigung der Konzertierten Aktion. Diese Forderungen wurden vom DGB in verallgemeinerter Form in seinem im April 1979 vom Bundesausschuß in aller Stille verabschiedeten Aktionsprogramm ebenso wie in den einzelnen Kapiteln des Grundsatzprogrammentwurfs des DGB festgeschrieben und – wenn auch mit unterschiedlichen Nuancen – von den genannten Gewerkschaftstagen ohne größere Konflikte bestätigt. Sie waren zugleich zwischen 1978 und 1980 Gegenstand zahlreicher Arbeitskämpfe und -konflikte, die von den Gewerkschaften IG Metall, IG Druck und Papier, ÖTV, HBV, der Gewerkschaft Holz, der GEW und der RFFU (Rundfunk-, Fernseh- und Film-Union) u.a. in unterschiedlicher Intensität und mit wechselndem Erfolg durchgefochten wurden. In ihnen zeigten sich – wie der Geschäftsbericht der IGM mehrfach feststellt – recht enge Grenzen für die traditionelle Gewerkschaftspolitik. Das ließ die Frage der „Durchsetzungsstrategien" und ihrer organisationspolitischen Grundlagen zu einem brisanten Zündstoff der Gewerkschaftstage werden. Die harte und flexible Politik der Unternehmerverbände, die mit der zentralisierten Politik ihres „Tabu-Katalogs", mit neuen Sozialpartnerschaftsangeboten nach dem Mitbestimmungsurteil des Bundesverfassungsgerichts und mit Spaltungsdrohungen gegen die Einheitsgewerkschaften (in Kooperation mit der CDU/CSU) agierten, erforderte politisch und organisatorisch-konzeptionell neue Antworten. Der gilt auch für die gezielte ideologische Kampagne gegen progressive Entwicklungen in den DGB-Gewerkschaften unter dem Motto der „kommunistischen Unterwanderung".

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 2. 9. 1980.
2) „Handelsblatt" v. 4. 8. 1980.
3) „stern", Nr. 49 v. 25. 9. 1980.
4) FAZ v. 29. 9. 1980.

Die unterschiedlichen Positionen in diesen Debatten wurden mit den Begriffen „Sozialpartnerschaft" oder „Politik sozialer Gegenmacht" gekennzeichnet. Die IG Metall, die Ende 1979 mit 2,68 Mio. Mitgliedern trotz stagnativer Beschäftigtenzahlen einen neuen absoluten Mitgliederrekord erreichte und im Berichtszeitraum 1977–79 über 1,2 Mrd. DM Beitragseinnahmen verbuchte, kennzeichnete ihren Standpunkt mit dem Kongreßmotto: „Einheitsgewerkschaft: – solidarisches Handeln, – soziale Gegenmacht". Dem „Programm der Restauration", das sich in der Mobilisierung der Unternehmer gegen Sozialstaat und sozialen Besitzstand und im „Vorrang von Gewinn- vor Arbeitnehmerinteressen" ausdrücke, müsse – so IGM-Vorsitzender Loderer – entsprechend den verabschiedeten Forderungen wie dem Grundsatzprogramm, das „eine umfassende Konrolle der wirtschaftlichen Macht und Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien" einschließe, eine „Politik sozialer Gegenmacht" entgegengestellt werden. Die IG Metall sei nicht „Sozialpartner der Arbeitgeber, sondern ein selbstbewußter und unabhängiger Kampfverband".

Auch die HBV – die laut neugewähltem Vorstandsmitglied Christian Götz „schon seit einigen Jahren nicht mehr sozialpartnerschaftlich eingeordnet werden" kann – sprach sich auf ihrem Gewerkschaftstag für eine „Politik sozialer Gegenmacht" aus, die vom Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ausgeht und bei der sich eine aktive, qualifizierte Tarifpolitik und der Ausbau entsprechender Organisationsgrundlagen gegenseitig bedingen. Die „Dienstleistungsgewerkschaft" HBV, die 1949 mit nur 30000 Mitgliedern, ohne Vermögen und Startkapital einen völlig unorganischen Zuständigkeitsbereich übernahm und immer in stärkster Konkurrenz zur DAG stand, überschritt schon 1978 die 300000 Mitglieder-Grenze. Unter ihnen befinden sich 85% Angestellte und 52% sind Frauen. Die in über 5000 Betrieben mit Beriebsräten präsente HBV (in mehr Betrieben ist im DGB-Bereich nur noch die IGM vertreten) verabschiedete Rationalisierungsschutzforderungen und den Einstieg in die 35-Stunden-Woche als wichtige Schwerpunktziele. Bei ihrer Durchsetzung – so Götz – „können die Gewerkschaften insgesamt keinen anderen Kurs fahren als den der sozialen Gegenmacht, wenn sie nicht mittel- oder langfristig das Vertrauen von Mitgliedern und Arbeitnehmern verlieren wollen. Und ohne dies Vertrauenskapital sind die Gewerkschaften in allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen machtlos".

Konträr dazu steht die Position des IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild, Vertrauter des Bundeskanzlers, der noch 1978 auf dem DGB-Bundeskongreß die „Konzertierte Aktion" zu retten suchte: „Die Zahl der Probleme ist so groß, daß wir den Interessen beider Seiten eher mit Kooperation gerecht werden als mit Konfrontation." Diese Positionsmarkierung verteidigte Hauenschild auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag gegen seine Kritiker wie das amtierende, aber nicht wieder vorgeschlagene und gewählte Vorstandsmitglied Plumeyer. Dieser hatte konstatiert: „Gewerkschaftliche Gegenmacht beschließen und dabei gleichzeitig in wichtigen Bereichen Sozialpartnerschaft praktizieren, muß zu Komplikationen führen." Dies zeigte nicht zuletzt der Gewerkschaftstag selbst, auf dem die Kritiker der Vorstandsmehrheit deren sozialpartnerschaftliche Politik in vielen Einzelpunkten mitunter sehr scharf monierten, ohne sich indes in den kontroversen Fragen durchsetzen zu können.

Während bei der HBV der vollzogene umfassende Wechsel der Vorstandsbesetzung weitgehend mit den beschlossenen Zielvorstellungen, aber auch dem gewerkschaftspolitischen Spektrum der HBV-Mitglieder übereinstimmt, fand die auf eine Gegenmachtpolitik drängende, mindestens ein Drittel der Delegierten repräsentierende Strömung, im IG Chemie-Vorstand keine adäquate Vertretung.

In diesen divergenten Wahlergebnissen reflektiert sich zugleich ein unterschiedliches Verständnis der Einheitsgewerkschaften – ein vor allem unter dem Stichwort „kommunistische Unterwanderung" auf allen Gewerkschaftstagen diskutiertes Thema. In Übereinstimmung mit Hauenschild formulierte dessen Stellvertreter Rappe dazu: „Ich bin seit über 30 Jahren Sozialdemokrat und möchte vom Prinzip der Einheitsgewerkschaft her parlamentarisch-demokratische Parteigänger in den Gremien sehen und nicht die Sektierergruppen der Kommunisten." Kaum erwähnenswert, daß Kommunisten hier als Synonym für klassenorientierte Kräfte insgesamt stehen. Die HBV – Gegenstand einer mehrmonatigen Kampagne mit dem Vorwurf kommunistischer Unterwanderung, die das ZDF-Magazin, die konservative Presse und die DAG in enger Kooperation führten – ließ sich eine Diskussion über ihr Verhältnis zur DKP nicht aufzwingen. Fast einstimmig wurde alternativ dazu ein Initativantrag zum Thema „Einheitsgewerkschaften und Parteien" verabschiedet, in dem die Einheitsgewerkschaft als entscheidende Lehre aus der Niederlage der Arbeiterbewegung vor dem Faschismus begriffen wird. Der Antrag fordert – was in neuen DGB-Grundsatzprogrammentwurf fehlt – zu „weltanschaulicher, religiöser und politischer Toleranz" auf und verlangt vom neuen Vorstand eine eingehende Untersuchung der Beziehungen zu den Parteien.

Die IG Metall ging noch einen Schritt weiter und präsentierte dem Gewerkschaftstag ein „Metall-Taschenbuch" unter dem Titel „Kämpfe und Kampagnen. Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung – ein Mittel zur Schwächung gewerkschaftlicher Solidarität". Im Vorwort schreiben die Vorstandsmitglieder Mayr und Preiss: „In unseren Reihen zählt nicht das Trennende, sondern das, was uns verbindet: der gemeinsame Kampf für die Verwirklichung gemeinsamer Ziele." Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung – so Eugen Loderer – sei der „Giftküche des politischen Gegners" entnommen. Das für Jugendarbeit zuständige Vorstandsmitglied Georg Benz – wie auch zahlreiche Diskussionsredner – kritisierten inbesondere Erklärungen des DGB-Vorstandsmitglieds Schwab zur Bundesjugendkonferenz 1977. Seitdem könnten „sich unsere Gegner zum angeblichen Beweis für ihre politischen Diffamierungen auf Spitzenfunktionäre des DGB berufen . . . Dieser Spuk muß ein Ende haben".

Die Diskussion in der IG Chemie und die Funktionsverbote für DKP-Mitglieder in der NGG und der Postgewerkschaft zeigen eine starke Tendenz, die aus dem Antifaschismus geborene Einheitsgewerkschaft zu einer sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft mit christlichen Proporzanteilen zu instrumentalisieren. Die Gewerkschaftstage der IGM und der HBV setzten hier Kontrapunkte. Diese Frage dürfte deshalb auf dem DGB-Grundsatzprogrammkongreß im März 1981 eine wichtige Rolle spielen.

Da eine Reihe wichtiger Personalentscheidungen noch ausstehen bzw. nur aufgehoben wurden (DGB, GEW, IGM, IG Chemie) hat diese „ideologische" Diskussion einen starken personalpolitischen Background, wie das Beispiel HBV zeigte.

Angesichts der zu Recht im Sinne effektiver Handlungsfähigkeit stark zentralisierten Organisationsstruktur der Gewerkschaften kommt den Vorständen eine große Rolle bei der Realisierung der Gewerkschaftsbeschlüsse zu. Hier liegt – vor dem Hintergrund der gewerkschaftspolitischen Situation – der Schlüssel für die Auseinandersetzung um Personal- und Satzungsfragen. Kritik an der politischen Führungsarbeit der Vorstände zieht dabei fast immer eine Tendenz nach sich, durch Satzungsänderungen die Kompetenzen der Vorstände zugunsten stärkerer innergewerkschaftlicher Demokratie einzuschränken. So forderten die Kritiker des Vorstandes in der IG

Chemie die Einschränkung der Vorstands- und Verwaltungsstellenrechte, betriebliche Arbeitsgruppensprecher zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zu berufen. Eine Praxis, die laut Gewerkschaftsbeschluß bis 1983 in den Chemiegroßbetrieben beendet werden muß. In der IGM forderten die Kritiker des Vorstandes als Antwort auf die Zentralisierung der Tarifpolitik des Kapitals neben einer „demokratischen Koordinierung", wie sie der Vorstand anstrebte, zugleich eine stärkere Bedeutung der Tarifkommissionen, der regionalen Tarifarbeit und eine stärkere Rechenschafts- und Informationsverpflichtung des Vorstands gegenüber den bezirklichen Gremien. Die Fronten in diesen Diskussionen – zweifellos Höhepunkte des IGM-Gewerkschaftstages – verliefen dabei weder nach einem Basis/Führungs- noch nach einem strikten Links/Rechts-Schema. So plädierte der Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler für eine basisnahe Antwort auf die Zentralisierungspolitik der Kapitalseite, denn „Stärke der Arbeiterbewegung, der IG Metall ist es, immer und überall dafür zu sorgen, einen möglichst hohen Identifikationsgrad der Mitgliedschaft mit den Zielen der Organisation zu erreichen. Arbeiter und Angestellte haben nun einmal Hirn und Herz. Beides muß aus Überzeugung bei der Sache sein. Da kann man nicht mit zentralen Einsatzbefehlen . . . agieren." H. Mayr, stellvertretender IGM-Vorsitzender konterte mit der Sorge, „daß über den Begriff der Demokratisierung . . . etwas erreicht werden soll, was letzten Endes . . . gegen die IG Metall und ihre Handlungsfähigkeit durchschlagen würde" und wurde dabei unterstützt z.B. von dem linken IGM-Vorstandsmitglied Horst Klaus aus der Verwaltungsstelle Nürnberg („Der Vorstand müßte ein Club von politischen Selbstmördern sein, wenn er nach dieser Diskussion . . . leichtfertig über das hinweggehen würde, was in einzelnen Bezirken . . . problematisch gesehen wird").

Symptomatisch für alle Gewerkschaftstage war die Bedeutung allgemeinpolitischer Probleme, insbesondere der Fragen der Friedenssicherung. (Statt – wie 1977 – 48 Anträgen lagen 1980 bei der IGM dazu 137 Anträge vor). Gegen einen engagierten Diskussionsbeitrag des Vorsitzenden Loderer („Wenn dieser Gewerkschaftstag dem Ergänzungsantrag 2 zustimmen würde, hätten wir eine völlig konträre Position zu dem . . ., was der Kongreß der SPD vor wenigen Monaten in Berlin beschlossen hat") verurteilten fast 90% aller Delegierten in diesem Ergänzungsantrag die NATO-Nachrüstungsbeschlüsse und Carters Direktive '59. Ähnlich schon vorher der HBV-Gewerkschaftstag. Einen begrenzten und kontrollierten Kernenergieausbau forderte die IGM, während die HBV nur einen Antrag annahm, der eine demokratische und gesamtwirtschaftliche Kontrolle der Energiewirtschaft fordert. Von IGM und HBV gleichermaßen wurden – entgegen dem DGB-Bundesvorstandsvotum – Aktionen zum Internationalen Frauentag am 8. März gefordert. Die Beschlüsse zur Berufsverbotepolitik gingen kaum über Positionen der Bundesregierung hinaus. Insgesamt zeigte sich auf allen drei Gewerkschaftstagen bei allen Differenzen ein stark vorwärts drängendes Engagement und auch Selbstbewußtsein der Delegierten. Keiner der zur Wahl stehenden Vorstände konnte von vornherein auf sichere Mehrheiten bauen. Allerdings fällt bei einer kritischen Sichtung auf, daß es z.T. noch immer an klaren, im und vom DGB koordinierten und langfristig vorbereiteten tarifpolitischen Schwerpunkten (wie z.B. der 35-Stunden-Woche) fehlt, daß ein tagespolitisch orientierter Pragmatismus viele Bereiche beherrscht. Angesichts der ausstehenden Personalentscheidungen sowie der sichtbar gewordenen Differenzen im gewerkschaftlichen Selbstverständnis (Sozialpartnerschaft oder soziale Gegenmacht) stellen dies ernsthafte Schwächen für die Entfaltung einer Politik sozialer Gegenmacht in den 80er Jahren dar.

Witich Roßmann

Handhaben gegen den Neofaschismus in Grundgesetz und Völkerrecht

Von Gerhard Stuby und Martin Kutscha

Der in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Bombenanschlag, der am 26. September 1980 auf dem Münchener Oktoberfest 12 Tote und viele Schwerverletzte forderte, hat ein erschreckendes Schlaglicht auf die Virulenz des Rechtsradikalismus und Neofaschismus in dieser Republik geworfen und auf die Verharmlosungs-, Verdrängungs- und Projektionsmethoden, die in Staatsapparaten, herrschenden Parteien, keineswegs nur in Bayern, und im größten Teil der Medien unbeirrt weiter praktiziert werden. Über die Rohheit und Heuchelei, mit der über das Schicksal der Opfer hinweg zur Oktoberfest- und Wahlkampf-Tagesordnung übergegangen wurde, wäre viel zu sagen und ist bereits einiges gesagt worden. Der nachfolgende Beitrag dient der Klärung der verfassungs- und völkerrechtlichen Positionen, auf die die politische und juristische Auseinandersetzung mit Neofaschismus und neofaschistischem Terror sich stützen kann – oder sich stützen könnte, wenn nicht die vielfältige Verflechtung zwischen radikaler und etablierter Rechter, ihre tiefe Verwurzelung im herrschenden Militär- und Industriekomplex und das entsprechend verbreitete Interesse an einer Verdunkelung der politischen Hintergründe neofaschistischer Aktivitäten massiv entgegenwirkte.

Daß die Führung der „Wehrsportgruppe Hoffmann" bereits kurze Zeit nach dem Müchener Terroranschlag wieder auf freien Fuß gesetzt und der ihr zuzurechnende mutmaßliche Bombenleger gegen allen Anschein hurtig zum unpolitischen Einzeltäter stilisiert wurde, wurde mit juristischen Argumenten gerechtfertigt, ist aber vor allem ein politischer Skandal. Hier zeigt sich die über juristische Fachfragen weit hinausgreifende allgemeinpolitische Relevanz des nachstehend behandelten Themas. D. Red.

Im Kampf gegen den „Extremismus" lassen bundesdeutsche Politiker und die ihnen sekundierenden Verfassungsjuristen kaum eine Gelegenheit aus, die „Streitbarkeit" unserer Verfassung hervorzuheben. Das Grundgesetz, so das Grundraster einer verbreiteten Argumentation, habe die Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik gezogen und ermögliche bestimmte Freiheitsbeschränkungen für „extremistische" Kräfte, hierin manifestiere sich die „antitotalitäre" Ausrichtung der Verfassung[1]). In der gesellschaftlichen Praxis offenbart sich freilich die konkrete politische Richtung des abstrakten

1) Vgl. etwa Dregger in der Debatte des Hessischen Landtages am 9. März 1972 (abgedruckt in Denninger (Hrsg.), Freiheitliche demokratische Grundordnung, 2. Bd., Frankfurt 1977, S. 592 (594)); G. Dürig, in: Maunz-Dürig, Kommentar zum Grundgesetz, München 1958 ff., Art. 18, Rdn. 48; K. Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, München 1977, S. 162 ff.

„Anti-Extremismus": Während die „Streitbarkeit" mit bemerkenswerter Energie – durch Berufsverbote etc. – gegen die politische Linke zum Einsatz gebracht wird, verzichtet man auf Maßnahmen gege neofaschistische Kräfte, da es hierfür an rechtlichen Grundlagen mangele. Als „Verstoß gegen die Gleichheit vor dem Gesetz" sieht sich gar die Forderung, neofaschistische Aktivisten aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, gebrandmarkt[2]). Derlei einäugige „Toleranz" kann indes nur auf dem Boden der Unkenntnis der Verfassungs- und Völkerrechtslage sowie ihres historischen Kontextes gedeihen; hierzu soll deshalb im folgenden einiges klargestellt werden.

1. *Die antifaschistischen Bestimmungen der Besatzungsmächte als Sockel des Grundgesetzes*

Bereits Jahre vor dem Sieg über die faschistische deutsche Armee hatten die Mächte der Anti-Hitler-Koalition Festlegungen darüber getroffen, daß die für Krieg und Terror Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollten[3]). In ihrem Bestreben, alle Kriegsverbrecher zu bestrafen und „Nationalsozialismus und Militarismus auszurotten", wie es im Abkommen von Jalta vom 11. Februar 1945 formuliert wurde[4]), trafen sich die Alliierten mit den Zielen des deutschen antifaschistischen Widerstands[5]). Konkreteren Ausdruck fand die gemeinsame Zielvorstellung in den Bestimmungen des „Potsdamer Abkommens" vom August 1945. Danach sollten nicht nur die faschistischen Kriegsverbrecher einer raschen Bestrafung zugeführt, sondern auch alle belasteten Mitglieder der nazistischen Partei aus öffentlichen Ämtern entfernt und die NSDAP mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen vernichtet werden: „Es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen."[6])

Die Festlegungen des Potsdamer Abkommens boten die Grundlage, auf der weitere Einzelregelungen der Alliierten aufbauten. Zu nennen sind in diesem

---

2) H. Weyer, DKP und öffentlicher Dienst, Bonn 1974, S. 67. Die oft festgestellte „Einäugigkeit" der Rechtsprechung wird besonders deutlich in den beiden Entscheidungen der Disziplinarkammer des VG Karlsruhe zugunsten des NPD-Mitglieds Deckert („Demokratie und Recht" (DuR), Jg. 1978, S. 98) und zu Lasten des ehemaligen KBW-Mitglieds F. Güde (DuR 78, 98). Es läßt sich nicht übersehen, daß in den einzelnen Fällen, in denen Sanktionsmaßnahmen gegen neofaschistische Kräfte eingeleitet werden, entweder eine Alibifunktion erfüllt oder eine Repressionsmaßnahme gegen die politische Linke durch den Anschein der Parität legitimiert werden soll. So beantragte die damalige Regierung Adenauer das Verbot der KPD beim Bundesverfassungsgericht drei Tage, nachdem sie einen solchen Antrag auch gegen die neofaschistische SRP gestellt hatte. „Durch diese zeitliche Nähe sollten offenbar beide Parteien in dasselbe ‚totalitäre' Licht gerückt werden." (A. v. Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt 1978, S. 117).

3) Vgl. im einzelnen J. Fürstenau, Entnazifizierung. Ein Kapitel deutsche Nachkriegspolitik, Neuwied und Berlin 1969, S. 20 ff.; M. Ratz, Die Justiz und die Nazis. Zur Strafverfolgung von Nazismus und Neonazismus seit 1945, Frankfurt 1979, S. 9 ff.

4) Abgedruckt bei M. Ratz, Justiz, S. 12 f.

5) Vgl. hierzu J. Fürstenau, Entnazifizierung, S. 9 ff.; R. Kühnl, Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus in BRD und DDR, in: H. Jung u. a., BRD–DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, Köln 1971, S. 248 (250 f.).

6) Abschnitt III, abgedruckt bei M. Ratz, Justiz, S. 14; vgl. zum Stellenwert des Potsdamer Abkommens im einzelnen G. Stuby, Die Anti-Hitler-Koalition und ihr Weg zum Potsdamer Abkommen, in: U. Mayerg/G. Stuby (Hrsg.), Die Entstehung des Grundgesetzes, Köln 1976, S. 13 ff.

Untersuchungszusammenhang das Kontrollratsgesetz Nr. 2 vom 20. September 1945, das die Auflösung der faschistischen Organisationen bestimmte und die Neubildung einer dieser Organisationen, „sei es unter dem gleichen oder unter einem anderen Namen", verbot[7]), ferner Art. VII des Kontrollratsgesetzes Nr. 8 vom 30. November 1945, wonach Propaganda untersagt wurde, „die darauf abzielt, militärischen oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu unterhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern"[8]). Die in den Jahren nach 1945 in den einzelnen Besatzungszonen durchgeführten Entnazifizierungsverfahren stützten sich anfangs u. a. auf die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12. Januar 1946, die eine Entfernung belasteter Personen „aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen" vorsah[9]). Im Zuge der Übertragung der Entnazifizierung auf deutsche Instanzen wurden in den einzelnen neugeschaffenen Bundesländern im Bereich der Westzonen landesgesetzliche Grundlagen für die Durchführung der Entnazifizierungsverfahren geschaffen[10]). Die besondere politische Bedeutung, die diesen Maßnahmen zu jenem Zeitpunkt zugemessen wurde, wird etwa aus der Präambel des gleichzeitig für Bayern, Großhessen und Württemberg-Baden (amerikanische Zone) verabschiedeten „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 deutlich: „Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerläßliche Vorbedingung für den politischen wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau."[11]) Dem entspricht auch die Charakterisierung dieses Gesetzes als „politisches Grundgesetz"[12]).

In den folgenden Jahren, die geprägt waren von der zunehmenden Konfrontation zwischen den ehemaligen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition, der Sowjetunion und den Westmächten, sowie der in den Westzonen durchgesetzten Restaurationspolitik, änderte sich auch die Haltung zur Entnazifizierung. Die zum Teil nach formalen Kriterien verfahrende Entnazifizierungspraxis stieß bei breiten Schichten der Bevölkerung auf wachsendes Unbehagen. Sie bot durchaus Grund für die Annahme, daß im wesentlichen die einfachen Mitglieder und unteren Funktionäre verfolgt würden, nicht aber diejenigen Personen, die den maßgeblichen Einfluß in den Schaltstellen des faschistischen Machtapparats ausgeübt hatten[13]). Die ursprüngliche Intention der Entnazifizierungspolitik wurde dann vollends in ihr Gegenteil verkehrt, als in den ersten Jahren des Bestehens der BRD eine Vielzahl von

7) Art. 3 Nr. 3, abgedruckt bei M. Ratz, S. 21.
8) Abgedruckt bei M. Ratz, S. 24.
9) Ebd., S. 27 f.
10) Übersicht bei H. Hecker, in: I. v. Münch (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 3, München 1978, Art.
13) Jess, in: Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Art. 139, S. 9 ff.
11) Bay. GVBl. 1946, S. 146.
12) So Priese/Pokorny, Kommentar zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, Frankfurt/M. 1946, S. 3; vgl. auch Ehard, Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, „Süddeutsche Juristenzeitung", 1946, S. 7.
13) Vgl. im einzelnen R. Kühnl, Auseinandersetzung, S. 259 f.; J. Fürstenau, Entnazifizierung.

belasteten Personen, die eine aktive Rolle im faschistischen System gespielt hatten, wiederum in die Einflußpositionen in Staat, Verwaltung und Wirtschaft einrückten[14]).

Dennoch sind sowohl die in den Jahren nach 1945 verabschiedeten Länderverfassungen als auch das auf Weisung der Westmächte zustandegekommene Grundgesetz entscheidend geprägt durch die auf Ausschaltung des politischen Einflusses der faschistischen Kräfte angelegten normativen Grundentscheidungen der Alliierten. Das Gebäude des neuen westdeutschen Verfassungsrechts konnte nicht in einem Vakuum errichtet werden, sondern hatte sich – entsprechend der aus der Niederwerfung des Faschismus entstandenen historisch-politischen Lage[15]) – an den rechtlichen Vorgaben durch die Besatzungsmächte auszurichten. Das Besatzungsrecht barg somit, wie Ridder formulierte, „den Keim und den Kern grundlegender vorgrundgesetzlicher Verfassungsentscheidungen, die bis heute fortgelten und in deren Entfaltung auch das Grundgesetz eingebettet sein muß, wenn anders im Mai 1945 ein immerhin quasi-revolutionärer Umsturz der Staats- und Verfassungsordnung des NS-Regimes stattgefunden haben soll. Sie sind Grund und politische Lebensmitte der grundgesetzlichen Verfassungsordnung . . ."[16]). Auch das Bundesverfassungsgericht hat sich in einer frühen Entscheidung dieser Einsicht nicht versperrt: „Die gesamte deutsche Rechtsordnung bleibt also vom Besatzungsrecht überlagert . . ."[17]). Dementsprechend lassen sich die normativen Entscheidungen des Grundgesetzes nur dann zutreffend würdigen und interpretieren, wenn sie als Fortzeichnung der vorher bereits getroffenen Festlegungen – insbesondere hinsichtlich der kompromißlosen Abkehr vom faschistischen System – und damit auch als Niederschlag des (unten noch näher darzustellenden) nach 1945 erreichten neuen Völkerrechtsstandards verstanden werden.

2. Die normativen Aussagen des Grundgesetzes

Die wohl deutlichste Aussage über sein Verhältnis zu den präkonstitutionellen rechtlichen Vorgaben trifft das Grundgesetz in Art. 139, wonach „die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus' erlassenen Rechtsvorschriften" von den Verfassungsbestimmungen „nicht berührt" werden. Art. 139 nimmt damit gleichsam die Funktion eines Verbindungsscharniers zwischen der Verfassungsordnung des Grundgesetzes und den vorgrundgesetzlichen antifaschistischen Rechtsvorschriften wahr. Indem die Weitergeltung dieser Vorschriften bestimmt wird, selbst soweit sie dem Grundgesetz widersprechen, verleiht ihnen die Verfassung eine Rechtswirkung, die noch über die der Verfassungsnormen hinausgeht; den antifaschi-

14) Vgl. R. Kühnl, S. 262 ff.; R. Badstübner/S. Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–1955, Köln 1975, S. 385 ff.
15) Hierzu im einzelnen Stuby, Anti-Hitler-Koalition.
16) H. Ridder, Vom Grund des Grundgesetzes, „Juristenzeitung", 1958, S. 322.
17) BVerfGE 2, 181 (201).

stischen Befreiungsvorschriften ist damit letztlich ein besonderer überverfassungsgesetzlicher Rang zuerkannt[18]). Mit Art. 139 bestätigt das Grundgesetz die besondere Rechtsstellung der von den Befreiungsvorschriften erfaßten aktiven Faschisten, denen die Berufung auf die Grundrechte in bestimmten Grenzen verwehrt wird – dies war dem Parlamentarischen Rat bei der Schaffung dieses Artikels durchaus bewußt[19]). Für die von Art. 139 betroffenen Personen proklamiert das Grundgesetz somit, wie auch aus konservativer Sicht eingeräumt wird, „ausdrücklich Ungleichheit"[20]).

Durch die „herrschende Meinung" in der Staatsrechtslehre sieht sich diese dezidiert auf die politische Ausschaltung faschistischer Kräfte angelegte Verfassungsbestimmung denn auch heftig attackiert und hinsichtlich ihrer Fortgeltung in Frage gestellt: Es handele sich bei dieser Norm um eine „antidemokratische Ausnahme-Vorschrift in einer demokratischen Verfassung"[21]). die überdies spätestens mit dem Erlaß der Entnazifizierungsabschlußgesetze ihre Geltung verloren habe[22]).

Die nähere Betrachtung der sich über mehrere Jahre hinziehenden Entnazifizierungsabschlußgesetzgebung der Bundesländer ergibt indes, daß diese lediglich die Beendigung der Entnazifizierungsverfahren regelten, wie sie im wesentlichen von den Spruchkammern abgewickelt wurden. Sie beseitigte keineswegs die Grundlagen, durch die den faschistischen Kräften eine Wiedererlangung politischen Einflusses verwehrt werden sollte. So wurde selbst noch hinsichtlich der durch ihre frühere Aktivität im Faschismus belasteten Personen in den Entnazifzierungsabschlußgesetzen einiger Länder bestimmt, daß die politische „Vergangenheit" bzw. die „frühere Verbindung mit dem Nationalsozialismus" bei der Bewerbung für den öffentlichen Dienst oder bestimmter anderer Ämter zu berücksichtigen seien[23]). Nicht versperrt werden sollte jedenfalls der Weg für ein Einschreiten gegen neuerliche Aktivitäten faschistischer Kräfte. In Bayern wurde sogar eine Sonderspruchkammer zur Aburteilung von Neofaschisten geschaffen, die im Januar 1951 den Gründer der „Vaterländischen Union", Karl Feitenhansl, als Belasteten einstufte[24]).

Richtig wurde festgestellt, daß sich die Befreiungsvorschriften zwar „gegen den politischen Gegner von gestern" richten, dessen Gegnerschaft aber auch

18) Vgl. W. Abendroth, Über die Bedeutung des Artikels 139 GG, in: W. Abendroth u. a., Antifaschistische Politik heute, Frankfurt 1975, S. 39 (48); richtig auch BVerfGE 1,5 (7): „Die in Art. 139 GG genannten Befreiungsgesetze sind demnach an keine Übereinstimmung mit den Grundrechten gebunden."

19) Vgl. v. Doemming/Füßlein/Matz, Die Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, „Jahrbuch für öffentliches Recht", Bd. 1 (NF), S. 1 (897 ff.); ferner O. Koellreutter, Deutsches Staatsrecht, Stuttgart und Köln 1953, S. 43.

20) So H.-P. Ipsen, Gleichheit, in: Neumann/Nipperdey/Scheuner (Hrsg.), Die Grundrechte, Bd. II, Berlin 1954, S. 111 (121).

21) So H. Hecker, Art. 139, Rdn. 12.

22) Jess, Art. 139, S. 7; Dürig, in: Maunz-Dürig, Art. 3, Rdn. 274, FN 1; H. Hecker, Art. 139, Rdn. 11.

23) Siehe z. B. § 6 III des hessischen Gesetzes über den Abschluß der politischen Befreiung vom 30. November 1949 (GVBl. 1949, S. 167); § 3 III des bayerischen Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung vom 27. Juli 1950 (GVBl. 1950 S. 107).

24) Vgl. J. Fürstenau, Entnazifizierung, S. 219, FN 173.

für die Gegenwart unterstellen[25]). Als nicht unbegründet erscheint auch die Meinung, die nach Art. 21 Abs. 2 GG vom Bundesverfassungsgericht 1952 für verfassungswidrig erklärte SRP (Sozialistische Reichspartei) sei nach den weitergeltenden Befreiungsvorschriften als eindeutige Fortsetzung der NSDAP eine von Anfang an rechtlich verbotene Partei gewesen[26]).

Die Behauptung, Art. 139 GG sei längst gegenstandslos geworden, läßt sich nach alledem kaum aufrechterhalten. Neben ihrer Funktion als verfassungskräftige Bestätigung der Befreiungsvorschriften wirkt diese Norm auch als „Grundsatzaussage über die Haltung des GG gegenüber nationalsozialistischen und verwandten (z. B. faschistischen) Staatsauffassungen" weiter[27]). Sie bildet eine Grundlage für Differenzierungen zu Lasten der von ihr Betroffenen und steht gegen eine verfassungsrechtliche Gleichsetzung von Marxisten und Faschisten, wie sie dem – zu Unrecht als Verfassungsgebot ausgegebenen – Totalitarismusmodell zugrundeliegt[28]). Seine Wirkung als eine von der Verfassung selbst vorgegebene Auslegungsrichtlinie entfaltet Art. 139 GG insbesondere gegenüber den anderen Normen zum Schutz der Verfassung, die als Inbegriff der „streitbaren Demokratie" des Grundgesetzes gelten[29]).

Es wäre allerdings unzutreffend, wollte man in Art. 139 die einzige antifaschistische Aussage des Grundgesetzes sehen. Wenn auch die im Parlamentarischen Rat repräsentierten Kräfte durchaus unterschiedliche Auffassungen über Ursache und Wesen des Faschismus hegten, so bestand dennoch bei allen beteiligten Parteien Konsens darüber, ein Wiederaufleben faschistischer Kräfte, gar deren erneute „Machtergreifung" zu verhindern. Während die konservativen Strömungen dieses Ziel im wesentlichen durch die Verfassungskonzeption eines ausgedehnten grundrechtlichen Individualschutzes, einer Verfassungsgerichtsbarkeit und bestimmter Stabilisierungsmechanismen zugunsten der Staatsgewalt („konstruktives Mißtrauensvotum") zu erreichen suchten, richteten sich die Forderungen der Arbeiterparteien weitaus mehr auf eine Beseitigung der sozialökonomischen Wurzeln faschistischer Herrschaft. Bekanntlich haben in das Grundgesetz Elemente beider Konzeptionen Eingang gefunden, wenn auch die Vorstellungen der Arbeiterbewegung mit der Sozialisierungsermächtigung des Art. 15 GG sowie dem Sozialstaatspostulat nur unzulänglich ihren Niederschlag fanden[30]).

25) Jess, Art. 139, S. 4.
26) So H. Ridder, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, Opladen 1975, S. 57.
27) A. Hamann/H. Lenz, Kommentar zum Grundgesetz, Neuwied und Berlin ^{3}1970, Art. 139, Anm. A.
28) Vgl. W. Abendroth, Artikel 139, S. 42; K. Böwer/T. Trilling, Der antifaschistisch-demokratische Charakter der Landesverfassungen und des Grundgesetzes, „Demokratie und Recht", 1974, S. 119 (131); vgl. in diesem Zusammenhang auch Art. 132 II GG.
29) Vgl. im einzelnen W. Abendroth, Artikel 139, S. 43; M. Kutscha, Verfassung und „streitbare Demokratie". Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, Köln 1979, S. 107 ff.
30) Vgl. zum Ganzen W. Abendroth, Das Grundgesetz, Pfullingen ^{3}1972; U. Mayer/G. Stuby, Die Entstehung des Grundgesetzes. Wie wenig sich demgegenüber etwa die Institution einer Verfassungsgerichtsbarkeit in der sozialen Realität als Mittel zur Faschismusverhinderung eignet, zeigt das Verhalten der Justiz im Deutschland der Weimarer Republik und des Faschismus (siehe die anschauliche Darstellung v. Hannover/Hannover-Drück, Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt 1966). Selbst die faschistische Verfassung für Chile sieht die Institution eines Verfassungsgerichts vor. Vgl. zur Kritik Insunza, Eine faschistische Verfassung für Chile? DuR 1980, S. 26 ff.

Die Absage des Grundgesetzes an eine faschistische Herrschaftsordnung spiegelt die Erreichung eines bestimmten Stands in der historischen Entwicklung wider. Die Verfassung legalisiert zwar noch eine kapitalistische Sozialordnung in „liberalistischer" Ausprägung, nicht jedoch in der Form des Faschismus. Insoweit enthält sie als Ergebnis des Klassenkompromisses in der historischen Situation nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus eine normative Rückwärtssperre.

Diese antifaschistisch-demokratische Tendenz läßt sich in zahlreichen Normierungen sowie ihren Begründungszusammenhängen festmachen[31]). Insofern fügt sich die Vorschrift des Art. 139, wie richtig konstatiert wurde, „in die rechtsstaatliche Tendenz unseres GG harmonisch ein"[32]) und kann nicht etwa als „antidemokratisch" abqualifiziert werden.

Neben denjenigen Normen, die eine Beseitigung der sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus ermöglichen, läßt sich u. a. auch dem Grundrechtskatalog ein starkes antifaschistisches Moment entnehmen. Die „leerformelhaft anmutende Wendung des Art. 1 I GG von der Unantastbarkeit der ‚Würde des Menschen' und das emphatische Bekenntnis zu ‚unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten' (Art. 1 II GG) gewinnen erst ihren konkreten Sinn, wenn man sie auf dem Hintergrund von Ereignissen wie dem Potempa-Mord, den Exekutionen während der Röhm-Affäre, der Reichskristallnacht, den Konzentrationslagern, ‚Euthanasie'-Maßnahmen und Menschenversuchen der Nationalsozialisten interpretiert"[33]). Ebenso enthalten das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG), die Differenzierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG sowie viele weitere Grundrechte die klare Absage an die menschenverachtenden Praktiken des faschistischen Staates.

Im Hinblick auf die Möglichkeiten einer Auseinandersetzung mit neofaschistischen Kräften erscheint insbesondere auch die Verfassungsschutztrias der Art. 18,9 Abs. 2 und 21 Abs. 2 GG als bedeutsam. Bei der Diskussion dieser Normen im Parlamentarischen Rat spielten die bitteren Erfahrungen aus der Zeit des faschistischen Terrors eine wichtige Rolle. So betonte etwa der konservative Abgeordnete Seebohm in der Debatte um die Regelung der Grundrechtsverwirkung, dem späteren Art. 18 GG: „Diese weitgehenden Festlegungen sind natürlich besonders durch die Erlebnisse der letzten 12 bis 15 Jahre begründet."[34]) In Art. 18 GG ist u. a. auch die Möglichkeit der Verwirkung des Eigentumsgrundrechts vorgesehen. Als Beispiel für den Fall einer solchen Verwirkung nannte der Abgeordnete Bergsträßer den Eigen-

31) Vgl. im einzelnen W. Abendroth, Über den Zusammenhang von Grundrechtssystem und Demokratie, in: J. Perels (Hrsg.), Grundrechte als Fundament der Demokratie, Frankfurt 1979, S. 249 (253 ff.); K. Böwer/T. Trilling, Der antifaschistisch-demokratische Charakter, S. 130 ff.; G. Stuby, Bemerkungen zum verfassungsrechtlichen Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung", in: Römer (Hrsg.), Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt 1977, S. 114 (121 ff.); M. Kutscha, Verfassung, S. 56 ff.

32) A. Hamann/H. Lenz, Kommentar, Art. 139, Anm. A.

33) H. Čopić, Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art, Tübingen 1967, S. 1.

34) Parlamentarischer Rat, Hauptausschuß, Stenographisches Protokoll, S. 589.

tumsgebrauch, „wie gewisse große Firmen es getan haben, um Herrn Hitler gegen das Wohl der Allgemeinheit zu subventionieren"[35]).

Deutlich ist der Bezug zur faschistischen Vergangenheit auch in Art. 9 Abs. 2 GG, wonach u. a. Vereinigungen verboten sind, die sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten". Nach den Kommentierungen zu diesem Artikel umfaßt Art. 9 Abs. 2 GG damit zunächst alle Vereinigungen, die auf eine Störung des Friedens unter den Völkern und Staaten zielen[36]). Wie Scholz richtig hervorhebt, enthält der Gedanke der Völkerverständigung aber noch mehr als das Verbot der Friedensstörung, wie es durch Art. 26 Abs. 1 GG noch einmal deutlich hervorgehoben wird[37]). Art. 9 Abs. 2 GG sowie die Verbotsnormen des Vereinsgesetzes sind also als Grundlagen für ein Verbot rassistischer, faschistischer und anderer verständigungsfeindlicher Organisationen an Deutlichkeit kaum noch zu überbieten.

In engem Zusammenhang mit Art. 26 GG, der in Reaktion auf die kriegerische Aggression des deutschen Faschismus der BRD und allen ihren Bürgern das Verbot auferlegt, das „friedliche Zusammenleben der Völker" zu stören[38]), steht die Norm des Art. 25 GG. Diese Bestimmung stattet die „algemeinen Regeln des Völkerrechts" mit unmittelbarer Bindungswirkung für alle Bewohner des Bundesgebietes aus. Den historischen Hintergrund dieser verfassungsrechtlichen Transformationsnorm sprach im Parlamentarischen Rat der Abgeordnete Eberhard an: „Wir Deutschen sind verpflichtet, . . . einen großen Schritt über Weimar hinauszugehen, das Völkerrecht hat in Weimar nie viel gegolten . . . und im ‚Dritten Reich' ist es mit Füßen getreten worden."[39])

3. Der Antifaschismus als soziale Wurzel des Völkerrechts der friedlichen Koexistenz

a) Deutscher Faschismus und Militarismus hatten sich als das bislang in der Menschheitsgeschichte brutalste Phänomen imperialistischer Machtausübung dargestellt. Die Machtentfaltung nach innen gegenüber dem deutschen Volk lief synchron und gesetzmäßig mit der Aggressionsvorbereitung nach außen. Als der Terror und die Bewußtseinsmanipulation sich voll entfaltet und alle Schichten der deutschen Bevölkerung ergriffen hatten, erreichte auch die Aggression nach außen – gipfelnd in der Liquidation ganzer Völker – ihren Höhepunkt.

35) Zit. n. v. Doemming/Füßlein/Matz, Entstehungsgeschichte, S. 147.
36) I. v. Münch, in: ders. (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, Bd. 1, Frankfurt 1974, Art. 9, Rdn. 28; R. Scholz, in: Maunz-Dürig, Kommentar, Art. 9, Rdn. 131; P. v. Feldmann, Vereinigungsfreiheit und Vereinigungsverbot, München 1972, S. 32.
37) R. Scholz, in: Maunz-Dürig, Art. 9, Rdn. 131.
38) Vgl. zur Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Art. 26 im einzelnen H. Düx, Das Friedensgebot nach Art. 26 GG und die Problematik der Friedenspolitik, in: Vereinigung Demokratischer Juristen (Hrsg.), Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, Köln 1974, S. 117 ff.; W. Maihofer, Staatsschutz im Rechtsstaat, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" H. 1, 1964, S. 32 (35 ff.); G. Stuby, Bemerkungen, S. 122 f.
39) Parlamentarischer Rat, Hauptausschuß, Stenographisches Protokoll, S. 66.

Als „Hauptstoßkraft gegen den Kommunismus", wie sich der Nationalsozialismus selbst begriff und wie er sich auch den ihn wegen seines Extremismus bekämpfenden imperialistischen Kräften anbot, war er gleichzeitig totale Negation jeder Form von Demokratie, menschlicher Kultur und Humanismus. Göbbels hatte als Hauptthese der nazistischen Ideologie propagiert, das Jahr 1789 – der Beginn der großen Französischen Revolution – und die seit diesem Datum vollzogene Entwicklung der Gesellschaft müsse rückgängig gemacht werden[40]). Die bürgerliche Revolution und die Aufklärung werden als die Vorstufen der proletarischen Revolution bezeichnet. Den Anfängen sei daher zu wehren, indem diese Wurzeln beseitigt würden. Hier offenbarte sich in aller Deutlichkeit, daß, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen, ein Generalangriff auf die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft gestartet werden sollte. Konzentriert und kondensiert in der Rassenlehre, fand die Negation des menschlichen Strebens nach humaner Erkenntnis und humanem Fortschritt ihren ideologischen Ausdruck.

Die faschistische Aggression machte den Völkern bewußt, daß ohne nationale Selbstbestimmung und staatliche Souveränität ihre eigene Existenz gefährdet ist. Die unter dem Druck der Volksmassen zustande gekommene Antihitlerkoalition manifestierte den Befreiungskampf der Völker. Dies kam in den Zielen dieser Koalition zum Ausdruck: Vernichtung des deutschen Faschismus und Schaffung von internationalen und nationalen Verhältnissen (es geht immer um beide Seiten), die eine Wiederholung dieser Barbarei unmöglich machten. Dies ist eine internationale Ordnung, die den Frieden, die Sicherheit, das friedliche Zusammenleben von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gestattet. Diese Ziele wurden die Grundlage für die Umgestaltung des Völkerrechts.

b) Im Kriegsverbot des Briand-Kellogg-Paktes von 1928[41]) wurde die „kopernikanische Wende"[42]) des Völkerrechtes schon angedeutet. „Das Völkerrecht der bürgerlichen Epoche trug nach der ausdrücklichen Erkenntnis ihrer berufenen Vertreter seinen Namen ganz zu Unrecht. Es spiegelte vielmehr die Beziehungen zwischen den Staaten wider und regulierte sie, ohne das Verhältnis der Staaten zu ihren Völkern zu untersuchen. Es war ein ausgesprochenes „Herrschaftsrecht", bzw. „Fleisch vom Fleische, Blut vom Blute der imperialistischen Herrschaft, die pure Widerspiegelung der durch sie erzeugten Machtverhältnisse"[43]).

Juristischer Ausdruck dieses „Völkerunterdrückungsrechts" war das Jus ad bellum, im Grunde die schlecht verbrämte Legitimation der Aggression. Der Briand-Kellogg-Pakt entzog zwar dem Jus ad bellum die Basis, indem er den Krieg verbot. Er verstopfte aber nicht andere Möglichkeiten der Gewaltan-

40) Vgl. Karl Polak, Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin (DDR) 1963, S. 476.
41) Zum Briand-Kellogg-Pakt vgl. Autorenkollektiv, Völkerrecht Bd. 1, Köln 1973, S. 167 mit weiteren Nachweisen.
42) Otto Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Pullach b. München 1975, S. 84.
43) Polak, Anm. 40, S. 451.

wendung, vor allem schuf er keine juristischen Garantien. Hierfür war allerdings auch der Stand der internationalen Beziehungen, d. h. die internationalen Kräfteverhältnisse noch nicht genügend entwickelt[44]).

Das hat sich in der UNO-Satzung, dem universell anerkannten Normensystem der Antihitlerkoalition grundlegend geändert[45]). Die UNO-Satzung beschränkt sich nicht auf das Verbot des Angriffskrieges, sondern verbietet auch die Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, die „gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist" (Art. 2, 4). Gleichzeitig enthält die Satzung die Verpflichtung, internationale Streitigkeiten „mit friedlichen Mitteln auf solche Weise" zu regeln, daß der Weltfriede und die internationale Sicherheit sowie die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden (Art. 2, 3).

Nach der UNO-Satzung hat nur die UNO das Recht, als erste militärische Gewalt gegen einen Staat (Präventivmaßnahmen) in Übereinstimmung mit den Art. 39–43 der Satzung anzuwenden. Der einzelne Staat kann selbständig oder zusammen mit anderen Staaten – außerhalb des Rahmens der UNO – militärische Gewalt gegen einen anderen Staat nur anwenden als Antwort auf einen bewaffneten Angriff (Art. 51). Sonderfälle rechtmäßiger Gewaltanwendung gegen ehemalige Feindstaaten (insbesondere Deutschland) sind in Art. 53 und 106 der UNO-Satzung vorgesehen[46]).

Das Verbot der Gewaltanwendung und Gewaltandrohung hat unter den sieben Grundsätzen Aufnahme gefunden, die von der Generalversammlung der UNO am 24. Oktober 1970 in der „Deklaration über die Grundsätze des Völkerrechtes" einstimmig festgelegt wurden[47]).

c) In der „Deklaration über die Grundsätze des Völkerrechtes" sind Verbot und Verbrechen des Angriffskrieges präzise fixiert. „Der Angriffskrieg ist ein Verbrechen gegen den Frieden, das die völkerrechtliche Verantwortlichkeit nach sich zieht."[48])

44) Zum Verhältnis von internationalen Beziehungen und Völkerrecht vgl. G. I. Tunkin, Völkerrechtstheorie, Berlin 1972, S. 69 f.

45) Es handelt sich bei den in der UN-Satzung formulierten Prinzipien um allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts. Im Gegensatz hierzu H. Kelsen, Collective security and collective self-defence under the charter of the United Nations, in: Ameran Journal of international law, Jg. 42 (1948), S. 783.

46) Die Feindstaatsklauseln der UN-Satzung sind für die Bundesrepublik weitgehend mit ihrem Beitritt zur UNO hinfällig geworden. Allerdings dürften sie wieder aufleben, falls von der Bundesrepublik eine erneute faschistische Gefahr ausgehen würde.

47) Es handelt sich in der Deklaration vom 24. Oktober 1970 um universell anerkannte Völkerrechtsprinzipien, die nicht neu formuliert wurden: Gewaltverbot, friedliche Streitschlichtung, Nichtintervention, Pflicht zur Zusammenarbeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, souveräne Gleichheit der Staaten, Erfüllung der UN-Satzung. Vgl. hierzu Kimminich (Anm. 42), S. 182 mit weiteren Nachweisen.

48) Inzwischen ist durch die Entschließung 3314 (XXXIX) der Vollversammlung auch eine Begriffsbestimmung der Aggressionen angenommen worden. Sie wurde zum ersten Mal durch den UNO-Sicherheitsrat gegenüber einer Aggression Südafrikas gegen die Volksrepublik Angola angewendet. Vgl. hierzu Bernhard Graefrath, Völkerrechtliche Konsequenzen aus der Anwendung der Aggressionsdefinition durch den UN-Sicherheitsrat, in: „Neue Justiz", 1976, H. 24.

Hier ist zusammengefaßt und wiederholt, was schon Basis des Nürnberger Prozesses als „a landmark of law"[49]) war. Jede Person ist strafrechtlich verantwortlich für völkerrechtliche Verbrechen. Neben den Verbrechen gegen den Frieden sind dies die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie in Art. 6 des Statuts für den Internationalen Militärgerichtshof normiert sind[50]). Sie sind innerstaatlich gültig, auch wenn sie im Landesrecht nicht ausdrücklich als Verbrechen definiert sind. Handeln als Staatsoberhaupt oder als Regierungsfunktionär befreit ebensowenig von strafrechtlicher Verantwortung wie Handeln auf Befehl (manchmal jedoch als Strafmilderungsgrund). Die Verantwortlichkeit der Staatsorgane in strafrechtlicher Hinsicht für rechtswidrige Taten wurde als revolutionärer Akt betrachtet[51]). Damit war der von faschistischen Völkerrechtslehrern propagierten Theorie der sog. Hoheitsakte bzw. Regierungsakte, die im Führerwillen als souveränem Gesetzgebungsakt gipfelte, ein für allemal der Garaus gemacht[52]).

Dies war eine weitere juristische Garantie. Sie unterstrich gleichzeitig das Prinzip der persönlichen Verantwortlichkeit. Bestimmte Gruppen oder Organisationen wurden für verbrecherisch erklärt[53]). „Der Zweck der Konstruktion von Organisationsverbrechen war, eine Rechtsgrundlage zu schaffen für die Bestrafung vieler Einzelpersonen, die durch ihre Mitgliedschaft in der für verbrecherisch erklärten Organisation an Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitschuldig gewesen waren, unter Ablehnung einer kollektiven Schuld des Volkes. Ihre Ratio war eine Vereinfachung des Beweisverfahrens."[54])

d) Das Verbot der Kriegspropaganda ergibt sich folgerichtig aus dem Prinzip des Verbots des Angriffskrieges. Der Zweite Weltkrieg hatte mit Deutlichkeit gezeigt, welch wichtige Waffe bei der Vorbereitung der Aggression die Kriegspropaganda war. In den Statuten und Urteilen der internationalen Militärgerichte wird die ideologische Kriegsvorbreitung und damit auch die Kriegspropaganda als internationales Verbrechen anerkannt. Mehrere einstimmig angenommene Resolutionen der Vollversammlung der UNO haben diese Prinzipien in der Zwischenzeit bestätigt[55]). So heißt es in der Deklaration über die Grundsätze des Völkerrechtes von 1970: „In Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen haben die Staaten die Pflicht, sich jeder Propaganda von Aggressionskriegen zu enthalten." Der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte von 1966, der inzwischen auch für die Bundesrepublik verbindlich geworden ist, normiert noch präziser:

---

49) Jescheck, Stichwort „Nürnberger Prozesse", in: Strupp/Schlochauer, Wörterbuch des Völkerrechts, 2 Bd. ([2]1961), S. 642.
Vgl. insgesamt Ludwik Gelberg, Die Nürnberger Prinzipien und das moderne Völkerrecht, DuR, 1978, S. 177 ff.

50) Michael Ratz, S. 17.

51) Gelberg (Anm. 49), S. 180.

52) Man vgl. etwa Carl Schmitts Rechtfertigung der Ermordung der privatisierenden Röhm-Gruppe, aufgrund „Führerbefehls" 1934: C. Schmitt, Der Führer schützt das Recht, „Deutsche Juristenzeitung", 1934, S.946 ff.

53) Als Organisation wurden in Nürnberg verboten: Gestapo, SD, SS; s. Gelberg (Anm. 49), S. 185.

54) Gehlberg (Anm. 49), S. 185.

55) Zur Verantwortlichkeit der Staaten für das Verbreitungsverbot von Kriegspropaganda vgl. Tunkin (Anm. 44), S. 110.

1. Jede Kriegspropaganda wird durch Gesetz verboten.
2. Jedes Eintreten für nationale, rassische oder religiöse Feindschaft, das eine Anstiftung zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt darstellt, wird durch Gesetz verboten[56]).

Aus dem Verbot der Kriegspropaganda folgt, daß die Staaten verpflichtet sind, nicht nur Kriegspropaganda durch ihre Organe nicht zuzulassen, sondern auch Maßnahmen zu ergreifen, daß auf ihrem Territorium keine Kriegspropaganda von Privatpersonen, Organisationen usw. getrieben wird[57]).

e) Die UNO-Satzung führt die Grundrechte und Freiheiten des Menschen nicht im einzelnen auf. Dennoch hat sie das Prinzip der Achtung der Grundrechte als Staatsverpflichtung in das Völkerrecht eingeführt. Trotz aller Divergenzen, die sich insbesondere bei der Ausarbeitung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und später der internationalen Menschenrechtspakte vehement äußerten, konnten sich (dennoch) einige universell anerkannte Prinzipien in der Menschenrechtsfrage durchsetzen. Nach dem aktuellen Völkerrecht besteht zwischen der staatlichen Garantie der Grundrechte und Grundfreiheiten der Menschen sowie der Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit ein enger Zusammenhang. Dies wird in den verschiedenen internationalen Konventionen und den Vollversammlungsbeschlüssen immer wieder unterstrichen. Ein weiterer enger Zusammenhang besteht zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nur realisiert werden kann bei absolutem Respekt vor der politischen und ökonomischen Souveränität der Staaten[59]).

- Der Faschismus war die absolute Negation von Demokratie und Menschenrechten. Das moderne Völkerrecht sieht in der Ächtung jeder Aggression, gemeinsamen kollektiven Aktionen gegen den Aggressor auf der einen Seite sowie der Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ihrer friedlichen Koexistenz auf der anderen Seite die beste Garantie gegen eine Wiederholung des Faschismus. Der Faschismus spätestens hatte die Völker gelehrt, daß es ohne soziale und politische Demokratie im Inneren auch keine Entfaltung von Menschenrechten gibt. Aggression kann von den betroffenen Völkern abgewehrt und eingedämmt, Demokratie im Aggressorstaat aber nicht von außen – und sei es in noch so guter Absicht – oktroyiert werden[60]). Die Verwirklichung der Menschenrechte hängt also letztlich von

56) Vgl. Völkerrecht, Dokumente, Bd. 3, Köln 1973, S. 903.
57) Zum Mangel des bundesrepublikanischen Rechts, alle friedensstörenden Handlungen unter Strafe zu stellen, vgl. Heinz Düx, Verfassungswidriges Verhalten des Gesetzgebers durch Nichterfüllung des Verfassungsauftrages aus Art. 26, Abs. 1 GG, in: DuR, 1974, S. 182 ff.
58) Gerhard Stuby, Recht auf Arbeit als Grundrecht und als internationales Menschenrecht, in: Udo Achten u. a., Recht auf Arbeit – eine politische Herausforderung, Neuwied u. a. 1978, S. 75 (90 ff).
59) So heißt es im Potsdamer Abkommen: „Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von Neuem wiederaufzubauen." . . . „Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern in der Welt einzunehmen."
60) Auch die neueren Formen des internationalen Menschenrechtsschutzes wahren strikt die Souveränität der Staaten.

der Entfaltung der Demokratie im Inneren, von der Stärke der demokratischen Kräfte ab. Sie haben es auch in der Hand, ob ihre staatlichen Repräsentanten auf der internationalen Ebene einen universell geforderten Standard der Menschenrechte akzeptieren und dann im zweiten Schritt, ob dieser akzeptierte Standard im Inneren ein leerer Programmsatz bleibt oder in die gesellschaftliche Realität umgesetzt wird. Nur dort, wo die Menschenrechtsverletzungen im Inneren einen solchen systematischen und massenhaften Charakter erlangen, daß von einer Bedrohung des Weltfriedens gesprochen werden kann, werden sie einer Aggression gleichgestellt, gegen die Kollektivaktionen und Selbsthilfemaßnahmen der Betroffenen legitimiert sind. Interessant ist, daß das moderne Völkerrecht Rassismus, Apartheid und andere Formen des Kolonialismus dem Faschismus gleichgestellt hat und den betroffenen Völkern gleiche Abwehrrechte einräumt[61]).

Als Fazit ist festzuhalten, daß für das moderne Völkerrecht der Antifaschismus keine historische Reminiszenz darstellt. Aus der Negation des Faschismus entfaltet es vielmehr seine humanistische und demokratische Schubkraft für die Entwicklung einer Normativität, die sich negativ gegen neuere Formen imperialistischen Hegemoniestrebens richtet, wozu auch der Neofaschismus gehört und positiv internationale Kooperationsformen zur Sicherung friedlicher Koexistenz (z. B. Völkerrechtsprinzipien im Bereich der Abrüstung) gestaltet.

Der antifaschistische Sockel des Grundgesetzes ist also keine oktroyierte Besatzungsspezialität, die durch die Erlangung der staatlichen Souveränität beendet ist, sondern macht jenen normativen Inhalt des Grundgesetzes aus, der Voraussetzung für die Teilnahme der Bundesrepublik am internationalen Leben der Völker ist. Genausowenig wie die Bestimmungen der Gesetze zur Befreiung des deutschen Volkes von Nazismus und Militarismus Grundrechtseinschränkungen darstellen[62]), sondern überhaupt erst die Voraussetzungen für Grundrechtsentfaltung schufen, genausowenig sind die aktuellen aus dem antifaschistischen Sockel entstandenen Einzelverpflichtungen des Völkerrechtes grundgesetzfremd, wie Art. 25 GG in nicht zu überbietender Klarheit feststellt[63]). Genau dies meinte die UNO-Vollversammlung am 26. November 1968 in ihrer Resolution 2438 (XXIII), in der sie zum Anliegen aller Völker erklärt, daß „das Wiedererstarken nazistischer Organisationen der BRD nicht als innere Angelegenheit der BRD" zu betrachten sei[64]).

---

61) Vgl. z. B. internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Apartheidverbrechens, angenommen durch Resolution 3068A (XXVIII) der UN-Vollversammlung vom 30. Nov. 1973; in der „Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts" heißt es ausdrücklich, daß die Völker „bei ihren Aktionen und ihrem Widerstand gegen solche Gewaltmaßnahmen (gemeint ist der Kolonialismus) in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung berechtigt sind, in Übereinstimmung mit den Zielen der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen um Unterstützung nachzusuchen und diese zu erhalten."

62) So aber z. B. Jess. Art. 1398 (Anm. 10), S. 3.

63) Vgl. hierzu die Ausführungen vorn und die in Anm. 38 angegebene Literatur.

64) Vgl. Michael Ratz, Justiz, (Anm. 3), S. 53.

Diskussion über die Entwicklung in Polen

Ein Gespräch zwischen Wolfgang Abendroth, Josef Schleifstein und Zbigniew Ramotowski

In der September-Ausgabe der „Blätter" haben wir die im Ergebnis der Streikbewegung dieses Sommers in Polen getroffenen Vereinbarungen von Danzig und Stettin sowie die für den Verlauf der Ereignisse relevanten Positionen der an diesem Konflikt Beteiligten dokumentiert. Das folgende Protokoll eines Gesprächs, das am 22. September d. J. auf Anregung der „Blätter"-Redaktion in Frankfurt/M. zwischen Professor Wolfgang Abendroth, Professor Josef Schleifstein vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt sowie dem Bonner Korrespondenten der polnischen Tageszeitung „Zycie Warszawy", Zbigniew Ramotowski, stattfand, soll einen Beitrag zur Einschätzung der politischen Entwicklung leisten. Anmerkungen und Überlegungen zur wirtschaftlichen Lage Polens, zu Rolle und Zukunft der Gewerkschaftsbewegung sowie allgemeinen Problemen bei der Realisierung sozialistischer Demokratie, zur Bedeutung der Kirche und zum Einfluß antisozialistischer Kräfte bestimmten im wesentlichen die Diskussion. Die außenpolitische Dimension der Entwicklung konnte neben den genannten Problemkomplexen aus Zeitgründen nicht mehr ausführlich erörtert werden. Ein Beitrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen ist für das Novemberheft der „Blätter" vorgesehen. D. Red.

Ramotowski: Beginnen wir mit der Frage nach den Ursachen der großen Unzufriedenheit in breiten Schichten der polnischen Bevölkerung, Unzufriedenheit vor allem mit der wirtschaftlichen Lage bzw. den Versorgungsschwierigkeiten, die ja bereits vor Jahren einsetzten und sich bekanntlich in der ersten Hälfte dieses Jahres enorm zuspitzten. Hat sich Polen wirtschaftlich übernommen, wurden die Folgen der hohen Auslandsverschuldung falsch beurteilt, wurde das in unserem Land existierende sozialistische Wirtschaftssystem mit den Problemen der zu Beginn der 70er Jahre in Angriff genommenen ehrgeizigen ökonomischen Projekte nicht fertig?, usw. usf. Über einzelne Aspekte der ökonomischen Krise Polens ist in den zurückliegenden Monaten auch in dem Medien ihres Landes etliches veröffentlicht worden. Ich will hier zunächst einmal nur darauf verweisen, daß die PVAP*) schon einige Zeit vor den Ereignissen in den Städten der Ostseeküste selbstkritisch feststellte, daß in Bezug auf Planung und Verwaltung etwa der großen industriellen Einheiten Fehler begangen wurden, die immerhin so schwerwiegend waren, daß sie die Mechanismen der Wirtschaft nachhaltig in Unordnung brachten und die ohnehin großen Schwierigkeiten infolge der ungleichmäßigen industriellen Entwicklung, der Diskrepanz zwischen dem

*) Polnische Vereinigte Arbeiterpartei.

favorisierten schwerindustriellen Aufbau und der Leicht- und Konsumindustrie und natürlich auch der Situation in der polnischen Landwirtschaft noch verschärft haben.

Die zu Beginn der 70er Jahre entstandenen Pläne und optimistischen Vorstellungen über die künftige wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung unseres Landes sind im damals projektierten Umfang nicht realisiert worden. Verursacher dieser negativen Entwicklung waren nicht allein die (angedeuteten) innerpolnischen ökonomischen Faktoren, die Auswirkungen der ungünstigen konjunkturellen Veränderungen in den kapitalistischen Staaten oder die Tatsache, daß wir über Jahre hinweg unter Dürre- oder Überschwemmungskatastrophen zu leiden hatten. Bei aller Berücksichtigung dieser Faktoren sowie der für Polen negativen Entwicklungen auf dem Weltmarkt – hier sind vor allem die enormen Preissteigerungen im Energie- und Rohstoffsektor zu nennen –, dürfen wir nicht zwei wesentliche subjektive Krisenverursacher vergessen: Fehler in der Wirtschaftspolitik und deutliche Stagnationserscheinungen bei der Umsetzung der 1970 unter dem Eindruck der Dezemberkrise mit großem Elan in Angriff genommenen Maßnahmen zur Verbesserung der demokratischen Mitsprache und Mitwirkung.

In Polen sind in den zurückliegenden Jahrzehnten neue gesellschaftliche Strukturen entstanden. Das Land verfügt heute über eine stark angewachsene und auch qualitativ veränderte Intelligenz und eine Arbeiterklasse, der 1947 weniger als 1,5 und heute ca. 6 Millionen Menschen zugeordnet werden können und die damit nun auch zahlenmäßig zur wichtigsten Klasse Polens herangewachsen ist. Während das Land noch nach dem Zweiten Weltkrieg in einem erschreckenden Maße unter dem Analphabetismus zu leiden hatte, verfügen wir heute über 1 Million Magister bzw. Hochschulabsolventen. Diese wenigen Angaben deuten positive Entwicklungen und Tendenzen an. Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß mit der Zunahme des Bildungsniveaus stets auch das Verlangen nach mehr Möglichkeiten verbunden ist, in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen wirkungsvoll Einfluß auszuüben. Die PVAP hat dem (vor allem infolge der Krise des Jahres 1970 verstärkt artikulierten) Bedürfnis nach mehr Mitsprache und Mitwirkung letztlich in einem nur unzureichenden Maße entsprochen und dies hat – vor dem Hintergrund der schwierigen ökonomischen Lage – nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß sie viel von dem vor zehn Jahren in sie gesetzten Vertrauen verloren hat. Die ökonomische und politische Krise, in der wir uns befinden, ist ausgesprochen ernst, und wir werden nicht mehr nur einige Monate, sondern die nächsten Jahre brauchen, um sie zu meistern.

Schleifstein: Ich würde zu den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Krise gern noch etwas sagen. Von außen her gesehen ist es sicher so, daß die Unzufriedenheit breiter Massen der Bevölkerung, die offensichtlich die Krise ausgelöst hat, bedingt war durch die Versorgungsschwierigkeiten, die schon eine ganze Zeit anhielten. Ich glaube aber, daß es wichtig ist für den westdeutschen Leser, einmal zu sagen, daß diese Schwierigkeiten auch

gerade das Ergebnis bedeutender Erfolge der wirtschaftlichen Entwicklung Polens in den letzten Jahren sind, so paradox das klingen mag. Es scheint mir sehr notwendig, darauf hinzuweisen, daß das Wachstum der Industrie, der Investitionen in den Jahren zwischen 1972 und 1978 ein gewaltiges Tempo hatte und daß in diesen Jahren äußerst starke Lohnerhöhungen erfolgt sind. Es entstand eine Schere zwischen der Kaufkraft, die sehr gestiegen war, und dem Angebot an Konsumwaren, darunter auch an lebensnotwendigen Produkten, insbesondere Fleisch, die bei der existierenden Preissituation nicht zu schließen war. Viele Preise wurden stark subventioniert. Infolge der ganzen außenwirtschaftlichen und inneren wirtschaftlichen Situation wurde das für den polnischen Staat untragbar. Er kann natürlich nicht erklären, wie die staatliche Führung und die Führung der Partei auf die zunehmende Unzufriedenheit, auf die wachsende Vertrauenskrise reagiert haben.

Ramotowski: Ich stimme Ihnen zu, daß man die Krise der letzten Wochen und Monate auch positiv sehen kann. Speziell unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung Polens, einem Industrieland mit sehr großen Ambitionen, mit sehr weitentwickelten Bedürfnissen. Immerhin hat dieses Land im Laufe von nur einigen Jahren den Maschinenpark um 50% erneuert, neue und z.T. hochspezialisierte Industriebetriebe geschaffen und einzelne Industriezweige modernisiert und ausgebaut. Ich nenne hier nur die Kupfer- und Schwefelindustrie. Wir möchten nicht nur unsere Ressourcen, unsere Bodenschätze erschließen, sondern auch verarbeiten bzw. Halbprodukte und schließlich auch moderne Endprodukte schaffen. Unter diesen Gesichtspunkten hat es im zurückliegenden Jahrzehnt sehr positive Entwicklungen gegeben, die andererseits neue Probleme verursachten, denen weder die Partei noch die Staatsführung richtig und rechtzeitig begegneten. Wir werden im Verlauf des Gesprächs sicherlich noch genauer auf die einzelnen Aspekte der Krisenursachen eingehen.

Ich möchte hier noch eine in bezug auf meinen Berufsstand selbstkritische Bemerkung anfügen: Wir haben in Polen gerade das, was man eine „rosa Propaganda" nennt, stark betrieben. Wir haben immer und überall nur die Erfolge gezählt, während Rückschläge und Schwierigkeiten subjektiver wie objektiver Natur vielfach vertuscht oder verkleinert wurden. In einer modernen und erst recht in einer sozialistischen Gesellschaft muß man offen und ernst auch über die Schwierigkeiten reden, sie aufzeigen und Zusammenhänge erklären, um nicht zuletzt auf diese Weise die Parteibasis wie die Masse der Werktätigen für ihre Lösung zu mobilisieren.

Abendroth: Vielleicht dazu eine Bemerkung. Es ist für alle sozialistischen Länder unvermeidlich, daß das Wachstum und dabei teilweise auch die Entfremdung der Konsumbedürfnisse und der Konsummöglichkeiten in den benachbarten kapitalistischen Gesellschaften zurückwirkt auch auf die sozialistischen Länder. Ein Problem, das man immer wieder sehen und immer wieder verarbeiten muß. Und es ist ebenso unvermeidlich, daß solche sozialistischen Länder, die sich im Aufbaustadium ihrer industriellen Produktion befinden, dabei in gewisse Schwierigkeiten kommen. Die Arbeitermassen

und auch die Intelligenzschichten in Polen haben zweifellos – beeinflußt durch Kenntnis eines gewissen Überhangs in der Konsumgüterversorgung der reicheren kapitalistischen Länder – angesichts des Aubaus der eigenen Industrie ihre Möglichkeiten überschätzt, ohne daß die Vereinigte Arbeiterpartei gelernt hätte, dieses Grundproblem ständig zu diskutieren. Ein Problem übrigens, das nicht nur in dieser polnischen Krise deutlich wurde, sondern sich auch im Bewußtsein eines großen Teils der DDR-Bevölkerung immer wieder zeigt. Ein Problem, das deshalb generell diskutiert und mit den Massen erörtert werden muß. Es fiel auf, daß die Bewegung, die zu den heutigen Veränderungen geführt hat, ihren Ausgang an der Ostseeküste nahm. Also bei industriellen Massen wie bei Intelligenzschichten, die relativ kurz in diesem Gebiet angesiedelt sind, relativ kurz in der industriellen Produktion stehen, wenn diese auch ein z.T. hohes Niveau aufweist, während andere Schichten aus vorher schon stark industrialisierten Gebieten, ich erinnere an Oberschlesien, erst nachhinkend in die Bewegung hineingezogen wurden. Schichten also, die – u.a. durch ihre Familien vermittelt – über Erfahrungen aus der kapitalistischen Produktionsweise verfügten, und die infolgedessen möglicherweise eher zu einer realistischen Einschätzung der Dinge in der Lage waren. Es mag für die polnische Partei und auch für die polnische Gewerkschaftsbewegung blamabel sein, daß die Schulung, Eingewöhnung und Einbeziehung in die Diskussion gegenüber diesen neuen und in technischer Weise hochgeführten Bevölkerungsschichten nicht gelöst bzw. nicht angegangen worden ist. Es handelt sich hier übrigens um ein Problem, das in vielen sozialistischen Gesellschaften, die aufstreben und deren Industrialisierungsgrad den der bereits Jahrzehnte vorher stark industrialisierten westeuropäischen kapitalistischen Länder noch nicht voll erreicht hat, eine erhebliche Rolle spielt.

Man darf ja nicht vergessen, daß hier vermutlich eine der wesentlichen Ursachen für die sozialen und politischen Explosionen in Ungarn, in der Tschechoslowakei und auch in Polen zu suchen ist. Ähnlich hat es ja unser polnischer Kollege hier gesagt: Lernen die sozialistischen Länder und ihre führenden Parteien nicht, solche Probleme der Bewußtseinsentwicklung in den Griff zu bekommen und also ständig die demokratische Diskussion von unten in sich selbst einzubeziehen und sie dabei zu beeinflussen, so werden sich Widersprüche solcher Art in immer neuen Formen noch oft wiederholen. Hoffen wir, daß das heute gelernt wird. Eine zweite, damit eng verknüpfte Überlegung betrifft die Gewerkschaften. In der Gewerkschaftsproblematik liegt ja hinsichtlich der Zuteilung der konsumablen Quote des Resultats ihrer Arbeit, also des Produktionsergebnisses, für die Arbeiterklasse das nächstliegende Problem. Die polnischen Gewerkschaften haben es – so gefroren, wie sie waren – offensichtlich nicht verstanden, hier eine realistische Diskussion der Arbeiter einzuleiten und zur Partei hin zu vermitteln. Und das zudem noch in einer Situation, die sozialpsychologisch auch aus anderen Gründen, etwa nach der agrarischen Seite der Produktion hin, widerspruchsvoll ist. Die polnische Agrarproduktion ist ja weithin noch individual-bäuerliche Produktion, die nur leise durch Kooperative angeritzt und infolgedessen – vor allem

auch wegen ihrer unzureichenden Technisierung – noch nicht ausreichend produktiv ist. Eine Kleinproduzentengesellschaft existiert also neben einer sozialistisch produzierenden Industrie. Daraus ergeben sich natürlich sachliche Widersprüche. Sie wurden hier schon erwähnt. Durch die Witterung gegebene Probleme konnten schon deshalb nicht durch moderne Arbeitsmethoden aufgefangen werden. Nur, wie ist diese Fragestellung in den Griff zu bekommen, wie kann man vor allem die Arbeitermassen an der ständigen Diskussion solcher Probleme ebenso beteiligen wie die Bauern? Hinzu kommt: In der polnischen Gesellschaft war und ist die Stellung der katholischen Kirche noch stark und wird es noch lange Zeit ohne Zweifel bleiben. Aber war es gelungen, von der bloßen Spitzendiskussion mit den Bischöfen einmal abgesehen, die Diskussion auch unten wirklich in den Griff zu bekommen und offen – ohne unnötige Verschärfung und vor allem ohne unnötige Beschränkung der Ausdrucksmöglichkeiten auch für die andere Seite – zu führen? Den hiesigen Tagesnachrichten zufolge ist jetzt zum erstenmal ein Gottesdienst im Rundfunk übertragen worden. Müssen nicht aus solchen Beschränkungen unnötige Konflikte auch unten entstehen, nicht nur in den Verhandlungen mit dem Episkopat? Die polnische Partei hatte also unzweifelhaft in allen diesen Fragen erhebliche Mängel aufzuweisen. Nur, wie konnte es soweit kommen, daß in entscheidenden Bereichen der industriellen Arbeiterklasse aber auch der Intellektuellen und der technisch tätigen Intelligenz, den Gewerkschaften neue Gewerkschaftsformen entgegengestellt werden mußten?

Ramotowski: Ich glaube, daß die hier aufgeworfenen Fragen nur unter Berücksichtigung der Geschichte Polens beantwortet werden können. Dies gilt für die Entwicklung der Landwirtschaft wie auch in bezug auf die Rolle der Kirche in Polen.

Beginnen wir bei der Landwirtschaft. Ihre Strukturen sind zugegebenermaßen veraltet, ihre Ausrüstung völlig unzureichend. Wir müssen u.a. mit dem Erbe der Bodenreform der unmittelbaren Nachriegszeit zurechtkommen. Sie gab den vor dem Nichts stehenden Land- bzw. Saisonarbeitern – und 1939 stellten sie die Mehrheit der ca. 6 Millionen Arbeitslosen – den lang ersehnten eigenen Boden. Für diese Menschen waren die zugeteilten 4 bis 5 ha Ackerland etwas, von dem sie ihre ganzes Leben lang geträumt hatten.

Schleifstein: Vielleicht darf man hinzufügen: Das Land haben sie nicht im bürgerlichen Polen erhalten.

Ramotowski: Dann kamen die Zeiten, wo man die Kollektivierung so schnell, so massiv und so umfangreich wie nur irgendwie möglich durchzusetzen suchte. Sie scheiterte, zum einen an der Mentalität der Betroffenen, zum anderen am Mangel an modernen Maschinen, an der unzureichenden Organisation der landwirtschaftlichen Produktion usw. usf. Die polnische Führung hat keineswegs in den zurückliegenden Jahrzehnten darauf verzichtet, die Landwirtschaft zu modernisieren, und zwar im sozialistischen Sinne. Es wurde experimentiert, neue Formen wurden diskutiert und zum Teil auch

Aktion Abo '81

Ein wichtiges Buch
für einen neuen Abonnenten*)

Für jeden neuen Abonnenten, der durch Ihre Vermittlung die „Blätter" bestellt, erhalten Sie kostenlos einen Titel Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert von bis zu 20,– DM (Prospekt anfordern).

Die 80er Jahre haben als ein Jahrzehnt großer, grundsätzlicher Auseinandersetzungen begonnen. Die Frage Krieg oder Frieden stellt sich in neuer Schärfe. Vieles steht auf dem Spiel – all das, was an Fortschritten in Richtung Frieden und Abrüstung, Befreiung von Hunger und Unterentwicklung, in Richtung Demokratie und Emanzipation bisher erkämpft wurde bzw. heute durchsetzbar wäre.

In dieser Situation – das sagen alte und neue Leser – ist eine Zeitschrift wie die „Blätter" wichtiger denn je.

Die „Blätter" orientieren

– auf Schlüsselfragen, auf die politischen Brennpunkte der Auseinandersetzung, auf ihre Ursachen und Konsequenzen
– immer mit dem Blick auf das Wesentliche,
auf Handlungsmöglichkeiten,
Alternativen,
auf Ansatzpunkte für ein effektives Zusammenwirken aller Strömungen der demokratischen Bewegung.

Die „Blätter" – ein „Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition"
(„Bayernkurier")

Vom Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren, gegen die Notstandsgesetze in den 60ern, für die Durchsetzung der Entspannungspolitik bis zum Kampf gegen Neutronenbomben und „Nachrüstung", gegen die Herausforderung Strauß und alle Formen der Rechtsentwicklung, für den überfälligen Durchbruch zur Abrüstung.

Die „Blätter", im dritten Jahrzehnt –
Monat für Monat für einen wachsenden Leserkreis: Analysen, Kommentare und Berichte, Dokumente und Chronik zu den wesentlichen Fragen der Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

*) Wenn Sie einen neuen Abonnenten geworben haben, schicken Sie bitte die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte ausgefüllt **und vom Abonnenten unterschrieben** an den Verlag. Sofern der neue Bezieher die „Blätter" für mindestens ein Jahr bestellt und sie im vergangenen Jahr nicht abonniert hatte, können Sie auf der Bestellkarte einen Buchwunsch angeben. Streichen Sie dazu auf der Rückseite der Karte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch das Wort „Werber". Darunter tragen Sie bitte in Blockschrift **Ihre** vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein.

eingeführt. U.a. schlossen sich Bauern zusammen, bearbeiteten – ohne ihr Eigentum am Boden aufzugeben – gemeinsam größere Flächen und erhielten, unterstützt durch den Staat, moderne Maschinen. Da, wo diese Praxis Fuß fassen konnte, hat sie sich weitgehend bewährt. Ich glaube im übrigen, daß heute die meisten der Bauern erkannt haben, daß sehr kleine Bauernhöfe, die Arbeit mit Pferden bzw. mit unzureichender Geräteausstattung usw. die Versorgungsprobleme Polens auf Dauer nicht werden lösen können. Viele der (infolge der starken Landflucht jüngerer Leute) auf diesen Höfen zurückgebliebenen Alten würden gerne dem Staat ihr Gut übergeben, um die staatliche Rente zu bekommen. Auch das ist eine Form der Reduzierung des zersplitterten bäuerlichen Privatbesitzes. Praktisch jedoch handelt es sich hier um ein nur schwer lösbares Problem, weil die auf solche Weise „verstaatlichten" Grundstücke nicht einfach zu größeren Einheiten zusammengelegt werden können, da sie z.T. kilometerweit auseinanderliegen. Es gab und gibt auch hier Lösungsversuche verschiedener Art. Generell aber kann gesagt werden: Rasch werden wir die Probleme unserer Landwirtschaft nicht lösen können. Und ob wir auf dem Wege der Konsolidierung unsere Landwirtschaft Fehler gemacht haben, das würde ich nicht unbedingt verneinen.

Nun noch eine Bemerkung zur Rolle der Kirche in der sozialistischen Gesellschaft. Man darf nicht vergessen, daß sie in der polnischen Geschichte eine sehr konkrete und zugleich auch positive Rolle gespielt hat. In der Zeit der polnischen Teilungen war die Kirche eine wesentliche Integrationskraft. Die nationale Frage und damit auch das Freiheits- und Unabhängigkeitsstreben waren in dieser Zeit mit der Institution Kirche eng verbunden. Ihre hieraus erwachsene starke Position hat sie sich bis auf den heutigen Tag erhalten können und in dem Umfang, in dem das Vertrauen gegenüber der Partei und den Staatsorganen verlorengeht, wächst der Einfluß der Kirche. Das ist eine schmerzhafte Sache, aber eine Tatsache.

Im Verlauf der zurückliegenden zehn Jahre haben Kirche und Staat den vermutlich einzig möglichen modus vivendi geschaffen, eine Kompromißformel, die besagt, daß alle Probleme zwischen Staat und Kirche allein auf dem Weg des Dialogs gelöst werden sollten und die zugleich beinhaltet, daß sich die Kirche nicht in die staatlichen Angelegenheiten einmischt und die grundsätzlichen und die nationalen Interessen des sozialistischen Landes voll akzeptiert. Das tut sie. Ich nenne als Beispiel die Außenpolitik und hier konkret die Frage der Grenzen Polens. Während die katholische Kirche in der Bundesrepublik nach wie vor zu den Kräften zählt, die die Grenzfrage immer wieder im Sinne ihrer Revision neu beleben, herrscht in dieser Frage zwischen Katholiken und Atheisten, Staatsführung und Kirchenleitung Konsens. Das heißt nicht, daß es in anderen und v.a. innenpolitischen Fragen ideologische Auseinandersetzungen mit der polnischen Kirche gibt.

Schleifstein: Darf ich noch einmal zu einem zentralen Punkt zurück, ohne daß der Zusammenhang verlorengeht? Diese Vertrauenskrise konnte nur entstehen, weil ein fundamentaler Bruch in der Kommunikation, in den Beziehungen zwischen der Partei- und Staatsführung und den breiten Massen entstan-

den ist. Bei uns werden ja die Dinge demagogisch so dargestellt, daß dies sozusagen systembedingte Krisen oder Konflikte sind. In Wirklichkeit resultieren sie nicht aus Grundsätzen und Mechanismen, nicht aus der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie, sondern gerade aus der Verletzung von Grundsätzen, Mechanismen, Formen und Methoden der sozialistischen Demokratie. In Polen wirkende antisozialistische Kräfte, von außen oder innen, hätten keine Massenbasis finden können in der breiten Bevölkerung, wenn diese Vertrauenskrise nicht existiert hätte. Wenn der Fluß der Information, das Vertrautsein mit den Stimmungen der Massen, das rechtzeitige Reagieren auf diese Stimmungen funktioniert hätten, hätte die Krise nicht entstehen können. Bei uns haben Gewerkschaftsfunktionäre ja behauptet, das sei eine Katastrophe der Leninschen Gewerkschaftspolitik. Das kann nur sagen, wer Lenin im Original nie gelesen hat. Es ist gerade die Verletzung der Leninschen Grundsätze der Gewerkschaftspolitik, die eine solche Situation der Vertrauenskrise herbeigeführt hat.

Ramotowski: Zieht man Vergleiche zwischen der Situation 1970 und 1980, dann wird man feststellen, daß 1980 manche Krisenfaktoren und manche Forderungen seitens der Arbeiterklasse denen des Jahres 1970 ähneln. Alles in allem aber ist die Situation von damals mit der von heute m.E. nicht zu vergleichen. Das betrifft v.a. das große Engagement von 1970. Ich erinnere mich, daß wir damals alle mit neuen Plänen und Ideen zur Arbeit kamen. Wir hatten großes Vertrauen in die Partei, in die neuen Staatsorgane, und wir haben wirklich geglaubt, daß man im Verlauf der nun folgenden fünf oder zehn Jahre wirklich ein neues Polen, natürlich ein sozialistisches Polen, aufbauen kann. Weil viele dieser Pläne zumindest im erstrebten Umfang nicht realisiert wurden, das Land statt dessen in eine neue Krise geriet, ist der Vertrauensverlust groß, haben Partei, Gewerkschaften und Staat so große Schwierigkeiten, das bitter notwendige Engagement und Vertrauen erneut zu wecken und zu mobilisieren. Die Menschen glauben verbalen Versprechungen nicht mehr. Man will das schriftlich haben, d.h. formal abgesichert und unterzeichnet. Wir sprechen daher bezogen auf die im August unterzeichneten Vereinbarungen von einem Gesellschaftsvertrag. Partei und Staatsmacht müssen sich auf eine verbindliche Art und Weise der Bevölkerung gegenüber verpflichtet fühlen; die Werktätigen verfügen über eine schriftlich fixierte Garantie.

Kommen wir zur Rolle der Gewerkschaften. Wie vertraten sie bislang die Interessen der Arbeiter? Es gab in Polen bis vor kurzem zwar 1,5 Mio. Gewerkschaftsfunktionäre (natürlich in ihrer Mehrheit ehrenamtliche), aber die gewerkschaftlichen Aktivitäten hielten sich in Grenzen. Zugespitzt formuliert: Man sah in den Gewerkschaften v.a. die „Versorgungsgesellschaft", die „Sozialfürsorge für kleine Dinge". Im Herbst haben sich die Gewerkschaften z.B. für ihre Betriebsbelegschaften auf dem Lande nach preiswerten Äpfeln umzusehen. Außerdem waren sie stark eingespannt auf dem Gebiet der Organisierung von Erholungsmöglichkeiten. Das Netz der Erholungsheime ist groß. Praktisch kann jeder Werktätige billig (die Hinreise ist

meistens umsonst) mit Hilfe der Gewerkschaften Urlaub machen. Das ist eine gute Sache, aber es ist zu wenig. Man erwartet von den Gewerkschaften auch ein Wort zu den Preisen, zur Wohnungsverteilung. Man wollte von den Gewerkschaften hören, wie die leidigen Versorgungsprobleme zu lösen seien, wie man etwa den Staatsorganen gegenüber auf eine bessere Lösung dieser Probleme drängen könne. Hier glaube ich, haben die Gewerkschaften versagt, haben sie sich von den Interessen der Menschen entfernt – und damit ein wesentliches Leninsches Prinzip der Gewerkschaftsarbeit verletzt.

Abendroth: Wir sollten in diesem Zusammenhang eins niemals vergessen: Es gibt keine abstrakten Systeme, es gibt keine ewigen Systeme. Jeder weiß, daß eine sozialistische Gesellschaft unter dem Vorbehalt steht, daß die sozialistische Phase der Entwicklung einer Gesellschaft ihrem Begriff nach immer eine Phase in Richtung auf etwas anderes bleibt, nämlich auf die kommunistische Gesellschaft der Zukunft hin. Ich bitte also den Begriff „System" immer sehr, sehr vorsichtig zu gebrauchen, immer bei Immanenz des historischen Moments, den es enthält.

Eine weitere Anmerkung: Wir dürfen nicht vergessen, daß auch in einer sozialistischen Gesellschaft bestimmte negative Tendenzen immanent bleiben und sich in allen möglichen neuen Formen wiederherstellen – u.a. in bezug auf die Gewerkschaften. Das schließt die Gefahr ein, daß Gewerkschaften durch ihre Bürokratisierung auch das Moment der Gefahr ihres Absinkens in ein bloßes Dienstleistungsinstitut enthalten. Diese Tendenz kann stets neu reproduziert werden; aber es kann zugleich auch immer neu entschieden werden, ob sie sich voll verwirklicht hat oder ob sie aufgehoben werden kann. Diese Tendenz ist – nebenbei bemerkt – auch unserer eigenen Gewerkschaftsbewegung in den kapitalistischen Ländern immanent. Gegentendenzen können nur bei Aufrechterhaltung eines ständigen Demokratisierungsdrucks in den Gewerkschaften, aber auch in der Partei und den Planungsinstanzen bestehen; eine Tendenz auf Demokratisierung, die stets neu erörtert und gefordert werden muß.

Schleifstein: Ohne eine theoretische Diskussion beginnen zu wollen, nur zwei Bemerkungen zu dem, was Wolfgang Abendroth sagte: Ich stimme natürlich zu, daß Systemimmanenz selbst eine historische Kategorie ist. Das System entwickelt sich, es nimmt neue Charakterzüge an. Dennoch gibt es gewisse Grundelemente des sozialistischen Systems, die man ökonomisch, politisch und ideologisch definieren kann und dazu gehören die Dinge, die ich bereits in bezug auf die sozialistische Demokratie angedeutet habe. Wenn ich noch eine zweite Bemerkung anhängen darf. Es gibt auch unter sozialistischen Bedingungen aus der Entwicklung selbst resultierende Tendenzen der Überbetonung administrativer Mittel usw. Besonders gefährlich ist das für das Verhältnis der Gewerkschaften sowohl zu den Massen ihrer Mitglieder als auch zum Staat. Es gibt ja ein schwieriges objektives Problem für Gewerkschaften unter sozialistischen Bedingungen, ein Problem, das übrigens nicht nur Kommunisten gesehen haben. Ich erinnere mich an einen Entwurf, den der später sehr bekannte westdeutsche sozialdemokratische

Bundestagsabgeordnete Erwin Schöttle über die Gewerkschaften in einem sozialistischen Deutschland in der britischen Emigration während des Zweiten Weltkriegs publiziert hat, und der sich kaum unterschied von den Auffassungen, die die Kommunisten in den sozialistischen Ländern heute über die veränderte gesellschaftliche Funktion und Rolle der Gewerkschaften vertreten. Lenin hat auf die Zwiespältigkeit dieser Funktion in dem bekannten Beschluß der damaligen russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) 1922 hingewiesen; die Zwiespältigkeit, die darin besteht, daß die Gewerkschaften das neue Gesellschaftssystem nicht bekämpfen können, sondern aktiv unterstützen müssen. Daß sie aber zur gleicher Zeit die Funktion haben, die unmittelbaren, elementaren, von der wirtschaftlichen Leitung nicht von selbst berücksichtigten sozialen Interessen der Arbeiter, der Angestellten bewußt und auch gegenüber den staatlichen Organen zu verfechten. Das ist eine objektive Schwierigkeit. Daß es zu der Vertrauenskrise gekommen ist, scheint mir hauptsächlich daran zu liegen, daß eben dieses Element der aktiven Vertretung elementarer Interessen, die die soziale Lage der Masse der Arbeiter berühren, von den Gewerkschaften in Polen vernachlässigt wurde.

Ramotowski: Ich glaube, heute besteht in Polen die Chance, beide Aspekte gewerkschaftlicher Politik miteinander zu verbinden. Die neuen Gewerkschaften akzeptieren die führende Rolle der Partei und sie stellen auch nicht in Abrede, daß die Produktionsmittel in gesellschaftlicher Hand bleiben. Sie haben neue Aufgaben und vielleicht unterscheidet sich hier die aktuelle Situation von der unmittelbar nach 1970. Die neue Rolle der Gewerkschaften, die immer eher theoretisch abgeklärt als praktisch erprobt worden ist, liegt heute schriftlich fixiert vor. Natürlich taucht da gleich die Frage auf, wie sie sich in Zukunft praktisch politisch verhalten werden. Werden sie gleich zum Streik aufrufen, wenn gegensätzlich Auffassungen zwischen ihnen auf der einen und dem Staat, der Partei oder der Verwaltung auf der anderen Seite nicht sofort zu lösen sind? Wie werden die neuen Gewerkschaften und nicht nur sie – denn verändert sind alle Gewerkschaften aus dem aktuellen Konflikt hervorgegangen – die erstreikten Kompetenzen mit der an sie gebundenen Verantwortung der Bevölkerung und auch dem sozialistischen Staat gegenüber verbinden? Werden sie bereit sein, positiv Einfluß auf den Produktionsprozeß, auf die Steigerung der Produktion, auf Quantität und Qualität der Arbeit und ihre Effektivität auszuüben? Und schließlich – es wurde hier bereits angedeutet –, welchen Einfluß werden letztlich die Kräfte, die wir als antisozialistische Kräfte bezeichnen, haben? Immerhin hat der Vertrauensverlust gegenüber der Partei und der staatlichen Führung eine Lücke entstehen lassen, die antisozialistische Kräfte gut zu nutzen wußten und die ihnen die Gelegenheit verschaffte, sich öffentlich stärker als bisher zu profilieren. Sie haben die Unzufriedenheit der Bevölkerung richtig erkannt und entsprechende Forderungen formuliert – bei gleichzeitigem Verzicht auf die offene Formulierung weitergehender eigener politischer und ideologischer Ziele. Deshalb scheint für den Außenstehenden eine Art Verschmelzung oder Gleichschaltung des Arbeiterprotestes und der Ziele

bestimmter antisozialistischer Gruppierungen vollzogen zu haben. Eine solche Sicht der Dinge wäre jedoch nicht korrekt, weil nach wie vor große Unterschiede zwischen den Auffassungen der streikenden Arbeiter und der antisozialistischen Opposition bestehen.

Schleifstein: Ist es nicht so, daß diese Kräfte immerhin in der Lage waren, den Arbeitern bestimmte irreale und – angesichts der jetzigen wirtschaftlichen Lage Polens – illusionäre Forderungen aufzudrängen? Jeder Gewerkschaftsführer in der Bundesrepublik, der der Regierung Schmidt heute sagen wollte, ab morgen muß ein dreijähriger Mutterschaftsurlaub eingeführt werden, oder: wir brauchen ab sofort ein Pensions- oder Rentenalter für die westdeutschen Arbeiter von 60 bzw. 55 Jahren – wie es im übrigen in Polen schon jahrzehntelang existiert –, den würde die Regierung dieser reichen Bundesrepublik glattweg für verrückt erklären.

Ramotowski: Es ist richtig, daß die damit angesprochenen weitgehenden sozialpolitischen Forderungen die Situation Polens nicht erleichtern, sondern erschweren werden. Die Wünsche breiter Schichten der Bevölkerung sind von den realen Möglichkeiten des Landes entfernt. Das bringt eine Menge zusätzlicher Probleme, aber je offener diese Dinge diskutiert werden, desto schneller werden die Menschen begreifen, wo unsere Grenzen liegen. Entscheidend wird sein, ob wir auch die systemkritischen Kräfte dazu zwingen können, die reale Lage unseres Landes zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu machen und auf diese Weise Auffassungen zu isolieren, die z. B. das Bündnis mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten in Frage stellen. Wir wissen, daß es auch solche Kräfte gibt. Dennoch würde ich die antisozialistischen Kräfte nicht überschätzen. Ich sehe nicht die Gefahr, daß sie plötzlich sehr stark werden könnten, erst recht nicht unter der Losung, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu bekämpfen. Aber: Sie können die systemimmanente Lösung der Probleme erschweren; und wie gesagt: je klüger die Diskussion geführt wird und je konsequenter die Realisierung der Reformen angegangen wird, desto weniger Spielraum werden diese Kräfte haben. Es gibt natürlich verschiedene Gruppierungen und Richtungen. Da gab es ein Interview mit einem Sprecher der sogenannten Konföderation des unabhängigen Polen im 2. Programm des bundesdeutschen Fernsehens. Dieser Mann erklärte: Wir haben einige Tausend Mitglieder, wir sind eine Partei, wir möchten uns nicht darauf beschränken, Propagandamaterial zu verteilen. Auf die Frage, welche politischen Ziele diese Organisation verfolge, sagte er: Wir Polen wollen völlig unabhängig sein, frei von der Sowjetunion und frei auch von der westlichen Seite. Das ist m. E. so unrealistisch und dumm, daß niemand in Polen daran, wie auch an die angeblichen „einige Tausend Mitglieder", glaubt. Aber man kann damit Verwirrung stiften, v. a., wenn solche Leute im Ausland Unterstützung finden, was offenkundig der Fall ist.

Abendroth: Sicherlich ist es richtig, daß es auch in Polen kleine antisozialistische Gruppen gibt, die ihre Kräfte überschätzen, und die bei Konflikten, wie wir sie in den zurückliegenden Monaten erlebt haben, nicht nur dem Scheine

nach, sondern auch aktuell Einfluß gewinnen können. Aber die sozialökonomisch-utopischen Forderungen, die während der jüngsten Auseinandersetzungen in der Arbeiterschaft aufgetaucht sind, sind nicht durch solche Gruppen unmittelbar produziert, sondern ergeben sich notwendig als Nebenprodukt bei jeder Entfesselung eines nur spontaneistischen Prozesses. Darin entstehen immer utopische, irreale Forderungen, auch in den Massen selbst, an denen sich dann diese gleichen Massen und eventuell neue Institutionen, die sie schaffen, abarbeiten müssen. Hier liegt eine sehr große Aufgabe der polnischen Gesellschaft, eine Aufgabe, die um so schwieriger ist, als ja jetzt zwei gewerkschaftliche Organisationsskalen nebeneinander stehen: die ehemals weithin gefrorene, zu einem bloßen Dienstleistungsapparat erstarrte alte gewerkschaftliche Führung (die sich vielleicht nach diesem Anstoß erneuert) mit ihrem Unterbau und eine neue, die möglicherweise in den wichtigsten Fragen des Verhältnisses zum Staat, des Verhältnisses zur sozialistischen Gesellschaft, manche Schwankungen erleben kann. Daß aus einer solchen Situation, wie sie hier entstanden ist, widerspruchsvolle Probleme entstehen, ist unvermeidlich. Nur, solche Probleme kann man nicht mit dem Hauptakzent des Administrativen, muß man vielmehr mit dem Hauptakzent des Pädagogischen lösen, und also durch lebendige demokratische Diskussion. Wie das die polnische Gesellschaft zustande bringen wird, wir können es hier nicht prognostizieren, wir Deutschen übrigens am allerwenigsten. Die Polen müssen das aus ihrer Erfahrung heraus selbst tun. Für die Arbeiterbewegung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen westeuropäischen Ländern bleibt das Problem, daß sie hinsichtlich der Selbstentfremdung einer Gewerkschaftsbewegung zu einem bloßen Dienstleistungsapparat ähnliche Probleme erlebt, nur hier in einer ganz anderen Situation, nämlich in der Gewerkschaftsbewegung einer kapitalistischen Gesellschaft.

Daß sich in bezug auf die Ereignisse in Polen die wunderlichsten Identifikationen und Widersprüche in der gesamtgesellschaftlichen Reaktion ergeben, ist unvermeidlich. Die westeuropäische öffentliche Meinung, und vor allen Dingen die bundesrepublikanische, triumphierte über die Streikbewegung in Polen, weil sie dort einen Anhaltspunkt zur Selbstauflösung und Zerstörung der sozialistischen Gesellschaften glaubt entdeckt zu haben. Die gleichen Streikrechte und Streikmöglichkeiten, die die Arbeiterbewegung in Polen spontan jetzt geboren hat, gesteht die kapitalistische Gesellschaft aber keineswegs den Gewerkschaften hier in den westeuropäischen Ländern zu. Ein Streik, der auch eine an den Staat appellierende und insofern politische Tendenz hat, wie sie sich in Polen jetzt partiell durchgesetzt hat und zweifelsfrei zu demokratischen Veränderungen auf Kosten der bisherigen formellen Rechtslage drängt – eine solche politische Streikbewegung also würde von unserem Bundesarbeitsgericht und von der Presse, würde von unseren politischen Parteien, den „staatstragenden" nämlich, a priori als illegal behandelt, wenn sie in der BRD entstehen würde. In Polen ist sie nun nicht als illegal behandelt worden, sondern zum Vertragspartner gemacht worden. Eine

solche Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht auf unmittelbar ökonomische Probleme oder Tarifvertragsfragen beschränkt, wäre nach der Judikatur unseres Bundesarbeitsgerichts des Teufels. Eine sozialistische Gesellschaft, soviele Widersprüche sie in sich enthalten mag, hat hier gezeigt, daß sie anpassungsfähiger ist, daß sie besser bzw. demokratischer reagierte, als unsere angeblich so demokratische staatliche Instanzenorganisation. Das dürfen wir nicht vergessen. Gewiß, die aktuelle Lage hat nach meiner Meinung für die polnische Gesellschaft ungeheure Probleme und also auch Gefahren geschaffen. Aber sie hat andererseits gezeigt: Man kann diese Probleme lösen, wenn man sie demokratisierend anpackt. Zwar sehe ich in diesen Auseinandersetzungen in Polen natürlich auch potentielle Gefährdungen in die Zukunft hinein, aber das positive Gewicht der polnischen Entwicklung scheint mir trotz des Dualismus konkurrierender Gewerkschaftsorganisationen größer zu sein. Es gibt keine Entwicklung ohne potentielle Gefährdungen – auch nicht in sozialistischen Gesellschaften. Aber sie hat zugleich für die westeuropäische Arbeiterbewegung einen Erfahrungsfaktor geschaffen. In den sozialistischen Ländern ist die Lösung derartiger Probleme immer noch durch Vergleich auch mit zum Teil utopisch kämpfenden Arbeitermassen möglich. Sie war es (wie wir alle wissen) nicht in allen Phasen der sozialistischen Entwicklung. Und deshalb erscheint mir trotz aller immanenten Gefahren das Zugeständnis des potentiellen Streikrechts und damit Demonstrationsrechts an die Arbeitermassen in einem sozialistischen System an sich ein erheblicher Fortschritt und nicht ein Rückschritt zu sein.

Schleifstein: 1922 hat Lenin in dem erwähnten Beschluß die Frage so formuliert, daß er gesagt hat, es können auch unter sozialistischen Bedingungen Konflikte entstehen, und sie können sich auch scharf gestalten. Zugleich aber müsse unter sozialistischen Bedingungen nach Mechanismen gesucht werden, die Streiks vermeiden. Das scheint mir das entscheidende Problem zu sein, nicht die Frage, unter welcher Formel das geschieht. Notwendig ist vor allem, das ganze System des Gesprächs zwischen Partei und Massen bzw. Gewerkschaften und Massen auf eine neue, wirklich im sozialistischen Sinne demokratische Grundlage zu stellen. Dieses Gespräch ist auch die einzige Möglichkeit, um die Vertrauensbasis wiederherzustellen, und die Vertrauensbasis ist die einzige Grundlage, um die Entwicklung der Produktivität voranzubringen. Denn die wirtschaftliche Lage – nach den durch Partei- und Regierungsbeschluß sanktionierten vielen sozialen Forderungen – ist ja nicht leichter, sie ist sehr viel schwieriger geworden. Wenn aus dieser Entwicklung ein realer Ausweg im Sinne der ganzen Arbeiterklasse gefunden werden soll, dann ist er ja nicht denkbar ohne eine höhere Arbeitsdisziplin, höhere Arbeitsproduktivität, größere wirtschaftliche Leistung, weil ohne diese Entwicklung die Erfüllung der sozialen Forderungen irreal bleibt.

Die Antwort liegt ganz offensichtlich auch in einer gesteigerten Aktivität der Mitglieder der Partei, ihrer Funktionäre und der Aktivität der Kommunisten in den Gewerkschaften, um die Krise zu überwinden. Ich glaube, nur so können sowohl gegnerische, dem Sozialismus feindliche Kräfte isoliert als

auch Illusionen abgebaut werden, und eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten, die in der wirtschaftlichen Entwicklung objektiv gegeben sind, sowie zugleich ein wirklicher Prozeß des Zusammenwachsens von Partei und Massen bzw. Gewerkschaften und Massen, wieder herbeigeführt werden.

Ramotowski: Die von Professor Abendroth favorisierten Formen der Konfliktlösung bieten auch meiner Meinung nach die besten Voraussetzungen sowohl zur Überwindung der Krise als auch zur Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen der Arbeiterschaft und der Partei- und Staatsführung. Ich möchte das, was sich in Polen unter dem Eindruck der Krise entwickelt hat, als eine große Chance bezeichnen. Ich bin in bezug auf die künftige Entwicklung grundsätzlich optimistisch, wenn ich auch – ähnlich wie Professor Schleifstein – all die Schwierigkeiten sehe, die etwa mit der Realisierung der Vereinbarungen in den Ostseestädten verbunden sind. Das wird zugegebenermaßen ein langwieriger Prozeß sein, der von allen Seiten Klugheit, Ausdauer und viel, viel Arbeit erfordert. Mein Optimismus stützt sich nicht zuletzt darauf, daß der offene Dialog bislang noch ungenutzte große Möglichkeiten der Problemlösung freisetzen wird und daher nicht nur für die nächsten zwei bis drei Jahre eine Chance erhalten, sondern zu einem festen Bestandteil der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden sollte. So gesehen wird in den nächsten Monaten und Jahren ein wichtiger Kampf um die Köpfe stattfinden. Wir haben in der Vergangenheit ziemlich viele Tabufragen mit uns herumgeschleppt, weil im Grunde alles dem Wunsch nach einem nationalen Konsens untergeordnet und heikle Fragen, die vielleicht auch einmal einen Graben aufgerissen hätten, nicht gestellt wurden. Ein simples Beispiel: Als der polnische Papst gewählt wurde, hat man in Polen in den offiziellen Medien nur eine Anerkennung der polnischen Nation gesehen. Niemand wagte z.B. zu formulieren, daß das deutsche Episkopat mit dieser Wahl bestimmte Spekulationen verknüpfte. Herausgestellt wurde nur, was die Nation stolz machte. Jetzt wird das ganz große Aufarbeiten, von Tabufragen stattfinden müssen. Und weil man über die eigenen Schwierigkeiten und auch Rückschläge nicht offen genug, nicht selbstkritisch genug diskutierte, konnte man sich auch nicht deutlich mit der Kirche auseinandersetzen. Als der heutige Papst in die Vereinigten Staaten reiste, gab einer der bekanntesten Journalisten Polens, der Chefredakteur der „Polityka", kritische amerikanische Stimmen in seiner Wochenzeitung einfach nur wieder, ohne eindeutig eigene Positionen zu beziehen. Allein das löste bereits eine Flut böser Leserbriefe aus, und es gab nicht wenige Leser, die den Beitrag als Verrat der nationalen Interessen Polens betrachteten. Wie gesagt: Weil die Partei bzw. die für den sozialistischen Staat engagierten Polen nicht offen genug über die anstehenden sozialen und politischen Probleme diskutiert haben, haben wir auch in der Auseinandersetzung mit der Kirche viel von unserer Glaubwürdigkeit verloren.

Abendroth: Die aktuelle Situation, und hier vor allem die Konkurrenz zweier Gewerkschaftsorganisationen, weist natürlich Gefahrenmomente auf. Das

erschwert die Situation, das muß man wissen. Andererseits wird die bisherige Gewerkschaftsbürokratie unter einen Druck gestellt, der sie vielleicht in andere Ebenen führt. Aber wir sind keine Propheten.

Schleifstein: Die Gefahrenmomente – von außen her kann man das nur schwer beurteilen – liegen in der Konkurrenzsituation selbst. Sie hat ja eine gewisse Eigendynamik. Eine Eigendynamik, die auch in kapitalistischen Ländern existiert, wo es mehrere Gewerkschaften gibt. Und diese Eigendynamik führt immer zu gewissen demagogischen Erscheinungen, zur Maximalisierung von Forderungen usw. Die Gewerkschaften, die sich mit Partei und Staat verbunden fühlen, werden – weil sie die realen ökonomischen Möglichkeiten berücksichtigen müssen –, hier immer den kürzeren ziehen.

Ramotowski: Grundsätzlich war ja die Lage schon von Gierek richtig erkannt worden: da wo es notwendig ist – etwa auf dem Gebiet der Preisgestaltung – sollte stärker zentralisiert, da wo es gilt, flexibler v.a. in bezug auf die Sicherstellung der Versorgung zu reagieren, sollte in stärkerem Maße dezentralisiert werden. Langfristige Planungen kurzfristig modifizieren lernen, andererseits die Investitionsschwerpunkte zugunsten der Produktionssphären, die für den Markt arbeiten, setzten. Daneben die Löhne erhöhen, ohne die ökonomischen Möglichkeiten des Landes zu überspannen. Ein anderes Problem: Die z.Z. eingefrorenen Preise gelten nur noch für eine bestimmte Zeit. Wie dann weiter? Auf diese Frage ist noch keine Antwort gegeben worden. Eigentlich weiß in Polen jeder, daß zwischen den Arbeitsergebnissen bzw. der Arbeitsproduktivität und -effektivität und den Löhnen, zwischen den Löhnen und Preisen und schließlich zwischen den Preisen und dem Konsumgüterangebot ein besseres Verhältnis entstehen muß, um z.B. mit dem Kaufkraftüberhang fertig zu werden.

Abendroth: Da müssen die Polen eine Lösung finden, vor allen Dingen in der Richtung, daß sie die arbeitsdisziplinäre Erziehung in einen arbeitsintensiven Enthusiasmus der Massen transformieren lernen. Vielleicht ist das möglich. Da stecken in der ganzen polnischen Situation und der Potzenz nach – wenn sie auch nicht in einem vergleichbaren Maße aktuell sind – in allen sozialistischen Ländern ungeheure sozialpädagogische Probleme, die man aber eben nur durch offene Diskussion lösen kann und nicht durch bloße Administration. Wenn die Polen damit fertig werden, haben sie den anderen sozialistischen Ländern zwar kein Modell vorproduziert, können aber einige wichtige Erfahrungen vermitteln. Wie gesagt: Mit ähnlichen Problemen sind – wenn auch nicht im gleichen Umfang – viele sozialistische Länder konfrontiert.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns eigentlich auch fragen – und ich will dies hier abschließend in aller Kürze versuchen – welche Konsequenzen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen im Westen und insbesondere in der Bundesrepublik aus den Ereignissen in Polen ziehen sollte. Nach meiner Meinung müssen a) die Kader der Arbeiterbewegung, die auch politisches Klassenbewußtsein in hohem Maße entwickelt haben, und b) die Massen z.T. recht verschiedene Dinge lernen.

Zunächst sei an die Adresse der Kader, die das Bündnis mit dem realen Sozialismus (mit Recht) in ihr Denken einbezogen haben, eins gesagt: Die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse ist ein ungeheurer Schritt nach vorn, ein entscheidender Schritt nach vorn, aber er hebt noch keineswegs alle Probleme auf. Es bleiben notwendige, unvermeidlich in der ganzen Phase des „bloßen" „realen" Sozialismus, des Noch-nicht-Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft, in den sozialistischen Ländern erhebliche (wenn auch z.T. je nach der konkreten nationalen Lage divergente) Widersprüche bestehen, die gelöst werden müssen. Wir, bzw. die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder, können dazu natürlich keine Rezepte liefern. Wir müssen anerkennen, daß solche Probleme bestehen, müssen also den sozialistischen Ländern zwar als Bündnispartner gegenüberstehen, aber dürfen nicht als unkritische, Probleme leugnende Bündnispartner erscheinen. Tun wir das, so schaffen wir dem Gegner Einbruchsmöglichkeiten, die wir nicht nötig haben und die außerdem den sozialistischen Ländern nichts nützen. Dies sei an die Adresse der Kader gerichtet, die hier immer wieder Fehler machen.

An die Adresse der Massen sollten diese Kader vor allen Dingen eines betonen: Ihr habt gesehen, in sozialistischen Ländern sind (mögen sie früher in solchen Fragen z.T. extrem große Fehler gemacht haben und mögen die Widersprüche in sozialistischen Ländern extrem groß gewesen sein und z.T. noch immer sein) demokratische Formen der Auseinandersetzung, der Diskussion möglich und notwendige Kompromisse durchsetzbar. Ihr konntet verfolgen, was in einem sozialistischen Staat, in Polen, spontane Aktionen der Arbeiterklasse bewirken können in Richtung auf potentielle Demokratisierung, mit allen Fehlern, die damit entstehen können und daraus noch folgen mögen, aber auch mit allen Möglichkeiten, die darin liegen. Habt Ihr, Ihr Arbeiter in kapitalistischen Ländern, die Ihr Eurer staatsmonopolistischen Ökonomie als Klassengegner gegenübersteht, etwa in einem solchen Umfang die Aktionsmöglichkeiten, wie sie die Arbeiter in Polen entfalten konnten? Sie konnten das, ohne daß ihnen die Staatsmacht mit physischer Gewalt oder mit juristischen Urteilen oder weiß der Teufel mit was entgegengetreten ist. Habt Ihr, die Massen der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, vor allen Dingen in der Bundesrepublik Deutschland, Eure Aktionsmöglichkeiten in Richtung auf Demokratisierung wirklich in vollem Maße gewahrt? Oder habt Ihr nicht in den Reaktionen, z.T. auch Eurer Gewerkschaftsführungen (wenn man an die Unterwürfigkeit mancher von ihnen gegenüber der Regierung und dem Bundesarbeitsgericht oder an ihren Antikommunismus denkt), in den Parteien, die Ihr in Wahlen akklamiert, und der Staatsmacht gegenüber, ein Zurückdrängen Eurer demokratischen Möglichkeiten Stück um Stück bisher hingenommen? Statt dessen sind Eure Kampfmöglichkeiten zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Expansion Eures Konsumpotentials, vor allen Dingen aber zur Sicherung Eurer Arbeitsmöglichkeiten und Eurer Mitbestimmungsrechte mehr und mehr zurückgedrängt worden. Lernt also insofern von den Arbeitern in Polen, von den sozialistischen Ländern: Man kann die Lage der Arbeiterklasse verbes-

sern. Aber man kann sie in einem kapitalistischen Land nur dadurch verbessern, daß man gegen den, der die Arbeiterklasse dauernd zurückdrängt, wieder kämpfen und auftreten lernt, daß man sich vor allem auch das Streikrecht in vollem Umfang wieder erstreitet, das die polnischen Arbeiter hier frei demonstrieren konnten, und daß man den Arbeitgebern die Chance der Aussperrung nimmt.

Schleifstein: Marxisten in den kapitalistischen Ländern, da sie die Geschichte als einen dialektischen Prozeß auffassen, haben immer gewußt, daß es Widersprüche und Konflikte auch in der sozialistischen Entwicklung gibt und geben muß. Dennoch ist es verständlich, daß die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern erwartet, erhofft, daß diese Widersprüche und Konflikte keinen explosiven Charakter annehmen, daß sie nicht zu einer solchen Entfremdung zwischen den Führungen des Landes und breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung führen, daß diese Widersprüche und Konflikte eben schon die andere Natur, die nichtantagonistische Natur der Klassenbeziehungen, der sozialen Beziehungen in der sozialistischen Gesellschaft ausdrücken. Und insofern ist die Lehre für die progressiven Kräfte in der Bundesrepublik bedeutsam, daß auch ernste Konflikte, gelöst werden durch Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, durch Vereinbarungen zwischen der Partei und denen, die gegen die Auswirkungen bestimmter wirtschaftlicher Maßnahmen, gegen die Widersprüche, die aufgetreten waren in den Beziehungen zwischen Massen und Partei, aufgetreten sind. Es scheint mir aber noch eine andere Lehre in diesen Ereignissen zu stecken, die sich mehr bezieht auf die Reaktion der westdeutschen herrschenden Kreise, der Parteien, mancher Gewerkschaftsvertreter und insbesondere der Medien in unserem Lande. Wenn man das gesehen und gehört hat, es glich einer Art Kriegsberichterstattung und war gleichzeitig von höchst seltsamer Natur, weil sie eine ungeheure Streikbegeisterung erkennen ließ. Das Fernsehen, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", der „Spiegel" usw. waren plötzlich leidenschaftliche Anhänger von Streiks. Jeder kann sich selbst fragen, wie dieselben politischen Kräfte, dieselben Medien auf den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse um irgendeine soziale Verbesserung, in den Lohnkämpfen reagierten. Etwa auf den Stahlarbeiterstreik und den Streik der Drucker und Setzer, auf die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung. Das ist eine ganz ausgezeichnete Lektion in Klassenbewußtsein. Die Lehre für die progressiven Kräfte in der Bundesrepublik müßte sein, die Solidarität mit den sozialistischen Ländern bei allen Schwierigkeiten ihrer Entwicklung, bei allen Problemen, mit denen sie zu kämpfen haben, im Bewußtsein der gemeinsamen Grundinteressen zu manifestieren.

Ramotowski: Als polnischer Korrespondent in der Bundesrepublik fällt es mir natürlich entschieden schwerer, Lehren aus den Ereignissen in Polen für dieses Land zu ziehen. Ich beschränke mich daher hier auf einige allgemeine, wenn auch wohl nicht unwichtige mehr oder weniger außenpolitische Bemerkungen.

Die politischen Parteien und Organisationen, aber auch die breiten Bevölkerungsschichten der Bundesrepublik, müssen sich, unabhängig oder trotz der Täuschungsmanöver der hiesigen Medien und ihrer teilweise tendenziösen bis gefälschten Berichterstattung über Polen, immer wieder vor Augen halten, daß es heute geopolitische Realitäten in Europa gibt, die – bei aller krisenhaften Entwicklung – Polen als ein sozialistisches Land und als einen integralen Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft einschließen; ein Land, mit dem sich seine Bevölkerung voll identifiziert und dessen Gesellschaftsordnung sie akzeptiert. Die Menschen in der Bundesrepublik sollten realistischerweise davon ausgehen, daß die Außenpolitik Polens unverzichtbar auf dem Bündnis, der Zusammenarbeit und der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten basiert und das polnische Volk dies weder in Frage stellt, noch von außen in Frage stellen läßt. Die Polen werden der außenpolitischen Orientierung und den innenpolitischen Prinzipien ihres Landes treu bleiben, nicht zuletzt, um ihren Beitrag zur Erhaltung der politischen Stabilität und des Friedens auf dem europäischen Kontinent zu leisten.

Politik und Programm des Wojtyla-Papstes

Eine Zwischenbilanz

Von Adalbert Krims

Als am 16. Oktober 1978 mit Kardinal Karol Wojtyla zum ersten Mal seit 455 Jahren ein Nichtitaliener zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche gewählt wurde, betrachteten die meisten Kommentatoren dies als „kirchenpolitische Sensation des Jahrhunderts". Während man sich in der formalen Einschätzung dieses Ereignisses als „sensationell" einig war, gingen die inhaltlichen Interpretationen weit auseinander, ja sie waren vielfach einander entgegengesetzt. Während der „Spiegel" sein Titelblatt am 23. Oktober 1978 mit der Schlagzeile aufmachte „Der Papst aus Polen – die Kommunisten herausgefordert", erhofften andere Presseorgane (darunter auch die sowjetische „Neue Zeit") vom „ersten Papst aus einem sozialistischen Land" das genaue Gegenteil: nämlich eine Verbesserung des Verhältnisses von Kirche und Staat in Polen und anderen sozialistischen Staaten. Die mexikanischen Bischöfe werteten die Wahl Wojtylas als Beginn eines Dialogs zwischen

Christen und Marxisten, während andererseits Franz-Josef Strauß dieselbe Wahl spontan begrüßte und an sie die Erwartung einer festeren antikommunistischen Führung der Kirche knüpfte. Ähnliches konnte man auch in bezug auf die innerkirchliche Einschätzung der Papstwahl feststellen: das liberalkatholische „Publik-Forum" wählte beispielsweise am 3. November 1978 die Schlagzeile „Johannes Paul II. – Tschenstochau in Rom?", das linkschristliche „Kritische Christentum" (Nr. 23, Dezember 1978) wiederum meinte, der „Pole im Vatikan" würde den Spielraum der nationalen Kirchen vergrößern.

Inzwischen sind die ersten beiden Jahre der Amtszeit des Papstes vorbei – ein Zeitraum, der lang genug ist, um eine Zwischenbilanz ziehen zu können. Der Verfasser dieses Beitrages hatte vor zwei Jahren – angesichts der oben aufgezeigten Situation – noch gemeint: „Der neue Papst läßt sich also – mit jeweils begründeten Argumenten – verschieden interpretieren. Und darin liegt sicherlich eine Chance für dieses Pontifikat."[1]) Wenngleich diese Aussage auch heute noch formal aufrechterhalten werden kann, so muß sie doch inhaltlich anders akzentuiert werden. Die Möglichkeit, ihn verschieden zu interpretieren (das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek" sprach in diesem Zusammenhang sogar von Johannes Pauls „Talent für Zweideutigkeit"), erleichtert es dem Papst, seine eigentliche, konservative Strategie durchzusetzen. Besonders deutlich wurde dies bei seiner Brasilienreise, auf die später noch näher eingegangen wird. Prof. Josif Grigulevic, der gegenwärtig im Auftrag der sowjetischen Akademie der Wissenschaften eine „Geschichte der katholischen Kirche in Lateinamerika" herausgibt, kommentierte diese Reise so: „Der Papst versuchte, bei den herrschenden Klassen gut angeschrieben zu bleiben und gleichzeitig die Sympathie der katholischen Arbeiter zu behalten."[2])

Daß es dem Papst immer noch (zumindest teilweise) gelingt, antagonistische Widersprüche zu überbrücken oder zu verschleiern, liegt sicher an seiner besonderen Fähigkeit, Massen – und Massenmedien – mitzureißen und zu begeistern. Daß seine diesbezüglichen Erfolge weniger durch inhaltliche Aussagen begründet, als vor allem auf seine „Showqualitäten" zurückzuführen sind, haben bisher sämtlich Reisen des Wojtyla-Papstes nachdrücklich bewiesen. Insofern wurde ihm nicht zu Unrecht bereits wenige Monate nach Amtsantritt die „Goldene Kamera" verliehen. Die katholische Schriftstellerin Luise Rinser hat übrigens dazu im Österreichischen Fernsehen vermerkt, daß die Tatsache, daß der für seinen Antikommunismus berüchtigte Axel-Springer-Verlag gerade den polnischen Papst zum Fernsehstar Nummer 1 kürte, auch politisch interpretiert werden müsse.

Gerade die Tatsache, daß Johannes Paul II. innerhalb kurzer Zeit zu einem „internationalen Showstar" aufstieg, macht die Frage nach seinem „Programm" umso dringender. Es überrascht daher, daß man sich bisher viel mehr mit den Ursachen der Massenwirksamkeit des Papstes sowie mit

1) Adalbert Krims, Der Pole im Vatikan, in: „Kritisches Christentum", Wien, Nr. 25, Dezember 1978, S. 4.
2) Rodrigo Molina, Soviet Union: Resurgence of Interest in Religion, in: „Inter Press Service" (IPS) v. 30. 8. 1980.

gewissen Teilaspekten seines „Programmes", wie etwa seinem betonten Festhalten am Zölibatsgebot für Priester, der militanten Ablehnung von Geburtenkontrolle und Abtreibung etc. beschäftigt hat als mit seiner politischen und gesellschaftlichen – einschließlich der kirchengesellschaftlichen – Konzeption.

Die Rolle Wojtylas im polnischen Katholizismus

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wollte man hier den geistig-politischen Werdegang Karol Wojtylas sowie dessen Einbettung in den polnischen Katholizismus nachzeichnen. Dennoch muß man wohl auf die enge Verbindung des früheren Krakauer Kardinals mit der dortigen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" und der „Znak-Gruppe" um den früheren Sejm-Abgeordneten Stanislaw Stomma (der 1976 als einziger Abgeordneter gegen die neue polnische Verfassung gestimmt und dann bei der nächsten Sejm-Wahl sein Mandat verloren hatte) kurz eingehen. Reinhold Lehmann, Generalsekretär von „Pax Christi" in der Bundesrepublik und Intimkenner der Krakauer Verhältnisse, schrieb dazu: „Das ist zwar nicht der Papst der Gruppe Znak. Aber es ist der Papst, der mit der Krakauer Richtung der Gruppe Znak immer übereingestimmt hat."[3]) Man könnte den Vergleich auch umdrehen und sagen, daß die „Znak Gruppe" in Krakau zwar nicht die Gruppe Wojtylas war, aber immer mit ihm übereingestimmt hat. Vielleicht ist es etwas überspitzt, zu formulieren, daß sie gewissermaßen der „weltliche Arm" des Krakauer Kardinals war, auf jeden Fall bestand zwischen beiden ein enges wechselseitiges Einverständnis.

Als Charakteristika dieser Gruppe katholischer Intellektueller (und damit auch des Kardinals) kann man nennen: ein starker polnischer Nationalismus in Verbindung mit einem betonten katholischen Bekennertum, eine christlich-abendländische Europakonzeption (mit starken Bindungen an westeuropäische christdemokratische Parteien, vor allem an die CDU und die Konrad-Adenauer-Stiftung) sowie eine klare ideologische Ablehnung des Marxismus. Aus Gründen der Realpolitik gab es jedoch keine offizielle Verurteilung des Sozialismus, sondern nur die Forderung nach „weltanschaulichem Pluralismus", nach einem katholischen Erziehungs-, Presse- und Vereinswesen etc. sowie die Ablehnung der „führenden Rolle der Partei" – Kardinal Wojtyla selbst sagte 1978, die Schulen würden von der Nation finanziert, die Nation aber sei nicht atheistisch, sondern katholisch[4]).

Neben der Verbindung Wojtylas mit der „Znak"-Gruppe muß auch die Rolle des Krakauer Erzbischofs innerhalb des polnischen Episkopats erwähnt werden. Obwohl sich die katholische Kirche Polens gerne selbst als monolithischer Block darstellt und dies auf der hierarchischen Ebene auch tatsächlich in einem hohen Ausmaß ist, können doch – mit aller Vorsicht – einige spezifische Züge des Kardinal Wojtyla innerhalb dieses Blocks angegeben

3) Reinhold Lehmann, Für diesen Papst muß man beten, in: „Publik-Forum", 22/1978, S. 5.
4) „Der Spiegel" v. 23. 10. 1978.

werden: er war sicherlich im Vergleich zu Kardinal Wyszynski innerkirchlich beweglicher, andererseits lehnte er es anders als der „Fürstprimas" ab, in Fragen von nationaler Tragweite sich zu einem „Gedankenaustausch" mit der Regierung bzw. der führenden Partei bereitzuerklären. Umgekehrt – wiederum im Unterschied zu Wyszynski – war Wojtyla offener gegenüber der nicht-katholischen oppositionellen Intelligenz, mit der er einen Dialog suchte (z. B. mit Mitgliedern des KOR). So war es auch nicht verwunderlich, daß zwei Hauptvertreter dieser Richtung – Adam Michnik und Jacek Kuron – die Wahl Wojtylas zum Papst besonders freudig begrüßten. Mischnik lobte z. B. im „Spiegel" den „bischöflichen Widerstand gegen den Sowjetisierungsprozeß" sowie die „anti-totalitäre Linie des Episkopats", um dann die Rolle Wojtylas besonders hervorzuheben: „Sein Beitrag war besonders groß und war für Menschen von linker und laizistischer Orientierung, für Menschen, die außerhalb der katholischen Kirche stehen, von ganz besonderer Bedeutung."[5]) Während also Wyszynski ein „Dialog" mit nichtkatholischen Kräften unmöglich erschien (da ja die katholische Kirche im Alleinbesitz der Wahrheit ist), er in außergewöhnlichen Situationen jedoch zum „Wohl der Nation" zu Gesprächen bis hin zu einer begrenzten Zusammenarbeit mit der Regierung bereit war, verkörperte Wojtyla eine andere Linie: für ihn war die nichtkatholische – einschließlich der sich marxistisch nennenden – Opposition ein Gesprächs- und sogar Bündnispartner im Hinblick auf „anti-totalitäre" Forderungen, während er andererseits Kontakte zu Partei und Regierung als Verkörperung der „totalitären und atheistischen Staatsmacht" ablehnte.

Der „deutschfreundliche" Kardinal

Eine weitere spezifische Rolle Wojtylas innerhalb des polnischen Episkopats bestand darin, daß er die Kontakte zwischen der polnischen und der westdeutschen Bischofskonferenz anbahnte, wobei ihm die engen Verbindungen von „Znak" zum bundesrepublikanischen „CDU-Kirchen-Komplex" zugute kamen (von BRD-Seite spielte dabei die „Pax Christi", von deren führenden Persönlichkeiten mehrere ausgezeichnete Kontakte sowohl zur Bischofskonferenz wie auch zur CDU besitzen, eine wichtige Rolle). Wojtyla, der vom westdeutschen Pax-Christi-Generalsekretär als „ausgesprochen deutschfreundlich"[6]) bezeichnet wird, arbeitete schon seit Anfang der 60er Jahre auf die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen den beiden Bischofskonferenzen hin – lange Zeit gegen den Widerstand der Mehrheit des polnischen Episkopats, die zuvor eine öffentliche Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD-Bischöfe verlangt hatte. 1974 reiste Kardinal Wojtyla erstmals mit polnischen Amtskollegen in die Bundesrepublik und im September 1978 gelang es ihm, auch Kardinal Wyszynski zu einer solchen Reise zu bewegen.

5) Adam Michnik, Unbeugsame Verteidigung der Menschenrechte, in: „Der Spiegel" v. 23. 10. 1978. Michnik betont in diesem Beitrag auch, „daß Mitarbeiter des KOR, der Studentischen Solidaritätskomitees und unabhängige Intellektuelle tatsächlich im Krakauer Metropoliten einen zuverlässigen Freund und Beschützer fanden".

6) Reinhold Lehmann, in: „Publik-Forum", a. a. O., S. 5.

Offensichtlich ist es Wojtyla jedoch in all den Jahren nicht gelungen, der CDU und den BRD-Bischöfen sein Konzept der Verbindung von „Wiedervereinigung Deutschlands" – die er im Zusammenhang mit seinem bevorstehenden BRD-Besuch als Papst mehrfach indirekt ansprach, als er ausdrücklich betonte, sein Besuch gelte „allen Deutschen" bzw. dem „ganzen deutschen Volk" – und Anerkennung der polnischen Westgrenze schmackhaft zu machen. Es war wohl nicht zufällig, daß wenige Monate vor dem Besuch Wojtylas und Wyszynskis in der BRD im September 1978 eine Exilgruppe „Polnische Verständigung für Unabhängigkeit" (PPN), zu deren Exponenten der heutige Papstbewunderer Leszek Kolakowski gehört, in in der BRD publizierten Dokumenten dieses Konzept erläuterten[7]). Kurz gefaßt lautet die Argumentation folgendermaßen: solange die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze nicht mit allen Konsequenzen anerkennt, würde die polnische Bevölkerung eine Wiedervereinigung Deutschlands als nationale Bedrohung auffassen, wodurch die Sowjetunion der einzige Garant der Westgrenze und damit der physischen Existenz der polnischen Nation bleibe. Eine Lockerung des polnischen Bündnisses mit der Sowjetunion sei daher erst dann möglich, wenn die BRD (einschließlich der CDU/CSU) auch de jure alle Gebietsansprüche gegenüber Polen aufgebe. Die Lockerung des polnisch-sowjetischen Bündnisses sei aber ihrerseits die Voraussetzung für die Loslösung anderer osteuropäischer Staaten von der „sowjetischen Dominanz". Dazu müsse kommen, daß die DDR langfristig gesehen ökonomisch von der Bundesrepublik abhängig wird und nichts Gravierendes gegen den Fortbestand der einheitlichen deutschen Kultur, Sprache und familiären Bindungen unternehmen kann. Der dritte Faktor wäre – laut PPN – die grundlegende Integration der Bundesrepublik in die Europäische Gemeinschaft, da ein fest im europäischen Bündnis integriertes wiedervereinigtes Deutschland zu einer selbständigen, aggressiven Politik nicht fähig wäre, ohne die Unterstützung ihrer Partner zu verlieren und sich der Sowjetunion auszuliefern. Die PPN-Formel lautet daher: „Deutschland wird vereinigt, und die Polen bleiben, wo sie sind."[8])

Die herrschenden Kreise in CDU/CSU und in der katholischen Kirche der BRD haben jedoch offensichtlich ihre eigene Konzeption und haben daher bis jetzt – trotz der Bemühungen des früheren Krakauer Kardinals und seiner politischen Freunde, einschließlich der häufig auf Einladung der Adenauer-Stiftung in der BRD weilenden Gäste der Krakauer „Znak"-Gruppe – keine Konzessionen in der Frage der polnischen Westgrenze gemacht, weder angesichts friedenspolitischer Erwägungen, noch angesichts der skizzierten „geostrategischen Überlegungen" der PPN.

Für ein „christlich geeintes" Europa

In diesem Zusammenhang müssen auch einige Bemerkungen zur generellen Europakonzeption Wojtylas, wie sie sich seit seinem Amtsantritt als Papst

7) Die Beschreibung dieser Dokumente stützt sich auf: Tadeuz Marek Swiecicki, Polen und die Wiedervereinigung: Zankapfel zwischen den Blöcken, in: „Publik-Forum", 15/1980, S. 3ff.
8) Ebd., S. 4.

Johannes Paul II. abzeichnet, gemacht werden. Es war wohl nicht zufällig, daß er gerade in Polen zu einer „Wiedervereinigung Europas unter dem Christentum" aufrief[9]). In einer Rede in Gniezno fügte er noch hinzu, daß es „östliche und westliche Wege" gebe und: „Wir Polen haben seit tausend Jahren den westlichen Weg gewählt".[10]) Dieses „christlich geeinte" Europa erfordere die Überwindung des Materialismus. Darunter versteht der Papst in erster Linie den Atheismus, wie er dies bei verschiedenen Gelegenheiten unterstrichen hat: so z. B. in Polen als er sagte: „Laßt uns beten, daß die Kräfte des Atheismus – die Kräfte des Todes – nicht stärker sind als die Kräfte des Lebens, das Licht des Glaubens"[11]) oder in seiner Predigt zum Palmsonntag 1980, als er den Atheismus als „die Hauptgefahr unserer Zeit" beizeichnete und die Situation in den von Atheisten regierten Ländern mit den Christenverfolgungen im alten Rom verglich[12]).

Doch auch im Westen sieht der Papst „Gefahren des Materialismus", wie z. B. eine reine Konsumideologie, den „Verlust ewiger Werte zugunsten zeitlicher Güter", den Abbau der Rolle der Familie, die „Überbetonung der Sexualität" usw. Insofern müsse die „christliche Spiritualität" nicht nur einen Kampf gegen den Atheismus führen, sondern auch den „westlichen Materialismus" überwinden. In diesem Zusammenhang ist es interessant, wie der verteidigungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Alois Mertes, die Polenreise des Papstes kommentierte: „Der Besuch Papst Johannes Paul II. in Polen ist ein Ereignis von epochaler Bedeutung, dessen Auswirkungen für das geteilte Europa und Deutschland noch gar nicht abzusehen sind. Dabei richtet sich die eindringliche Mahnung des Oberhaupts der Katholischen Kirche, Europa müsse sich auf die christlichen Wurzeln seiner Wertordnung besinnen, nicht nur an das kommunistisch beherrschte Ost- und Mitteleuropa, sondern auch an den Westen. Hier gefährden ungezügelter Lebensgenuß, Familienfeindlichkeit und politische Gleichgültigkeit die Grundlagen der freiheitlichen Ordnung. Der Papst drückt die gemeinsame Glaubensüberzeugung aller christlichen Bekenntnisse aus, wenn er daran erinnert, daß die biblische Heilsbotschaft und jede rein innerweltliche Glücksideologie sich ausschließen, weil die letzten Sinnfragen des Menschen keine diesseitige Antwort finden können."[13]) Ein anderer militanter Rechtskatholik und Papstbewunderer, Alfons Dalma (während des Zweiten Weltkrieges hieß er noch Tomicic und gehörte der kroatischen faschistischen „Ustascha" an), der den Papst sowie die Leute in seiner Umgebung aus persönlichem Umgang kennt, schrieb im Organ der österreichischen Unternehmer: „Kirche und Christentum sollen – wie in Polen – in diesem ganzen unfreien Europa zu einer geistigen und moralischen Solidaritätskraft werden, die es den Menschen und Völkern ermöglicht, mit Hilfe des Glaubens die Zeiten der Bedrängnis bis zur fernen, aber historisch

9) Adalbert Krims, Die Triumphfahrt des Papstes, in: „Kritisches Christentum", Nr. 30, Juli 1979, S. 3.
10) Jubel, Tränen – und harte Ostkritik, in: „Kurier" (Wien) v. 5. 6. 1979, S. 2.
11) Ein Triumphzug voller Risiken, in: „Kurier" v. 3. 6. 1979, S. 2.
12) Vgl. die Analyse „Der Vatikan und El Salvador" von Adalbert Krims in: „Kritisches Christentum", Nr. 38, Mai 1980, S. 7.
13) Dr. Alois Mertes (MdB), Ein epochemachendes Ereignis, in: DUD-Wochendienst, 24/1979 v. 22. 6. 1979, S. 8.

unvermeidlichen Stunde der Befreiung durchzustehen. Ein erlöstes und christliches Europa würde schließlich seine Funktion eines für die Welt wohltuenden und wegweisenden Kontinents, damit auch seine alte Größe in einer neuen, geistigen und geistlichen Form wiederfinden."[14])

Es war sicherlich kein Zufall, daß der Papst seine Konzeption eines „christlich geeinten Europa" gerade in Polen so stark betonte – und er bestätigte dies auch selbst: „Ja, Christus will es, und der heilige Geist fügt es so, daß das, was ich sage, genau hier gesagt wird . . ."[15]) Johannes Paul II. knüpfte damit bewußt an jenen „polnischen Messianismus" an, der zur Zeit der staatlichen Aufteilung des Vaterlandes entstand, als sich der polnische Patriotismus nur in der Form des Katholizismus manifestieren konnte. Damals, zur Zeit des Nationalismus und der Romantik, bildete sich die Idee heraus, daß die verfaulende und gottlose Welt von Polen gerettet werden müsse. In gewissen katholischen Kreisen Polens, und zu diesen kann wohl auch der Papst selbst gezählt werden, wird heute das Faktum des „polnischen" oder „slawischen" Papstes in dieser messianischen Perspektive gesehen. So schrieb beispielsweise vor kurzem der Historiker an der Katholischen Universität von Lublin, Prof. Jerzy Kloczowski, in der katholischen Zeitschrift „Wiez": „Es ist kein Zufall, daß sich gerade der polnische Romantismus in seiner Weltvision auf den künftigen Vater der Christenheit und Menschheit, den Papst, berief, dem es gegeben sein wird, den Menschen in ihren besten, menschlichen und religiösen Aspirationen zu patronisieren. Den Romantikern schien manchmal, daß die ihnen zeitgenössischen Päpste diese Rolle im vollen Umfang nicht spielen; wir wissen jedoch, daß sie schließlich das Vorgefühl hatten, daß ein slawischer Papst zu dieser Rolle berufen sein wird."[16]) Johannes Paul II. wird somit gewissermaßen als der von den polnischen Romantikern vorausgesagte „Messias" gesehen, der nicht nur die Nation, sondern darüber hinaus die Welt als „künftiger Vater der Christenheit und der Menschheit" erlösen wird. Der Papst hat auf seiner Polenreise den Begründer eben dieser polnischen Romantik, den Dichter Adam Mickiewicz (1798–1855), zitiert: „Die Zivilisation, die wirklich des Menschen würdig ist, muß christlich sein."[17])

Im Lichte dieser Europakonzeption des polnischen Papstes müssen wohl auch Ereignisse wie die Privataudienz für den Präsidenten der „Paneuropa-Union", Otto v. Habsburg, kurz vor der „Europawahl" (bei der Habsburg auf der CSU-Liste kandidierte)[18]), die Aufwertung des rechtskatholischen Geheimbundes „Opus Dei" [19]) usw. betrachtet werden. Zielsetzung der Genannten ist u. a. ja auch ein „vereinigtes, christliches Europa" mit klarer antikommunistischer Stoßrichtung.

---

14) Alfons Dalma, Johannes Paul und eine Vision – Der Einbruch ins Sowjetreich, in: „Die Presse" (Wien) v. 9. 6. 1979, S. 3.
15) Zit. nach: „Kurier" v. 9. 6. 1979, S. 5.
16) Zit. nach: „Das katholische Leben in Polen", Nr. 5/166/1980, S. 11 (Herausgeber: Vereinigung „Pax", Warschau).
17) Zit. nach: „Kurier" v. 9. 6. 1979, S. 5.
18) Vgl. „Neue Korrespondenz", 5/1979, Frankfurt/M., S. 8.
19) Vgl. „Publik-Forum", 24/1979, S. 27, und Ferdinand Klostermann, Der Papst aus dem Osten, Wien 1980, S. 109.

Genannten ist u. a. ja auch ein „vereinigtes, christliches Europa" mit klarer antikommunistischer Stoßrichtung.

Dritte-Welt-Politik als Fortsetzung der Europakonzeption?

Der Münsteraner Theologe Johann Baptist Metz hat die Auffassung vertreten, „daß durch den polnischen Papst die Kirche wieder stärker ihre eurozentrische Orientierung zurückgewinnen soll."[20]) Angesichts der Tatsache, daß Johannes Paul II. bis jetzt wesentlich mehr Länder der Dritten Welt besucht hat als europäische und damit als erster Papst überhaupt die Universalität der Kirche auch in seiner Reisediplomatie zum Ausdruck gebracht hat, scheint diese Behauptung unlogisch zu sein. Metz war sich sicher dessen bewußt, hat er diese Meinung doch unmittelbar nach dem Papstbesuch in Mexiko formuliert. In der Tat dürfte die Vision eines „christlichen Europa" auch der Schlüssel für die forcierte Dritte-Welt-Politik Johannes Paul II. sein. Nicht zufällig steht dabei Lateinamerika im Vordergrund – nach der Zahl der Getauften der katholischste Kontinent und zugleich am stärksten „abendländisch" geprägt. Lateinamerika ist für Johannes Paul das natürliche Feld, um seine Europakonzeption zu einer globalen Konzeption auszubauen. So ist es auch zu verstehen, daß der Papst außer in Europa (Vatikan und Polen) nur in Lateinamerika (Mexiko und Brasilien) gesellschaftspolitisch-programmatische Reden hielt, wenn man von der Ansprache vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen absieht, die aber in erster Linie diplomatischen Charakter trug – mit der damit verbundenen Unkonkretheit –, und daher auch nicht wirklich als „gesellschaftspolitisch-programmatisch" bezeichnet werden kann.

In den USA zog er gegen Sittenverfall und den Verlust geistiger Werte zu Felde und schärfte eine ganze Liste kirchlicher Vorschriften ein – vom Pillen- und Abtreibungsverbot über den Zölibatszwang bis hin zum Ausschluß der Frau von liturgischen Funktionen. Allerdings gingen diese Aussagen des Papstes an den Millionen von Direkt- und Fernsehern vorbei. Wichtig dabei war wohl nur, daß der „Stellvertreter Christi auf Erden" endlich der „Führungsmacht der freien Welt" seine Aufwartung gemacht, das Weiße Haus besucht und das Showprogramm der großen Fernsehgesellschaften angereichert hatte. In der Türkei wiederum ging es in erster Linie darum, daß orthodoxe Patriarchat von Konstantinopel aufzuwerten, das von der Tradition her den (Ehren-)Primat unter allen Patriarchaten besitzt, obwohl es de facto heute wenig bedeutend ist. Bekanntlich gab es Überlegungen der türkischen Regierung, das Patriarchat aufzulösen, was zur Folge hätte, daß dann das formale Zentrum der Orthodoxie nach Moskau übersiedeln würde. Insofern hatte der Besuch des Papstes in Istanbul sehr wohl auch eine politische Dimension. In Afrika schließlich unternahm Johannes Paul den Versuch, die straffe Bindung der katholischen Minderheit an Rom und die Entwicklung

20) „Es gibt keine Moral der reinen Hände", Spiegel-Gespräch mit Professor Johann Baptist Metz über die Puebla-Rede des Papstes. In: „Der Spiegel" v. 5. 2. 1979, S. 210.

einer wirklich afrikanischen Identität miteinander in Einklang zu bringen. Seine Ablehnung, eine „afrikanische Liturgie" zu feiern, die Betonung der Einehe als einzig mögliche Form christlicher Ehe auch in Afrika sowie wiederum die Einschärfung der priesterlichen Rolle einschließlich des Zölibats und andere Faktoren haben jedoch dazu geführt, daß dieser Versuch wenig erfolgreich war. Ein katholischer Missionar in Sambia kommentierte: „Ist die junge Kirche in Afrika nur denkbar im Gewand der römischen Liturgie und abendländischen kirchlichen Strukturen? . . . Das kirchliche Rom betrachtet sich als das Zentrum der Weltkirche. Es tut sich sehr schwer, die rasanten Entwicklungen der dynamischen jungen Kirche zu sehen, die nirgendwo schneller wächst als in Afrika."[21])

Der Papst vor der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz

Während also der Papst weder in den USA, der Türkei noch in Afrika ein gesellschaftspolitisches Programm entwickelte, stand gerade dieser Aspekt im Mittelpunkt seiner wichtigsten Reden in Mexiko und Brasilien. Betrachtet man z. B. die programmatische Ansprache Johannes Pauls II. anläßlich der 3. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla[22]), so scheint sie auf den ersten Blick zu rund zwei Dritteln rein theologische und erst am Ende auch gesellschaftspolitische Themen zu behandeln. Erst eine genauere Analyse zeigt, daß die kurzen gesellschaftspolitischen Aussagen bereits im theologischen Teil grundgelegt worden sind, ja daß in Wirklichkeit der größte Teil der Rede Gesellschaftspolitik im Gewande der Theologie war (also etwas, was gerade dieser Papst mit Vorliebe progressiven Theologen vorwirft). So behauptete der Papst beispielsweise, daß es „zum Glauben der Kirche im Widerspruch" stehe, zu meinen, „daß Jesus politisch engagiert gewesen sei, gegen die römische Herrschaft und die Mächtigen gekämpft habe und sogar in einen Klassenkampf verwickelt gewesen sei." Wie eminent politisch diese päpstliche Aussage ist, wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß christliche Existenz heute auf der Nachfolge Jesu beruht. Man lese daher den vorigen Satz nochmals im Umkehrschluß: Dem Glauben der Kirche entspricht es also, daß Jesus nicht politisch engagiert war, nicht gegen die römische Herrschaft und die Mächtigen gekämpft hat und nicht in einen Klassenkampf verwickelt war. Es verlangt wenig Kombinationsgabe, daraus die vom Papst intendierten Schlußfolgerungen für die Nachfolge Christi unter den konkreten Bedingungen des heutigen Lateinamerika zu ziehen.

Ausdrücklich verurteilte der Papst „Neuinterpretationen des Evangeliums" und forderte die Unterwerfung des Volkes Gottes unter die Autorität des Lehramtes. Konkret wies er auch „Beiträge zahlreicher Ortskirchen" zurück; er sagte z. B.: „Wo es eine bestimmte Art von Engagement und Aktion für die

21) Friedrich Stenger, Rom tut sich schwer, in: „Publik-Forum", 11/1980, S. 27.

22) Die folgenden Zitate aus der Puebla-Rede des Papstes stammen aus der wörtlichen Wiedergabe der Übersetzung der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) in: „Frankfurter Rundschau" v. 1. 2. 1979, S. 27, sowie 2. 2. 1979, S. 28. Vgl. dazu auch die Analyse der Mexiko-Reise des Papstes: Adalbert Krims, Wärst Du doch im Vatikan geblieben, in: „Kritisches Christentum", Nr. 26, März 1979, S. 3ff.

Gerechtigkeit gibt, dort, so behauptet man, sei das Reich Gottes gegenwärtig." Auch hier muß man den Umkehrschluß ziehen, um die ganze politische Tragweite dieser „Zurechtweisung" durch den Papst zu begreifen. Weiter sagte Johannes Paul, daß die „auffälligste Schwäche der gegenwärtigen Zivilisation . . . in ihrem unzulänglichen Bild vom Menschen" bestehe. Den Widerspruch zwischen verkündetem Humanismus und praktizierter Inhumanität erklärte der Papst ausdrücklich mit dem „Widerspruch, der dem atheistischen Humanismus selbst zu eigen ist", da dieser dem Menschen „eine wesentliche Dimension seines Seins amputiert hat" und ihn damit „der schlimmsten Minderung seines Seins selbst ausgesetzt" hat. Interessant ist, daß der Papst hier nicht vom „Materialismus" sprach, sondern ausschließlich vom „atheistischen Humanismus", den er zur alleinigen Wurzel aller Übel in der heutigen Welt erklärte. Im lateinamerikanischen Kontext, wo sich auch die Ausbeuter und Diktatoren als „Christen" bezeichnen, konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß „atheistischer Humanismus" mit Marxismus und Kommunismus gleichzusetzen ist.

Das Thema „soziale Gerechtigkeit" behandelte Johannes Paul erst gegen Schluß seiner Rede, und zwar nur sehr kurz. Er wies darauf hin, daß die Gerechtigkeit Grundlage des inneren und internationalen Friedens ist und zitierte Paul VI., der in „Populorum Progressio" davon gesprochen hat, daß durch die Mechanismen auf internationaler Ebene die Reichen immer noch reicher werden, auf Kosten der Armen, die immer noch ärmer werden. Die Schaffung der Gerechtigkeit sei jedoch Aufgabe derjenigen, „die die Verantwortung für das öffentliche Leben in den Staaten und Nationen tragen." (Diese Vorstellung, daß die Gerechtigkeit durch die Mächtigen zu schaffen sei, durchzog ein Jahr später auch die Reden des Papstes in Brasilien). Darüber hinaus betonte der Papst: „Den Menschen und seine Gerechtigkeit erreichen wir nur mit Hilfe der Evangelisierung".

Das Thema „Der Papst vor der lateinamerikanischen Bischofskonferenz" kann sich jedoch nicht auf die Puebla-Rede beschränken, sondern muß unbedingt auch die vom Vatikan dekretierten Änderungen im Abschlußdokument dieser Konferenz berücksichtigen. Kurz zur Vorgehensweise: 180 Bischöfe des Kontinents, die nahezu 1000 Bischöfe Lateinamerikas vertraten, berieten (an Hand von Vorbereitungsdokumenten) fast 3 Wochen in der mexikanischen Stadt Puebla. Aufgrund der theologisch und politisch sehr heterogen Zusammensetzung der Versammlung war die Einigung auf ein gemeinsames Abschlußdokument sehr schwierig: in langen Diskussionen und teils nach Kampfabstimmungen kam schließlich ein 232 Seiten starkes Dokument zustande, das einen Kompromiß zwischen den Teilnehmern darstellte. Aufgrund der Kirchengesetze müssen alle Beschlüsse von nationalen oder regionalen Bischofskonferenzen dem Papst zur Bestätigung vorgelegt werden. Ohne Rücksprache mit den betroffenen Bischöfen erschien ein halbes Jahr später die vom Papst approbierte Fassung der Puebla-Dokumente, die allerdings eine Vielzahl von Änderungen, Streichungen, Korrekturen oder Umreihungen enthielt.

Ohne hier im einzelnen auf die von Rom vorgenommenen Änderungen des Puebla-Dokuments eingehen zu können[23]), sollen doch einige Beispiele genannt werden, die die ganze Richtung aufzeigen: Die lateinamerikanischen Bischöfe hatten „die freie Marktwirtschaft, die . . . durch liberale Ideologien legitimiert" werde, als Ursache für den zunehmenden Abstand zwischen arm und reich benannt. Im römischen Text ist es „die freie Marktwirtschaft *in ihrer reinsten Ausprägung,* die . . . durch *gewisse* liberale Ideologien legitimiert wird . . .". In Puebla wurde z. B. klar festgestellt: „Die Lehre der Nationalen Sicherheit widerspricht der christlichen Sicht vom Menschen." Der Vatikan machte daraus: „Die Doktrin von der nationalen Sicherheit, *als absolute Ideologie verstanden,* läßt sich *nicht in Einklang bringen* mit der christlichen Sicht des Menschen." Der Vatikan stimmte zwar der Aussage der lateinamerikanischen Bischöfe zu, derzufolge Jesus Christus „verkündete, daß wir alle Kinder desselben Vaters sind", strich jedoch die Fortsetzung des Satzes „und er kämpfte gegen alles, was die Verwirklichung der Brüderlichkeit unter den Menschen verhindert." Man könnte die Liste der Änderungen noch weiter fortsetzen, doch wird schon an den zitierten Beispielen deutlich, in welcher Weise der Papst das Puebla-Dokument „interpretiert" wissen will. Übrigens ist in diesem Zusammenhang noch erwähnenswert, daß Johannes Paul II. in Brasilien bei der Zitierung der Puebla-Texte noch eine weitere Äußerung in Form einer Ergänzung fast unbemerkt einfließen ließ: der Kompromiß der Bischöfe besagte, daß die christliche Befreiung „zu keiner Art von Gewaltanwendung, noch zur Dialektik des Klassenkampfes (greift)" – und der Papst ergänzte: „noch zur marxistischen Praxis oder Analyse"[24]).

Springers „Welt" hatte jedenfalls in Zusammenhang mit Puebla Grund genug, den Papst als Helden zu feiern: „Den Befreiungstheologen, die Revolution und Geiselnahme (Erzbischof Romero) mit dem christlichen Auftrag für vereinbar halten, setzt der Papst klipp und klar die Ablehnung jeglicher Gewalt entgegen, gleichgültig, wie hart die politischen oder die sozialen Verhältnisse sind. Klipp und klar, ohne Wenn und Aber . . . Neu daran ist, daß der Papst für seine Person die Zweideutigkeiten zerfetzt, die sich in den letzten Jahrzehnten bis in den Vatikan hinein festgesetzt hatten . . . Das ist der Klimawechsel in der katholischen Kirche. Er wird das Datum der Eröffnungsrede des Papstes vor der lateinamerikanischen Bischofskonferenz tragen."[25])

Der Papst in Brasilien: „Dritter Weg" für Lateinamerika

Johannes Paul II. hatte selbst betont, daß seine Mexiko-Reise „dem ganzen mittleren und südlichen amerikanischen Kontinent" galt (sodaß seine Puebla-Rede bewußt programmatischen Charakter für den ganzen Subkonti-

23) Eine Textstudie der Änderungen des Puebla-Dokuments erschien in: „Publik-Forum", 3/1980, als Sonderdruck (von Adolf Fischer-Bramkamp).
24) Zit. nach: „Herder Korrespondenz", 9/1980, S. 430 („Im Dienste der Bischöfe: 25 Jahre CELAM").
25) Rudolf Krämer-Badoni, Christus kein Umstürzler, in: „Die Welt" v. 30. 1. 1979.

nent hatte) und daß seine anderthalb Jahre später durchgeführte Reise nach Brasilien vom 1. bis 12. Juli 1980 in unmittelbarem Zusammenhang damit zu sehen ist. Er strich ausdrücklich den „Vorrang" dieser Reise heraus[26]). Immerhin leben in Brasilien doppelt so viele Katholiken (100 Millionen) wie in Italien, womit Brasilien das Land mit den weitaus meisten Katholiken der Welt ist. Jeder siebente katholisch Getaufte in der Welt ist Brasilianer! Außerdem ist Brasilien das flächen- und bevölkerungsmäßig bei weitem größte Land Lateinamerikas. Der Papstbesuch sollte somit zugleich ein Zeichen für den gesamten Kontinent setzen.

Johannes Paul bestätigte in Brasilien die schon in Mexiko festgelegte „Beschränkung der politischen Rolle der Kirche": „Die Priester sind dazu berufen, Diener Gottes zu sein. Sie haben nicht die Aufgabe des Arztes, des Sozialhelfers, des Politikers oder des Gewerkschaftsführers."[27]) Noch deutlicher wurde er vor der Vollversammlung der Brasilianischen Bischofskonferenz in Fortaleza, wo er in letzter Minute auf die Verlesung des in Rom vorbereiteten Redetextes verzichtete und frei zu den Bischöfen sprach. Wörtlich sagte er: „Wir sind nicht Experten in Politik oder Ökonomie. Wir sind nicht Leiter irgendeines weltlichen Unternehmens, sondern Diener des Evangeliums. Euch als Bischöfen ist mit vollkommener Klarheit alles verboten, was als politische Parteinahme oder Abhängigkeit von dieser oder jener politischen Ideologie bzw. diesem oder jenem System angesehen werden könnte."[28])

Während der Papst in bezug auf das Verbot politischer Betätigung für kirchliche Amtsträger (durch die Formulierung: was als politische Parteinahme . . . angesehen werden *könnte)* fast noch über Puebla hinausging, bedeuteten seine Aussagen über „soziale Gerechtigkeit" sowohl quantitativ wie auch qualitativ eine Weiterentwicklung. Argumentierte er in Puebla noch ausschließlich defensiv – d. h. in Form von Warnungen, Mahnungen, Einschränkungen etc. –, ging er in Brasilien gewissermaßen zur „Offensive" über. Zumindest ansatzweise entwickelte er eine vatikanische Strategie für Lateinamerika, die auf dem Weg des „friedlichen Wandels" zur Gerechtigkeit führen soll. Ausdrücklich wiederholte er seine Ablehnung von Gewalt, Klassenkampf und Atheismus: „Klassenkampf ist unfruchtbar und zerstörend!"[29]) und: „Man kann eine Gesellschaft nicht ohne Gott und ohne Hilfe Gottes aufbauen. Das wäre ein Widerspruch in sich selbst"[30]).

---

26) Diese Äußerungen machte der Papst in einem Interview mit der polnischen katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny", die der Krakauer „Znak"-Gruppe nahesteht und mit der Wojtyla – wie schon weiter oben erwähnt – durch viele Jahre eng verbunden war. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß das offiziöse Vatikan-Organ „L'Osservatore Romano" dieses Papstinterview im Wortlaut von „Tygodnik Poswzechny" übernommen hat – mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies eine besondere Anerkennung für die polnische Zeitschrift darstellt. („L'Osservatore Romano" Nr. 36 v. 5. 9. 1980, S. 4f. – Wochenausgabe in deutscher Sprache).

27) Rede vor Vertretern des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM). Zit. nach: „Die Presse" v. 4. 7. 1980.

28) Zit. nach: „International Herald Tribune" v. 11. 7. 1980.

29) Rede vor Unternehmern in Salvador de Bahia. Zit nach: „Frankfurter Rundschau" v. 8. 7. 1980.

30) Zit. nach: „Le Monde" v. 8. 7. 1980 (aus derselben Rede in Salvador de Bahia).

Die französische linksliberale Tageszeitung „Le Monde" brachte die vom Papst in Brasilien entwickelte Lateinamerikapolitik des Vatikan kurz und treffend auf folgenden Nenner: „Reform, aber ohne Gewalt . . . Reform, aber nicht Revolution. Oder, genauer gesagt, Reform, um die Revolution zu verhindern."[31]) „Le Monde" führt dieses Konzept in ihrem Leitartikel weiter aus: „Er (der Papst; d. Verf.) scheint zu versuchen, ein Modell zu restaurieren: das des ‚dritten Weges', für das seit Jahrzehnten in Lateinamerika Strömungen eintreten, die sich auf die christliche Demokratie berufen. Ein ‚dritter Weg', der diskret von den Vereinigten Staaten gefördert wurde und der seinen vollendeten Ausdruck in Chile gefunden hatte, als die dortige christdemokratische Partei 1964 mit dem Präsidenten Eduardo Frei ein Experiment der ‚Revolution in Freiheit' in Angriff nahm: Agrarreform, ‚Chilenisierung des Kupfers' (im Gegensatz zur Nationalisierung, die von der Linken verlangt wurde), gemäßigte Steuerreform."[32]) Die durchaus nicht linksverdächtige katholische „Herder-Korrespondenz" kommentiert dieses päpstliche Konzept erstaunlich kritisch: „In einem Punkt freilich verkennt der Papst die soziale Realität Brasiliens: seine Aufforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen zu gemeinsamem Handeln (Die verschiedenen Machtzentren und die verschiedenen Repräsentanten der Gesellschaft müssen imstande sein, sich zusammenzuschließen, die Bemühungen untereinander koordinieren und eine Übereinstimmung über klare und wirksame Programme zu erlangen – Ansprache vor den Arbeitern in Sao Paulo) erinnert an vage Theorien eines Dritten Weges, die sich durch krasse Fehleinschätzung machtpolitischer Faktoren auszeichnen."[33])

Die dem Weißen Haus nahestehende „Washington Post" kommentierte hingegen die päpstliche Strategie für Lateinamerika positiv: „Das macht das Gewicht des päpstlichen Credos aus: friedlicher Wandel ist dringend notwendig. Der Papst hat seine eigenen ‚pastoralen' Gründe dafür, diese Position einzunehmen, aber es ist eine, die die Vereinigten Staaten und andere demokratischen Länder aus guten eigenen Gründen leicht unterstützen können."[34]) In diesem Zusammenhang sollte auch erwähnt werden, daß der Papst 10 Tage vor Antritt seiner Brasilienreise im Vatikan US-Präsident Carter, Außenminister Muskie und Sicherheitsberater Brzezinski, mit dem Landsmann Wojtyla seit vielen Jahren befreundet sein soll, empfangen hatte. Kirchliche Kreise aus Brasilien, die aus verständlichen Gründen nicht zitiert werden wollen, haben gegenüber dem Autor dieses Beitrages die Auffassung vertreten, daß der Papst anläßlich dieses Besuches mit seinen US-amerikanischen Gästen auch seine bevorstehende Brasilienreise besprochen hat. Dabei sollen die US-Führer den Papst ersucht haben, die „demokratische" Variante der Lateinamerikapolitik des Weißen Hauses zu unterstützen, um auf diese Weise – im beiderseitigen Interesse – den „Vormarsch des Kommunismus"

31) „La troisème voie", in: „Le Monde" v. 12. 7. 1980, S. 1.
32) Ebd.
33) „Solidarisch mit den Bischöfen", in „Herder Korrespondenz", 8/1980, S. 389.
34) Zit. nach: „International Herald Tribune" v. 9. 7. 1980.

auf dem Subkontinent zu stoppen. (Eine vatikanische Unterstützung für die faschistische Variante – die teilweise nach wie vor vorhanden ist, z. B. in El Salvador – wird angesichts des Widerstandes der lateinamerikanischen Kirche immer schwieriger.) Obwohl diese Behauptung zum Schutz der Informanten hier nicht „bewiesen" werden kann, gibt es auch noch andere Hinweise darauf, daß der Vatikan gerade unter dem gegenwärtigen Papst seine Lateinamerikapolitik mit den USA abstimmt:

– so z. B. die Ernennung des antikommunistischen kolumbianischen Erzbischofs Lopez Trujillo zum Präsidenten des Lateinamerikanischen Bischofsrates, dessen engster Mitarbeiter der als CIA-Agent enttarnte belgische Jesuit Roger Vekemans ist; dieser hatte 1970 20 Mio. Dollar für die „Destabilisierung" der Allende-Regierung in Chile erhalten und nach der Aufdeckung Chile verlassen;

– die Denunzierung des später ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Romero durch Präsident Carter beim Papst. Die Versuche des Vatikans, das Engagement Romeros zu bremsen, schlugen allerdings fehl. Dafür wurde nach seiner Ermordung nur ein provisorischer Nachfolger – ein „Apostolischer Administrator" – bestellt, der nun stärker vom Vatikan gegängelt werden kann und der – auch aus diesem Grunde – bisher nicht dieselbe Position eingenommen hat wie sein Vorgänger;

– die vatikanischen Warnungen an die nicaraguanische Bischofskonferenz, sich nicht zu stark mit der dortigen Revolution zu solidarisieren. U. a. warnte der Papst davor, daß die Alphabetisierungskampagne zu einer „atheistischen Indoktrination" führen könne. Im Februar weigerte sich Johannes Paul, den nicaraguanischen Außenminister zu emfangen, da dieser für ihn ein „politisierender Priester" ist. – Inzwischen hat die nicaraguanische Bischofskonferenz die Priester in öffentlichen Funktionen, vor allem Außenminister D'Escoto und Kulturminister Cardenal, aufgefordert, ihre Regierungsämter in angemessener Frist niederzulegen.

Daß die USA den Papst, dessen Antikommunismus und dessen Popularität sie kennen, gerade für ihre Politik gegenüber dem „katholischsten Kontinent" dringend brauchen können, ist naheliegend. Die Voraussetzung für die päpstliche Konzeption eines „Dritten Weges" für Lateinamerika ist allerdings die „Einsicht" und das Mittun der Mächtigen in Lateinamerika: es ist daher nur logisch, wenn sich Johannes Paul mit seinen Aufrufen zu Reformen immer in erster Linie an sie gewandt hat. So sagte er beispielsweise vor Unternehmern in Bahia, die lateinamerikanischen Führer stünden einem „klaren Dilemma" gegenüber, ob sie Veränderungen „durch grundlegende und mutige Reformen" durchführen oder zu Opfern „der Kräfte der Gewalt" werden[35]).

In bezug auf die Armen ging er offensichtlich davon aus, daß sie alles unterstützen würden, was ihre Lage irgendwie verbessert – und außerdem

35) Zit. nach: „International Herald Tribune" v. 7. 7. 1980.

rechnet er gerade hier mit dem ideologischen Einfluß der Kirche. Was die Bischöfe und den Klerus betrifft, so weiß der Papst, daß der „linke Flügel" dort eigentlich eine Minderheit darstellt, während eine solide Mehrheit im Grunde gemäßigt-reformerisch denkt. Daß diese Mehrheit in letzter Zeit häufig gemeinsam mit dem „linken Flügel" ging, lag sicher einerseits an der brutalen Repression in vielen lateinamerikanischen Ländern, andererseits aber auch am Mangel eigener politischer Konzeption. Die „Gemäßigten" schlossen sich der Analyse der „Linken" an, die allein eine Erklärung für die objektive Situation sowie fundierte Vorschläge für Veränderungen vorlegen konnte. Der Papst wollte nun die „Gemäßigten" aus der Defensivrolle herausführen und sie zum Motor der künftigen kirchlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas machen[36]). Es ist allerdings mehr als fraglich, ob eine solche Konzeption angesichts der realen gesellschaftlichen und kirchlichen Entwicklungen in Lateinamerika Aussicht auf Erfolg hat. Dennoch muß gesagt werden, daß der Papst in Brasilien erstmals eine gesellschaftspolitische Konzeption für Lateinamerika entwickelt hat, die als Weiterführung seiner Europakonzeption, wie er sie in erster Linie während seines Polen-Besuches vorgelegt hat, verstanden werden kann.

Aus Platzgründen kann hier nicht die vatikanische – bzw. päpstliche– Haltung zu Mittelamerika analysiert werden, die bisher von einem Schweigen gegenüber den militärfaschistischen Diktaturen – von Somoza bis El Salvador – gekennzeichnet war. Der Zeitraum seit der Brasilienreise des Papstes ist noch zu kurz, um eventuelle Veränderungen in Richtung einer reformistischen Konzeption feststellen zu können.

Das 2. Vatikanische Konzil wird zurückgenommen

Ohne daß hier näher darauf eingegangen werden kann, muß zumindest erwähnt werden, daß es einen engen Zusammenhang zwischen dem theologischen und dem politischen Denken des Papstes, zwischen seinem Gesellschafts- und seinem Kirchenbild gibt. Um den innerkirchlichen Standort Johannes Paul II. anzudeuten, sei hier der bekannteste und anerkannteste österreichische Pastoraltheologe, Prof. Ferdinand Klostermann, der in dem Buch „Der Papst aus dem Osten" das theologische und kirchliche Denken des Papstes analysiert, zitiert: „Alles in allem schwebt dem Papst . . . offensichtlich eine sehr zentralistisch geleitete, innerkirchlich gefestigte, völlig geschlossene, uniformistisch ausgerichtete, militant bis in die letzten Details disziplinierte Kirche vor, in der es Pluralismus nur gibt, soweit er vom Papst selbst ausdrücklich freigegeben wird."[37]) Auch das „Publik-Forum" versah seine Zwischenbilanz zum ersten Jahrestag des neuen Pontifikats mit dem Titel: „Das Konzil wird eingefroren". Man liest dort: „Nach der Zeit des Experimentierens kommt nun die Zeit der militanten Linie. Die katholische Kirche wird wieder kämpferisch . . . Bei Wojtyla weiß man, woran man ist.

36) Vgl. dazu: Adalbert Krims, Der Papst in Brasilien. Vor einer neuen vatikanischen Lateinamerikapolitik?, in: „Neue Stimme", 8/1980, S. 17.
37) Ferdinand Klostermann, a. a. O., S. 105.

Man braucht ihm nur zu glauben. Zweifel an diesem Papst scheinen nicht erlaubt, so wie er selbst an sich nicht zweifelt."[38])

Niemand kann bestreiten, daß seit dem Amtsantritt des polnischen Papstes auch der innerkirchliche Reformkurs gestoppt oder zumindest gebremst wurde: etwa in der Frage der freien theologischen Meinungsäußerung (z. B. die Fälle Pohier, Schillebeeckx, Boff, Küng usw.), in bezug auf die Stellung der Frau in der Kirche (sowie des Frauenbildes überhaupt), in der Liturgiereform, in bezug auf das Priesterbild (Ausbildung, Kleidung, Zölibat usw.), in Fragen der kirchlichen Sexualmoral usw. All dies – einschließlich der verstärkten Betonung der Autorität des Lehramtes und des Primats des Papstes – hat nicht nur zu einer Verschärfung des Klimas innerhalb der katholischen Kirche geführt, sondern zugleich auch die Verständigung mit anderen christlichen, vor allem protestantischen, Kirchen sehr erschwert.

Es kann daher nicht überraschen, daß die Hauptkritik an Papst Johannes Paul heute vor allem aus engagierten christlichen Kreisen kommt. Für sie war das 2. Vatikanische Konzil eine große Hoffnung auf eine Reform der Kirche sowie ihre Öffnung zur Welt. Diese beiden Ziele wurden zu Beginn des Konzils von Papst Johannes XXIII. ausdrücklich formuliert. Schon Papst Paul VI. hatte Angst, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen – andererseits konnte er sich jedoch auch nicht dazu entschließen, den nachkonziliaren Prozeß radikal zu stoppen bzw. umzukehren, was ihm den Ruf eines „Zauderers" eintrug. Johannes Paul II. scheint sich hingegen stark genug zu fühlen – und seine Medienwirksamkeit dürfte ihm dabei zu gute kommen –, eine Tendenzwende innerhalb der katholischen Kirche, zumindest innerhalb der hierarchischen Führung, durchzusetzen. Der Katholizismus soll wieder zu einer geschlossenen Gesellschaft werden, zusammengehalten durch eine autoritativ verkündete und interpretierte Lehre, eine straffe hierarchische Leitung und einen unbedingten Gehorsam. Statt einer Öffnung der Kirche zur Welt soll die Welt wieder den Geboten und Vorstellungen der Kirche folgen.

Diese innerkirchliche Tendenzwende wird durchaus auch von den Konservativen erkannt – und von ihrer Position aus natürlich gelobt. So schrieb der militant-konservative Chefredakteur der „Wiener Kirchenzeitung" (immerhin die offizielle Wochenzeitung der vom – irrtümlicherweise als liberal bezeichneten Kardinal König geleiteten Erzdiözese Wien): „Papst Paul VI. hat ‚im Geist des Konzils versucht, ohne Sanktionen Richtlinien zu geben . . . Heute steht Johannes Paul II. an der Spitze der Kirche, relativ jung, dynamisch. Der Heilige Vater sieht, daß die Milde seines Vorgängers wirkungslos geblieben ist. Um dem Ganzen der Kirche, um der Sache Christi zu dienen, wird er auch Sanktionen verhängen müssen."[39])

38) Hanspeter Oschwald, Ein Jahr Johannes Paul II.: Das Konzil wird eingefroren, in: „Publik-Forum", Nr. 20/1979, S. 12f.
39) „Wiener Kirchenzeitung" v. 16. 12. 1979.

Liberale und fortschrittliche Katholiken sehen hingegen die durch Papst Johannes Paul eingeleitete Entwicklung eher pessimistisch. So widmete z. B. der bereits zitierte österreichische Pastoraltheologe Klostermann, der zu den geistigen Vätern der Katholischen Aktion sowie der kirchlichen Erneuerung in Österreich zählt, sein Papstbuch „den Vielen, die heute an der Kirche leiden". Wörtlich schreibt er: „Johannes Paul II. ist sicher eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die weiß, was sie will, und das auch konsequent durchzieht. Dennoch zeichnen sich schon einige Folgen der neuen innerkirchlichen Situation ab und zwar, wie der Verfasser aus eigenen Erfahrungen weiß, gerade bei vordem äußerst aktiven und engagierten Christen. Es beginnt mit der Resignation, mit dem Aufgeben der Hoffnung, diese Kirche überhaupt noch ändern und reformieren zu können, und es endet mit der Frage, warum man sie dann überhaupt noch zu ändern und zu reformieren versuchen soll, wozu man sie dann überhaupt noch braucht. Damit ist aber der Weg zur inneren oder auch äußeren Emigration mit allen Konsequenzen beschritten . . ."[40])

Auch der vorliegende Beitrag wurde nicht aus „Papstfeindlichkeit" oder gar „Kirchenfeindlichkeit" geschrieben. Im Gegenteil, er versteht sich im Sinne jener „christlichen Sorge", die auch Prof. Klostermann bewegt. Christen würden heute dem Christentum (und auch der Kirche) einen schlechten Dienst erweisen, würden sie aus einer falsch verstandenen „Loyalität" heraus zu den sich abzeichnenden Konsequenzen des gegenwärtigen Pontifikats schweigen – oder ihnen gar noch zujubeln. Sehr viele Christen (z. B. in Lateinamerika) können es sich heute nicht erlauben, öffentlich Kritik am Papst zu üben, da sie sich damit ungeschützt den „christlichen" Diktatoren ausliefern würden. Sie müssen mehr oder minder „gute Miene zum bösen Spiel" machen und sich durch Interpretationskünste ihre Legitimationsbasis erhalten. Viele Theologen und andere kirchlich Abhängige sind wiederum durch die zahlreichen Lehrverbote und Verfahren der jüngsten Zeit vorgewarnt und müssen aus diesem Grunde leisetreten. Nichtchristliche (z. B. marxistische) Kreise hingegen beschäftigen sich häufig entweder gar nicht mit der Kirche oder sie sind an einem möglichst konfliktfreien Verhältnis interessiert.

Das alles erklärt, warum es bis heute wenig über den unmittelbar innerkirchlichen Rahmen (z. B. Fall Küng) hinausgehende Kritik am Papst in publizierter Form gibt. Insbesondere scheint die Analyse der gesellschaftspolitischen Konzeption Johannes Paul II. bisher zu kurz gekommen zu sein, vergleicht man sie mit der aus dem Boden schießenden Erbauungs- und Bewunderungsliteratur über den „polnischen Papst". Für fortschrittliche Christen wäre es jedoch gerade wichtig, nicht im Ärger über den innerkirchlichen Konservatismus des Papstes stecken zu bleiben, sondern die soziale und politische Konzeption zu durchschauen, die durch Johannes Paul II. und nicht nur ihn verkörpert wird. Der vorliegende Beitrag versteht sich nur als ein erster bescheidener Ansatz für eine solche Kritik, die in vielen Punkten ergänzt und weiterentwickelt werden müßte.

40) Ferdinand Klostermann, a. a. O., 132.

Menschenrechte in der Bundesrepublik

Theoretische Positionen und politische Praxis

Von Norman Paech

In den Vorbereitungen auf die nächste KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid spielen die Menschenrechte wieder eine hervorragende Rolle. Allerdings nicht in der Weise, daß diese ganz offensichtlich aus den Gräben des Kalten Krieges gestartete Diskussion nun in eine nüchterne Überprüfung des allgemein erreichten Standards der Menschenrechte überführt wird. In der gegenwärtigen Phase der ideologischen Auseinandersetzungen scheint dies unmöglich, die Menschenrechtskampagne als politische Waffe unverzichtbar. Demgegenüber sollen die folgenden Ausführungen das zum Gegenstand haben, was von der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948 und den beiden „Internationalen Pakten über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte" vom 19. Dezember 1966 beabsichtigt war: Die Klärung der Situation der Menschenrechte im eigenen Land.

I. Ziel und Funktion der Menschenrechtsdebatte

Am 6. Juni 1973 wurde in der Bundesrepublik Deutschland das Gesetz zum Beitritt zur UN-Charta verabschiedet. Am 17. Dezember 1973 hinterlegte die Bundesregierung die Beitrittsurkunde zu den beiden internationalen Menschenrechtspakten, die nach Hinterlegung der 35. Beitrittsurkunde am 3. Januar 1976 (Sozialpakt) und am 31. März 1976 (politischer Pakt) in Kraft traten. Knapp ein Jahr später initiierte der frisch gebackene Präsident der USA eine Menschenrechtskampagne auf dem wackligen Boden eines Staates, der weder die Allgemeine Menschenrechtserklärung noch die beiden Internationalen Pakte und insgesamt lediglich drei der 19 Internationalen Menschenrechtsdokumente unterzeichnet hat. Man kann das werten wie die „New York Times" vom 22. Juli 1977: „Neue amerikanische Präsidenten müssen zunächst immer einen Initiationsritus durchmachen, der eine Konfrontation mit den UdSSR enthält", oder aber Jimmy Carter wörtlich nehmen: „Meine eigene Neigung ist es, auf friedliche Weise natürlich, der Sowjetunion und anderen den Einfluß in Gebieten der Welt streitig zu machen, die wir heute oder später als entscheidend betrachten. Das schließt Gebiete wie Vietnam, den Irak, Somalia, Algerien und sogar Kuba ein."[1])

Damit sind wir dem Kern der Menschenrechtsdebatte erheblich näher. Denn angesichts der territorialen und ideologischen Einflußverluste, die die USA in der jüngsten Vergangenheit vor allem in Asien und Afrika erlitten haben, und angesichts des hohen Preises reaktionärster Militärdiktaturen, den die USA in der Weltöffentlichkeit zahlen müssen, um ihren Einfluß in Lateinamerika zu halten, war eine ideologische Offensive notwendig. Aber Carter zielte

1) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 30. 12. 1977.

nicht nur auf die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, sondern stärker wohl am Vorabend der Belgrader KSZE-Folgekonferenz auf Europa und die politisch labile Situation in vielen westeuropäischen Ländern. Diese Zielrichtung ist natürlich von den konservativen Kräften der BRD voll unterstützt worden. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl auf dem Düsseldorfer Parteitag im März 1977: „Die Menschenrechte sind unsere Antwort auf diese ideologische Herausforderung durch den Weltkommunismus." Ausschließlich unter dieser Devise hatten CDU und CSU ihr bisheriges Engagement für die Menschenrechte gewählt und z. B. die „Europäische Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung", die seit 1974 alljährlich in Luzern stattfindet, den Kasachen, Turkmenen, Krimtataren, den Dissidenten, „psychiatrischen Anstalten" und dem „Komitee für Menschenrechte" von Prof. Sacharow in der Sowjetunion gewidmet[2]).

Demgegenüber sind die Differenzen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Präsident Carter in der Menschenrechtsdebatte nicht nur taktischer Art. Im Juli 1977 lag der SPD-Bundestagsfraktion eine Diskussionsgrundlage zum Thema „Menschenrechte und Entspannung" vor, in der der Zusammenhang von friedlicher Koexistenz, Nichteinmischung, Entspannung und Menschenrechten sehr klar erkannt wurde. „Gegenüber einer Haltung, die sich auf bloßes Anklagen beschränkt und dadurch den Entspannungsprozeß gefährdet, müssen Sozialdemokraten in einer Weise für die Menschenrechte eintreten, die die von der Entspannungspolitik eingeleitete positive Entwicklung auf den Gebieten der humanitären Zusammenarbeit, z. B. im Reise- und Besuchsverkehr oder auf dem Gebiet des Informationsaustauschs z. B. in den Bereichen der Wissenschaft, der Literatur und der Presse weiter fördert, nicht aber in der Weise eines ideologischen Kreuzzuges, der auf dem Rücken der Menschen in Osteuropa schnell zu einem Ende der Entspannungspolitik führen könnte. Die Menschenrechtsfrage darf nicht auf das taktische Ziel hin instrumentalisiert werden, die DDR und die osteuropäischen Staaten in Belgrad auf die Anklagebank zu setzen . . . Wir müssen für eine umfassende und global angelegte Menschenrechtspolitik eintreten. Dazu gehört, in der Frage der Menschenrechte bei uns selbst anzufangen und den sozialen Aspekt der Menschenrechtsproblematik nicht aus dem Auge zu verlieren."[3])

Die Menschenrechtsfrage ist zu einem der zentralen Felder ideologischer Klassenauseinandersetzungen geworden, natürlich auch in der Wissenschaft und nicht erst seit einigen Jahren. Eines der ersten Bücher in der BRD zu dieser Frage – „Der Stand der Menschenrechte im Völkerrecht" von Heinz Guradze, 1956 erschienen – beginnt mit den Worten: „Wer der Ansicht ist, daß die Theorie des Völkerrechts wirklichkeitsbezogen sein soll, mag sehr wohl die Frage aufwerfen, welchen Wert eine Untersuchung über den Stand der Menschenrechte im Völkerrecht zu einer Zeit hat, da von der Elbe bis

2) NZZ v. 12. 3. 1974; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 18. 1. 1978.
3) „Vorwärts" v. 14. 7. 1977.

zum Gelben Meer mehrere hundert Millionen Menschen unter kommunistischer Herrschaft leben. Aber die Tatsache, daß die Verwirklichung der Menschenrechte in absehbarer Zeit auf die ‚freie Welt' beschränkt bleiben wird, bedeutet nur eine räumliche, keine inhaltliche Begrenzung des Themas" (S. 1). Die Menschenrechte als atlantisches Vermächtnis des 18. und 19. Jahrhunderts harren also ihrer Verwirklichung bis zur endgültigen Befreiung durch den freien Westen. Diese Dummheit findet nicht ihre Entschuldigung in der damaligen Kulmination des Kalten Krieges. Sie wird auch heute von Staatsrechtslehrern wie etwa Martin Kriele vertreten. Er schrieb angesichts der beginnenden Belgrader KSZE-Folgekonferenz im Juni 1977: „Solange das kommunistische System besteht, kann die Ostpolitik des Westens deshalb nicht Menschenrechte, sondern nur Toleranzen anstreben. Das Ziel ist, die kommunistischen Staaten allmählich wenigstens auf das Niveau der rechtsstaatlichen Monarchien des 18. und 19. Jahrhunderts anzuheben . . . Nicht nur Toleranz, sondern wirklich Menschenrechte fordern, heißt von den kommunistischen Machthabern also Preisgabe ihrer Herrschaftsbasis fordern." Und: „Die Menschenrechte wieder ins Zentrum des politischen Bewußtseins der Welt rücken heißt:
– Das Prinzip der Parteilichkeit entlarven als die Degradierung der kommunistischen Intellektuellen als Lakaien, die den Auftrag haben, die Menschenrechtsverletzungen ihrer Herrschaft zu leugnen oder zu rechtfertigen.
– Bilanz ziehen und den Kommunismus als Sackgasse eines Pseudoprogressismus entlarven, der der Menschheit als Beispiel despotischer Entartung der Politik in Erinnerung bleiben wird."[4])

Man kann ohne Bruch den Satz anfügen: „Die Menschenrechtsdiskussion kann, richtig genutzt, zum Vehikel der Politik des Westens gemacht werden." Nur stammt dieser Satz nicht von Kriele, sonddern von F. J. Strauß aus der Bundestagsdebatte einen Monat zuvor am 26. Mai 1977.

Hier soll nicht der Eindruck einer besonders exotischen Blütenlese antikommunistischer Zitate erweckt werden. Er wäre auch falsch, denn wie man sich z. Z. auch der Menschenrechtsdebatte nähert, man wird sofort auf ihre Instrumentalität in der internationalen Systemauseinandersetzung gestoßen – wenn auch nicht immer in einer so aggressiven Art. So ergibt eine Auswertung von 175 Zeitungsartikeln, die das Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik" in den letzten Jahren zum Thema Menschenrechte gesammelt hat, folgendes Bild: Insgesamt 92 Zeitungsartikel handeln speziell über die RGW-Staaten, davon allein 65 über und 4 aus der Sowjetunion. 19 Artikel handeln speziell über Westeuropa und die USA, wobei auf die USA 11, Großbritannien/Irland 2 und die BRD 4 Artikel entfallen. Speziell über die Dritte Welt liegen 17 Artikel vor. Indonesien 3, Chile 2, Iran, Kuba, Südafrika, Israel je 1 Artikel. Ich überschreite die Verallgemeinerungsfähigkeit dieser Daten wohl nicht, wenn ich dieses Bild für ungefähr repräsentativ für die gesamte bürgerliche Presse zu diesem Thema halte und nicht nur für die Bibliothek eines wissenschaftlichen Instituts.

4) Ohne Menschenrechte kein Fortschritt, in: „Die Zeit" v. 17. 6. 1977.

Das Ziel dieser Diskussion ist also gegen die sozialistischen Länder gerichtet sowie darauf, ideologische Terrainverluste wettzumachen, die wankende ökonomische und politische Front mit humanitärer Glaubwürdigkeit zu stützen. Aber auch bedeutende soziale Funktionen für die kapitalistischen Länder – hier im wesentlichen die USA und die BRD – erfüllt diese Kampagne. Was Kriele etwa „die Versöhnung der amerikanischen Nation mit sich selbst" nennt[5]), kennzeichnet Noam Chomsky als den Versuch, „in den imperialistischen Ländern eine gehorsame und passive Öffentlichkeit zu schaffen", die Massen also zu disziplinieren.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Krise, die nicht nur die ökonomische Existenz vieler Menschen gefährdet, ihre allgemeine Lebenssituation bedroht, sondern die ihren Ausdruck in der Korruption weiter Bereiche des politischen Systems und in der schwindenden Glaubwürdigkeit einer ideologischen Begründung findet, sind Versöhnung, Integration und Disziplinierung nur zwei Etappen auf dem Kontinuum des Klassenkampfes zum Erhalt der bürgerlichen Herrschaft. Ich zweifle daran, ob man mit dieser Kampagne den Arbeitslosen, den Streikenden, den Schwarzen, den Vietnam-Veteranen, kurz dem Lohnbürger Selbstachtung und eine Zukunftsperspektive geben kann – man orientiert ihn auf ein fremdes Feindbild, um ihn seine eigenen Nöte, Sorgen und Menschenrechte vergessen oder geringachten zu lassen. Die Aggressivität der Kampagne nach außen zeigt den Grad der Schwierigkeiten intern.

II. Das Menschenrechtsverständnis in der BRD

Man wird von einer Regierung kaum eine andere Stellungnahme zur Situation der Menschenrechte im eigenen Land erwarten können, als es die Bundesregierung im November 1977 in ihrem Staatenbericht an die Vereinten Nationen getan hat: „Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht die Menschenrechte und Grundfreiheiten in einer in der deutschen Geschichte einzigartigen Weise. Jedermann kann von einem ihm verfassungsmäßig garantierten Recht auch tatsächlich Gebrauch machen . . . Die Bundesrepublik Deutschland kann auf dem Gebiet der Menschenrechte dem internationalen Vergleich in jeder Hinsicht standhalten" (Vorwort). Für die hiesige Völkerrechtswissenschaft liegen „die in der zweiten Konvention (über bürgerliche und politische Rechte) umschriebenen Mindestbedingungen . . . (sogar) weit unter dem, was in allen Industriestaaten längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist"[6]). Ohne der Prüfung dieser Sätze jetzt vorzugreifen, dokumentiert sich doch in ihnen ein Völkerrechts- und Menschenrechtsverständnis, welches für die ganze Debatte auf westlicher Seite charakteristisch ist.

5) „Die Zeit" v. 17. 6. 1977: „Carter macht damit nicht nur den besten Teil der amerikanischen Tradition lebendig, sondern versöhnt die amerikanische Nation mit sich selbst und vermittelt ihr Selbstachtung und Zukunftsperspektive."

6) O. Kimminich, Einführung in das Völkerrecht, Pullach 1975, S. 207.

1. Schon während der Arbeiten an der Menschenrechtskonvention Anfang der 50er Jahre versuchten die westlichen Staaten, sie auf die bürgerlichen und politischen Rechte zu beschränken. Als ihnen das nicht gelang, bestanden sie auf der Separierung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte in einer besonderen Konvention. Folgerichtig begrenzten die westeuropäischen Staaten ihre regionale Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950 auf die traditionellen bürgerlichen Rechte, und die zuständige Wissenschaft läßt keinen Zweifel daran, daß die sozialen und wirtschaftlichen Rechte in diesem Zusammenhang im Grunde nichts zu suchen haben. „Wenn es dabei bleiben soll, daß die Verfassung den stabilen Rahmen für das Funktionieren des Staatsapparates auf allen Ebenen abgibt, die Dynamik des sozialen Fortschritts sich aber auf dem Weg der Gesetzgebung vollzieht, dann sollte man davon absehen, die Verfassung mit dieser ihr wesensfremden Aufgabe zu belasten."[7]) Und Carl Carstens auf der Konferenz der Parlamentspräsidenten in Wien im Juni 1977: „Man würde politische Verantwortlichkeit für die Verwirklichung dieser sozialen und wirtschaftlichen Rechte auf die falsche Stelle verlagern und die Gerichte überfordern, wenn man versuchen sollte, sie durch Einbau in die Menschenrechtskonvention justiziabel zu machen."[8]) Die Argumente sind also in etwa dieselben wie seinerzeit im Parlamentarischen Rat, als es um die Frage ging, ob man das „Recht auf Arbeit" aus der Weimarer Reichsverfassung in das Grundgesetz übernehmen sollte. Nur wird heute nicht mehr so offen wie damals davon gesprochen, daß zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der Garantie des „Rechts auf Arbeit" ein unüberbrückbarer Widerspruch besteht.

2. Noch ein weiteres Merkmal ist hier hervorzuheben. Seit langem wird in der westlichen Völkerrechtswissenschaft der Versuch unternommen, mit der Statuierung der Menschenrechte den einzelnen Menschen zum Subjekt des Völkerrechts zu machen und den Schutz seiner Rechte vom einzelnen Staat auf die Völkergemeinschaft zu verlagern und zu einer internationalen Angelegenheit zu machen[9]). Daher der frühe, allerdings vergebliche Widerstand gegen die Aufnahme des kollektiven Selbstbestimmungsrechts der Staaten in die Konventionen[10]), die immer neuen Vorstöße, einen Hochkommissar für Menschenrechte oder einen UN-Gerichtshof für Menschenrechte einzurichten[11]) und ein „humanitäres Interventionsrecht" zu begründen. Die Durchsetzung der Menschenrechte ebenso wie ihre Kontrolle ist derzeit in vielen Ländern mangelhaft, kein Zweifel. Kein Zweifel aber auch über die außenpolitische Instrumentalisierung der gegenwärtigen Menschenrechts-

7) K. J. Partsch, Bekämpfung der rassischen Diskriminierung im Rahmen des Schutzes der Menschenrechte, in: Scheuner/Lindemann, Die Vereinten Nationen und die Mitarbeit der BRD, München – Wien 1973, S. 109, 146; vgl. auch W. Heidelmeyer, Die Menschenrechte, Paderborn 1972, S. 43.
8) FAZ v. 13. 7. 1977.
9) Vgl. H. Lauterpacht, International Law and Human Rights, London 1950, S. 35 f., 61 f.; J. Delbrück, Menschenrechte und Grundfreiheiten, in: Völkerrecht, Stuttgart – München – Hannover 1972, S. 8 ff.
10) Autorenkollektiv, Völkerrecht, Köln 1973, I, S. 332.
11) K. J. Partsch, Die Entwicklung des internationalen Menschenrechtsschutzes, in: NJW 77/474 ff., 476.

kampagne, die durch ein sog. humanitäres Interventionsrecht zur weiteren Unterhöhlung der ohnehin gefährdeten Souveränität z. B. der Staaten der Dritten Welt benutzt werden könnte.

Dies ist nicht nur eine Vermutung, sondern wird von Kriele z. B. so formuliert: „Grund- und Menschenrechte sind die Antwort auf die Tendenzen zur Souveränität. Die Souveränitätsdoktrin ist die Herausforderung, die Menschenrechte sind die Zurückweisung dieser Herausforderung. Souveränität können wir definieren als die unbedingte, unbeschränkte Macht, Recht zu schaffen, zu ändern und zu durchbrechen. Grundrechte verneinen eine solche unbedingte und unbeschränkte Macht. Sie setzen demjenigen, der die Kompetenz hat, Recht zu schaffen und zu ändern, Bedingungen und Schranken, und sie verneinen die Macht, Recht zu durchbrechen."[12]) Kriele wird wahrscheinlich nicht wissen, daß er mit diesen Forderungen im Menschenrechtsgewand wieder hinter Hegel zurückfällt. Hegel hatte für die Beziehungen der Staaten untereinander ein unbedingtes Interventionsverbot vertreten. § 331 seiner Grundlinien der Philosophie des Rechts sagt: „. . . ein Staat ist folglich gegen den anderen in souveräner Selbständigkeit. Als solcher für den anderen zu sein, d. h. von ihm anerkannt zu sein, ist seine erste absolute Berechtigung . . . Die Legitimität eines Staates und näher, insofern er nach außen gekehrt ist, seiner fürstlichen Gewalt ist einerseits ein Verhältnis, das sich ganz nach innen bezieht (ein Staat soll sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen mischen) – andererseits muß sie ebenso wesentlich durch die Anerkennung der anderen Staaten vervollständigt werden." Der Grundgedanke dieses Interventionsverbots schon bei Hegel ist: die Menschen organisieren sich – damals wie heute – in getrennten Staaten und unterschiedlichen Gesellschaftsformationen. Recht als positivierte Organisations- und Lebensregeln in der staatlichen Gemeinschaft ist unmittelbar auf diese bezogen. Ein universales weltumspannendes Menschenrecht entbehrt dieser gesellschaftlichen Grundlage; Weltstaat, Weltinnenpolitik sind günstigenfalls Träumereien, sonst verschleierte Hegemonieansprüche. Ohne besondere und allgemeine Gemeinschaftsgrundlage kann Menschenrecht als Recht nicht Grundlage zur Intervention in die „souveräne Selbständigkeit" des anderen Staates sein. Man sieht, von den Klassikern des Idealismus, aus deren Quellen die gegenwärtige Menschenrechtstheorie so überreichlich schöpft, wird sorgsam das vermieden, was allzu sehr den Geschmack des Materialismus an sich hat.

3. Diese Quellen, ohne deren salvatorische Vergewisserung heute kaum ein Artikel über Menschenrechte geschrieben wird, und von denen man den Eindruck haben kann, daß die Menschenrechtstheorie die Legitimation lie-

12) M. Kriele, Zur Geschichte der Grund- und Menschenrechte, in: Öffentliches Recht und Politik, Festschrift für H. U. Scupin, Berlin 1973, S. 187ff., S. 195; ähnlich G. Ritter: „Wenn es der Sinn der Menschenrechte war, die staatliche Souveränität einzuschränken zugunsten individueller Bewegungsfreiheit, so war dieses Problem nicht wirklich zu lösen mit Hilfe einer radikal verstandenen, zu direkter Massenherrschaft führenden Volkssouveränität." In: R. Schnur (Hrsg.), Zur Geschichte der Erklärung der Menschenrechte, Darmstadt 1964, S. 227.

fert, von dem Blick auf die aktuelle Menschenrechtspraxis abzusehen, diese Quellen identifizieren sich alle in einigen wenigen Grundkomponenten. Ob man den Ursprung der Menschenrechte in der englischen Philosophie und der französischen Aufklärung von Hobbes bis Rousseau findet[13]), oder in den Prinzipien der freien Gewissensentscheidung der Reformation[14]), oder noch früher in der naturrechtlichen Idee der Stoa und des frühen Christentums[15]), gleich ist allen diesen Ursprungstheorien die Konzentration der Menschenrechte auf das Individuum als übergeschichtlicher Mensch schlechthin und die Abstraktion von seinen materiellen ökonomischen Interessen. Sie sehen zwar den Widerspruch zwischen der Bill of rights von Virginia (1776) und der Sklavenhalterpraxis der englischen Kolonisten, sie konnten den Klassengehalt der Bill deswegen vergessen, weil sie den Ursprung der Menschenrechte in der protestantischen Religions- und Gewissensfreiheit suchten und nicht in der Emanzipation des sich entfaltenden amerikanischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems von den Fesseln des englischen Merkantilismus.

Zu dem Gleichheitsanspruch der Bill of rights „auf den Genuß von Leben und Freiheit, mitsamt den Mitteln, Eigentum zu erwerben und zu besitzen, Glück und Sicherheit zu erstreben und zu behaupten", sagt Gerhart Ritter zutreffend: „Es ist die wohlbekannte liberale Lehre, auf der die Wirtschaftspolitik des kapitalistischen Zeitalters aufgebaut war."[16]) Auch die zukunftsgerichtete Aufklärung von Locke bis Rousseau verknüpft das Freiheitsrecht mit dem Eigentum. Bei Rousseau wie in der Menschenrechtserklärung von 1789 gehört das Privateigentum zu den Menschenrechten. Nur Kommunisten wie Morelly und Mably hielten an Rousseaus ursprünglichen Vorstellungen vom Eigentum als Quelle allen Übels fest und forderten seine Abschaffung. Selbst aber in der radikalen Konstitution, der jakobinischen von 1793, wurde das Eigentumsrecht nicht angetastet, auch Robespierre dachte darin nicht anders als Rousseau[17]). Und 1795 hatte das Bürgertum seine Menschenrechte endgültig auf die natürlichen Rechte des unpolitischen, egoistischen und unabhängigen Individuums reduziert. Art. 2: „Der Endzweck aller politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unabdingbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit, der Widerstand gegen Unterdrückung." „Keines der sog. Menschenrechte" geht also über den egoistischen Menschen hinaus, über den Menschen, wie er

13) E. Boutmy, Die Menschen- und Bürgerrechte und Georg Jellinek, 1902, in: R. Schnur a.a.O., S. 78ff.; B. Willms, Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Tschi Min, S. 57f.

14) Vgl. G. Jellinek, Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1897, ^{4}1927, in: R. Schnur, a.a.O., S. 1ff.

15) M. Kriele, Ohne Menschenrechte kein Fortschritt, a.a.O.; ders., Zur Geschichte der Grund- und Menschenrechte, a.a.O., S. 187ff.

16) Für diese Äußerung wird Ritter ausdrücklich von Kriele kritisiert: „Ritter fördert aber gerade die Diskreditierung der Grundrechte, die er verhindern will, wenn er die kapitalistische Ausnutzung der Menschenrechte in ihren Ursprung hineininterpretiert und sie damit als wesensnotwendig mit den Menschenrechten verknüpft betrachtet", a.a.O., S. 203.

17) Art. 16 der Konstitution von 1793: „Das Recht auf Privateigentum ist das Recht jedes Bürgers, sein Vermögen zu genießen sowie über dasselbe, seine Einkünfte, die Frucht seiner Arbeit und seiner Industrie nach eigenem Gutdünken zu disponieren."

Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und von Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist"[18]). Ihnen gegenüber steht der Staat, der schon nach Lockes Vorstellung das Eigentum und seinen freien Erwerb zu schützen und dazu bestimmte exekutorische und legislative Funktionen ausgebildet hatte.

Wenn Kriele heute „für die Realisierung der Menschenrechte . . . die Gewaltenteilung sogar wichtiger" findet, „als es Grundrechtskataloge sind"[19]), kommt er damit genau auf Locke zurück. Um allerdings die Grund- und Menschenrechtsforderungen von ihrem bürgerlich-revolutionären Klasseninhalt zu befreien, trennt er sie in die bürgerlich-wirtschaftsliberalen Grundrechte und jene nur naturrechtlich begründbaren, gleichsam übergeschichtlichen auf Menschenwürde und politische Mitwirkung gerichteten Grundrechte[20]). Dies ist der typische Vorgang der Juristenideologie, das Recht von seiner materiellen geschichtlichen Gesellschaftsgrundlage zu lösen und in den geschichte- und weltumfassenden Rechtshimmel zu hängen. Es spiegelt den Versuch des Bürgertums, einerseits die Klassenfrage von der Tagesordnung zu nehmen[21]) und andererseits die eigenen Klasseninteressen als allgemeine Menschheitsinteressen darzustellen[22]).

Also „zweierlei Menschenrechte?"[23]). In der Tat läßt sich die gegenwärtige Menschenrechtstheorie aud das simple Schema des Herder-Lexikons reduzieren: „Nach der westlichen Auffassung stehen die Grundrechte dem einzelnen Menschen als Individuum zu, denn er besitzt eine Seins- und Wertautonomie. Die kommunistische Ideologie erkennt dem Menschen nur einen relativen Wert zu, er wird ausschließlich in seiner Gesellschaftsbezogenheit gesehen."[24] Auf dieser schlecht gezimmerten Rampe wird der Abwehrkampf gegen die kollektiven, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte im Namen der „Seins- und Wertautonomie", der Menschenwürde gefochten.

Hier liegt uns ein doppelter Widerspruch vor. Der eine beruht auf der gegen den Feudalstaat durchgesetzten Trennung von Staat und Gesellschaft, von öffentlichem und privatem Bereich und tritt uns bis heute als Widerspruch zwischen Freiheit und Eigentum im Grundgesetz gegenüber. Dieser Antagonismus ist konstitutiv für die gegenwärtig herrschende Grund- und Men-

18) K. Marx, Zur Judenfrage, MEW, 1/366.

19) M. Kriele, Ohne Menscherechte kein Fortschritt, a.a.o., S. 201: Erst „die Folgegeschichte ist weitgehend die Geschichte des Mißbrauchs der Grundrechte für die Zwecke des Kapitalismus. Dieser Mißbrauch hat zu einer Diskreditierung der Menschenrechte sowohl aus konservativer als auch sozialistischer Perspektive geführt".

21) Was Kriele als Unparteilichkeit ausgeben will: „Die Unparteilichkeit der Forderung nach Menschenrechten ist, so gesehen logisch und unausweichlich . . . Erst die Unparteilichkeit befreit den Antikommunismus aus seiner *hilflosen Defensive*. Er hat seine Berechtigung als die negative Seite einer im Prinzip positiven Idee." Ohne Menschenrechte kein Fortschritt, a.a.O.

22) M. Kriele: „Als einheitliches Ganzes aber birgt der naturrechtliche Ansatz die Kraft zur Versöhnung und Befriedung in sich." A.a.O.

23) N. Benckiser, in: FAZ v. 17. 3. 1977.

24) Zitiert nach Benckiser, a.a.O.

schenrechtskonzeption. Aus ihm folgt der geschichtsnotwendige zweite Widerspruch zwischen Menschenrechtstheorie und Menschenrechtspraxis, das Auseinanderklaffen von Lebensrecht und Lebensbedingungen unter der ökonomischen Herrschaft des Privateigentums. Aus ihm wird die Spaltung in zweierlei Menschenrechte, die scheinbare Dualität von politischen und wirtschaftlichen Grund- und Menschenrechten abgeleitet.

4. Die Frage ist, wie wird die herrschende Lehre mit diesem an der gesellschaftlichen Oberfläche nur allzu deutlichen Widerspruch zwischen Theorie und Menschenrechtswirklichkeit fertig? Man kann ihn leugnen, ihn verwischen, wie es die Bundesregierung in ihrem Bericht für die Vereinten Nationen im November getan hat. Man kann ihn aber auch akzeptieren und aus der Not der Realität eine Tugend der Theorie machen, wie das Bundesverfassungsgericht, indem es auf die alte juristische Methode zurückgriff und das Recht, die normative Forderung, einfach von der Realität der gesellschaftlichen Basis loslöste. In vorbildlicher Klarheit hat es dieses Denkprinzip in seinem KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956 dargelegt, wo es – in der Sprache des Gerichts – um die Frage ging, ob „die Demokratie, die in der Diktatur des Proletariats bestehen soll" mit den „Prinzipien des Grundgesetzes" vereinbar ist[25]). Prüfungsmaßstab kann für das Gericht „nur die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes sein, d. h. das *Bild* der Freiheit, das dem Grundgesetzgeber als *Leitbild* vorgeschwebt und das er im Normenkomplex des Grundgesetzes zu realisieren versucht hat . . . Ob die Verfassungs*wirklichkeit* in der BRD sich mit diesem *Bild* allenthalben deckt, ist hier also ohne Bedeutung. Das ergibt sich aus dem Inhalt des Art. 21 Abs. 2 GG, der selbst wiederum in der der freiheitlichen Demokratie zugrundeliegenden Denkweise wurzelt. Dieser Denkweise entspricht es gerade nicht, eine Übereinstimmung von Ideal und Wirklichkeit zu behaupten. Sie hält eine solche Übereinstimmung sogar für unerreichbar, für utopisch. Deshalb kann sie nur fordern, daß das politische und soziale Leben auf dieses *Leitbild* hin entwickelt werde, und daß die Institutionen und Rechtsformen bestehen und geschützt werden, die diese Entwicklung ermöglichen und fördern."[26]) „Per aspera ad astra" könnte man versucht sein zu sagen und dem obersten Gericht zustimmen, wenn man hinzufügt, daß die Verwirklichung dieses „Leitbildes" die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen „Institutionen" voraussetzt.

(Zweiter Teil folgt)

25) BVerfG E, 5/196.
26) BVerfG, a.a.O., 196, 197.

„Die Deutschen sind nicht freundlich. Sie denken nur in Sachen."

Junge Ausländer sehen die Bundesrepublik

Von Harry Böseke

In den letzten Monaten ist in der Bundesrepublik eine auffällige Zunahme und Verbreitung ausländerfeindlicher Parolen nicht mehr zu übersehen, zumal sie den Hintergrund entsprechender rechtsradikaler Terroranschläge bilden. Die Krisen- und Zukunftsängste vieler Bundesbürger sowie die große Zahl ausländischer Asylbewerber begünstigen eine auf primitiven Fremdenhaß und rassistische Vorurteile spekulierende Propaganda nicht nur neofaschistischer Provenienz, die angesichts sozialer Unsicherheit und Existenzbedrohung keineswegs ohne Wirkung bleibt. Ausländerfeindlichkeit kann, gerade in diesem Lande, nicht auf die leichte Schulter genommen werden; sie war und ist ein fester Bestandteil offen reaktionärer Politik, die allen demokratischen und humanistischen – für das friedliche Zusammenleben verschiedener Völker und Rassen unabdingbaren – Prinzipien Hohn spricht und natürlich auch keinen Weg zur Lösung der ihr zugrundeliegenden sozialen und ökonomischen Krise weist.

Mit dem nachstehenden Bericht von Harry Böseke, der auf mehrjährige Erfahrungen und Kontakte mit ausländischen Jugendlichen als Sozialarbeiter in Köln zurückgreifen kann, wollen wir einen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern leisten. In der nächsten Zeit möchten wir weitere Beiträge, auch unter spezifischen Aspekten wie Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, kulturelle Eigenständigkeit, Schulsituation etc., veröffentlichen, an deren spätere Publizierung als Buch unter dem Titel „Ausländer in der Bundesrepublik: Wie sie leben, was sie denken." gedacht ist.

Wir bitten unsere Leser, soweit sie z.B. als Lehrer, Sozialarbeiter oder Gewerkschafter über entsprechende Erfahrungen und Kontakte verfügen, um Hinweise und Anregungen bzw. um Übermittlung von für eine Veröffentlichung in Frage kommenden Interviews und Beiträgen aus der Sicht ausländischer Arbeiter(-innen) und ihrer Angehörigen. D. Red.

„Ich nix verstehn – Ich nix kann sagen!" Diese beiden Sätze finden Studenten auf ihren Tonbändern, wenn sie Ausländer befragen. Sicher nicht nur diese: aber das Mißtrauen, das Presseleuten, Studenten und anderen Interessierten erst einmal entgegengebracht wird, ist nur schwer aufzuweichen. Hat man dagegen mehrere Jahre Verbindung zu Ausländergruppen, hat sich

nicht nur als Fragender, als Nehmender gezeigt, sondern auch als einer, der geben kann, dann kann man noch nach Jahren mit dem Vertrauen dieser Menschen rechnen.

Fast fünf Jahre habe ich als Sozialarbeiter in Köln-Chorweiler, einer häßlichen Trabantenstadt gearbeitet. Das Vertrauen und der Wunsch der befragten ausländischen Jugendlichen, sich zu äußern, loszuwerden, was sie stört und was ihnen gefällt, waren recht groß und ich mußte stark selektieren und ordnen. Zum einen waren es abrufbare Informationen, zum anderen auch Produkte kontinuierlicher Arbeit: die Verbindung zu einer Literaturgruppe, die ich mit Ausländern und deutschen Jugendlichen aufgebaut hatte. In privater Umgebung konnte ich so mehr erfahren, als mancher erfährt, der mit Tonbandgerät oder Recorder in die Ausländerquartiere marschiert und sich wundert, daß es den meisten Ausländern in der BRD scheinbar doch recht gut gefällt. Haben die Fragenden beachtet, daß sie als mögliche Spitzel der Ausländerbehörden angesehen werden, denen man nur „bequeme Antworten" geben kann?

Welches Bild haben ausländische Jugendliche wirklich von der Bundesrepublik? Von der Bundesrepublik Deutschland, die sie Deutschland nennen. Von den Deutschen, mit denen sie im gleichen Haus wohnen. Von Deutschen, die mit ihnen am Fließband stehen. Von Deutschen, die sie oft in eine Ecke drängen möchten, die in den Wahlsendungen der NPD unmißverständlich markiert wurde: Ausländer können in der BRD keinen Fuß fassen, also „raus damit".

Eine Gruppe Jugendlicher aus Köln-Chorweiler hat dem ZDF einen Brief geschrieben, in dem sie sich über diese Sendung beschweren: „Wir möchten uns wünschen, daß wir (uns) den Vorwürfen und Vorurteilen in einer Fernsehdiskussion . . . entgegenstellen könnten . . ."

Komm, hier sind die Steine aus Gold

In ihrem Heimatland hat man ihnen Wunder versprochen. Ein Land, in dem Milch und Honig fließen. Mehmet, 17 Jahre, weiß noch, wie zu Hause über Deutschland geredet wurde: „Man ißt dort Kartoffeln statt Brot. Deutschland ist ein Paradies. Aus den Wasserhähnen fließt Bier. Und man bekommt überall für alles Geld: Kindergeld, Arbeitslosengeld, Urlaubsgeld. Nur daß man hier sehr schwer arbeiten muß, im Paradies, das hat man damals nicht gesagt. Meine Landsleute wollen immer alles besser darstellen, wie es in Wirklichkeit ist. Damit sie als große Menschen gesehen werden und nicht als kleine Arbeiter. Wir kamen nach Deutschland, und alles war anders. Aus den Wasserhähnen floß kein Bier. Nur in Wirtschaften – und da war das Bier teuer. Die Zeit scheint in Deutschland sehr kostbar zu sein. Weil die Leute sich abhetzen. Es gibt viel Streß, besonders in der Großstadt. Und überall wird der Deutsche von der Werbung beeinflußt. Die glauben ganz leicht, und dabei sind sie nicht dumm. Die Deutschen haben die Möglichkeit, sich zu bilden.

Abdulhalik, Werkstudent, 21 Jahre, schreibt in einem Gedicht: „Komm Bruder, lebe wie wir in Deutschland. Hier sind die Steine, die Erde aus Gold. Das Geld liegt auf der Straße!" Er nimmt diese Sichtweise – wie sie ein Gastarbeiter seinem reisewilligen Landsmann erklärt – bald wieder zurück. Nachdem dieser einige Zeit hier lebt, „die Berge und die Wälder hinter sich gelassen hat" und sieht, daß die Berge hier nicht aus Gold und die Steine Steine im Weg auf eine bessere Zukunft sind, „schäumt er innerlich vor Wut und Enttäuschung und sagt: Sieh Bruder, das ist Deutschland. Für mich ohne Zukunft".

„Täglich unternehme ich eine Reise von der Türkei nach Deutschland . . ."

Deutschland, ein Land ohne Zukunft? Muharem, 19 Jahre, Arbeiter, sieht das so: „Deutschland ist für mich ein Parkplatz. Zweiter Klasse. Als ich mit meinem Auto in der Stadt parken wollte, sagte mir ein Polizist: Parke doch in der Türkei!" Deutschland, ein riesiger Parkplatz für Gastarbeiter? Oder hat dieses Land mehr zu bieten?

Erdogan, 22 Jahre, Arbeiter, 10 Jahre in der BRD, sagt: „Immer wieder rennst du mit dem Kopf gegen eine Wand. Auf dem Ausländeramt sitzen Beamte, die entscheiden nach ihrer Laune, wie lange die Aufenthaltserlaubnis geht. Wenn man unsicher auftritt, dann hat man kaum eine Chance, ist man zu forsch, dann auch nicht. Da wird ganz willkürlich entschieden. Immer wieder bist du unsicher, weil du hängengelassen wirst von den Behörden. Und du kannst dir keine feste Zukunft bauen."

Erdogan hat bis vor kurzem bei Ford gearbeitet. Mit gewaltigen Summen hat dieser Arbeitgeber fast 6000 Willige gefunden, die ihren Arbeitsplatz räumen. Arbeitgeber in der Rolle des Arbeitsplatznehmers. Mittlerweile tritt bei manchen der „Willigen" Katerstimmung ein: „Jetzt können wir nur einen Teil des Arbeitslosengeldes bekommen. Durch unsere Unterschrift haben wir uns selber einen reingehauen. Wer jetzt nicht ganz schnell wieder Arbeit findet, ist der Beschissene. Viele von uns Türken, besonders die älteren, möchten wieder zurück in die Türkei. Jetzt regieren da die Militärs. Wenn wieder eine Zivilregierung an der Macht ist, möchten viele zurück."

Regelt sich die Ausländerfrage – zumindest im größten Teilbereich, dem der türkischen Gastarbeiter – von selber?

Cemil, 19 Jahre, Spritzlackierer, sagt dazu: „Im jetzigen System meiner Heimat kann ich mich nicht zurecht finden. Wenn die Militärjunta meinen Bruder festnimmt und ich frage: Wo ist mein Bruder? – dann nehmen die mich auch fest."

Fikret, 18 Jahre, Auszubildender, macht es anschaulich: „Täglich unternehme ich eine Reise von der Türkei nach Deutschland. Wenn ich morgens mein Elternhaus verlasse, verlasse ich damit die Türkei. Ich gehe dann zu meiner Arbeitsstelle oder zu meinen Freunden und bin damit in Deutschland. Abends kehre ich dann in mein Elternhaus zurück und bin wieder in der

Turkei." Ein anderer Türke hat die Sprache der Deutschen verstanden. Er sieht kaum ein Miteinander, nur Nebeneinander. „Die Deutschen werden für die Türken Häuser bauen und Straßen, wo nur Türken leben. Die Türken haben somit keine Schwierigkeiten und die Deutschen werden nicht gestört."

„Ihr müßt Euch doch erst mal integrieren"

Ausländerintegration oder Ausländerrotation? Diese Frage, die insbesondere Anfang der 70er Jahre verstärkt gestellt wurde, ist heute noch nicht beantwortet. Nur wenige Schritte hin zur Integration sind geleistet, halbherzig, inkonsequent. Integration wird oft nur dort versucht, wo die Probleme schon so groß geworden sind, daß Integration kaum noch möglich ist. Im Berliner Stadtteil Kreuzberg wird an drei Grundschulen Türkisch als erste Fremdsprache angeboten. Ein Anfang zur gegenseitigen Integration? Bei Autorenlesungen, die ich an Schulen mit schreibenden türkischen Jugendlichen durchführe, hören wir von Deutschen immer wieder das Argument: „Ihr müßt euch doch erst mal integrieren."

Kadri, ein 22jähriger Postarbeiter, hat schon eine Standardantwort: „In unserem Land werden ausländische Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und so auch nicht gezwungen, nach dem Koran zu leben, und ihre Frauen werden auch nicht aufgefordert, Kopftücher zu tragen."

Ismail, ein 19jähriger Praktikant, sieht das anders: „Wenn du dich in Deutschland eingewöhnen willst, dann muß du dich zuerst anpassen. Wenn du dich nicht anpaßt, dann kommen die Probleme. Wenn du die Kultur der Deutschen kennst und dich angleichst, ist es einfacher, hier zu leben. Nur deine eigene Kultur, die darfst du nicht vergessen. Es ist schwer, mit zwei Kulturen zu leben. Aber daraus ergibt sich eine neue Kultur." Ismail möchte in Deutschland studieren. „Darum muß ich die Deutschen kennenlernen, ihre Sprache und ihre Kultur. Es hilft mir nicht viel, wenn ich nur mit meinen Landsleuten zusammen bin."

Cemil, nach seiner Ausbildung als Spritzlackierer kurze Zeit arbeitslos, sieht Deutschland als geordneten Staat: „Es gefällt mir, daß Deutschland Regeln kennt und beachtet. Es gibt nicht soviel Korruption bei Behörden. Wie das aber in der Industrie aussieht, weiß ich nicht. Hier in Deutschland – da sind wir gesichert. Seit zehn Jahren lebe ich hier. Als christliche Minderheit in der Türkei, die manchmal auch verfolgt wird, leben wir hier sicherer."

Orhan, 19 Jahre, Bandarbeiter, meint: „Deutschland ist für mich ein Land der Bequemlichkeit. Ein Land des Luxus. Hier kann sich jeder Arbeiter leisten, was er möchte. Aber in Deutschland gibt es auch arme Leute. Nur sind die nicht so arm, wie unsere armen Leute."

Wann ist ein Deutscher glücklich, frage ich Cemil. „Ein Deutscher ist glücklich, wenn er mit einer Bierdose rumlaufen kann. Das ist ein Zeichen von Einsamkeit. Hier hält man nicht viel von Verwandtschaft, es gibt nur wenig

Zusammenhalt. Für uns ist Zusammenhalt und gegenseitige Verantwortung sehr wichtig!"

Mehmet, 17 Jahre, hat in einem Gedicht ausgedrückt, wie er Deutsche als 14jähriger empfunden hat: „Ich möchte viel haben deutsche Freund. Aber Deutsche möchten nix. Sie sagen zu mir immer: Du Kameltreiber. Aber ich nix haben Kamel. Und auch sagen: Knoblauchfresser. Aber ich nix fressen Knoblauch. Und mir immer schimpfen: Stinker. Aber ich mich jeden Tag waschen." Mehmet kennt sich mit Vorurteilen aus. Vorurteile, das ist das, was in Gesprächen mit Gastarbeiterkindern als stärkste Wunde empfunden wird. Ausländerhaß, Einstufung der Fremdartigen als Menschen zweiter Klasse. Kann man sich da nicht wehren?

„Ich stehe zwischen zwei Bergen"

Erol, 14 Jahre, Schüler, ein sogenannter türkischer Deutscher, wie eine Sozialarbeiterin ihn als Mitglied einer Gruppe weitgehend integrierter Ausländer bezeichnet, erklärt mir Umgangssprachliches: „Die Deutschen sagen immer zu den Türken: Du Kümmel. Und zu den Italienern: Spaghettis. Manche Ausländer sagen zu den Deutschen: Kartoffel. Ist das das einzigste, was wir voneinander wissen: Kümmel, Kartoffel, Spaghetti?"

Erol hat sich angepaßt. Er ist öfters mit deutschen Freunden zusammen. Er weiß nicht, wo er hingehört: „Ich stehe zwischen zwei Bergen. Dem deutschen und dem türkischen. Wo ich wohl hingehöre?" Erol ist ein deutscher Türke. Einer, der mit seinen deutschen Freunden auch mal die Tuttis, die Ausländer verprügelt. Er ist akzeptiert in seiner Gruppe, weil er wie ein Deutscher spricht, denkt und handelt. Alleine seine dunkle Haut verrät ihn als „Fremden": „Wenn ich in der Straßenbahn bin, sagen manche Leute: Steh auf – du hast ja doch nicht bezahlt!"

Viele der türkischen Jugendlichen fühlen sich den deutschen Jugendlichen überlegen. Von der Kraft her – auch deshalb, weil diese Gruppen fester zusammenhalten und sich zu wehren wissen. Außenseitergruppen, die wissen, daß ihre Kraft nicht die der Sprache ist, sondern die der Fäuste. Nur wenige wissen es, anders auszudrücken: „Unsere Sprache ist uns in Deutschland fremdgeworden. Unsere Kultur auch. Wir leben hier anders als in der Heimat – wir werden gezwungen, anders zu leben!"

Es gibt alles zu kaufen, außer Freundschaft

Deutschland. Das sind nicht nur die Deutschen. Das sind die modernen Errungenschaften, die ausgefeilte Technik, die Werbung, die Konsumwelt, die Ablenkungsmöglichkeiten. Was ist dir an Deutschland besonders aufgefallen? Paolo, der schon die letzte Aussage machte, lebt seit fünf Jahren in Köln. Heute ist er siebzehn: „Hier gibt es viele Spielautomaten. Da kann man UFOS abschießen und Raketen starten. Das mach ich gerne. Und hier kann man sich immer die neuesten Sachen kaufen und kommt dann besser bei Mädchen an."

Mädchen, sind die nicht reserviert, euch gegenüber? Antonio, 16 Jahre, arbeitslos: „Ich würde von Vorurteilen reden. Davon, daß Freundschaften zwischen uns und den Mädchen von den Eltern kaputt gemacht werden. Viele Mädchen möchten zwar mit uns gehen, dürfen es aber nicht!"

Luciano, 19 Jahre, Bandarbeiter: „Wenn ich Deutschland beschreiben müßte, da könnte ich sagen, daß es fast alles zu kaufen gibt, außer Freundschaft vielleicht. Aber es gibt viele Sachen im Kaufhaus. Nur ich hab das Geld nicht, um das zu kaufen. Bei uns in Italien hat man das nicht alles." Als Käufer tritt Luciano nur begrenzt in Erscheinung. Seine Eltern halten ihn zum Sparen an. Um irgendwann in Italien eine Existenz aufzubauen. Das Grundstück für ein Hotel hätten sie schon, erklärt mir Luciano. Aber zurück möchte er eigentlich nicht. „Meine Freunde in Apulien sind mir fremd geworden. Die denken anders als ich. Ich weiß nicht, ob ich da wieder leben kann."

Wie willst Du Kümmeltürke das schaffen?"

In der Türkei genügt man der Schulpflicht durch den fünfjährigen Besuch der Grundschule. Erst mit diesem Abschluß kann man eine mit unserer Realschule vergleichbare Schule besuchen, deren Abschluß dann den Zugang zu Fachschulen ermöglicht. Die Türken hören hier etwas von neunjähriger Schulpflicht, vergleichen das mit neunjährigem Schulbesuch in der Türkei und glauben daher, daß ihnen nach Ableistung der Hauptschule alle beruflichen Wege offenständen. Eine zufällige Auswahl von Berufswünschen ermittelte die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene PZ (Ausgabe 8/80): Fatma: „Ich will in der Türkei eine Apothekerin werden." Ahan: „Ich werde ein Lehrer sein, aber in der Türkei, weil da nicht viele Lehrer sind." Haci: „Ich möchte Polizist werden und später Leibwächter vom Bundeskanzler." Hatice: „Ich werde ein Arzt sein!" Mustafa: „Ich werde in Deutschland ein Kinderdoktor werden!"

Berufswünsche, die in keiner greifbaren Beziehung zu den Bildungsmöglichkeiten für ausländische Jugendliche stehen. Sevgi, ein vierzehnjähriges türkisches Mädchen, sagt: „In Deutschland ist Deutsch lernen schwer. Alle deutschen Kinder spielen nicht mit türkischen Kindern. In Deutschland kann man nicht wohnen. (Es ist immer kalt.) Und Schule ist zu schwer."

Mehmet, 14 Jahre, Schüler, sagt: „Ich bin türkisch. Hier kommen viele Probleme. Mein erstes Problem: Schule gehen. Zweites Problem: Ich nicht sprechen viel Deutsch. Ich nächstes Jahr zur Berufsschule gehen . . . ohne Arbeit . . ."

Kemal, ein 15jähriger Schüler, erzählt: „Wir haben in Deutschland viele Probleme. Beispiel: Eine Familie kommt aus der Türkei. Sohn: 15 Jahre alt. Der Junge kann nicht zur türkischen Schule gehen. Auch nicht Hauptschule – zu alt. Dann sofort Berufsschule. Aber warum Berufsschule, wenn Junge keinen Beruf lernen?"

Nalan, ein 15jähriges türkisches Mädchen, berichtet von den Lernbehinderungen, die ihres Erachtens nicht alleine in der Vermittlung von Lehrinhalten begründet sind: „Nach der vierten Klasse wurde ich ins Gymnasium versetzt. Meine Grundschullehrerin war sich sehr sicher, daß ich es schaffe. Als sie das vor der Klasse auch offen sagte, lachten mich einige aus. Ein Mitschüler, der in die Realschule versetzt wurde, sagte mir: „Daß ich nicht lache, wie willst du Kümmeltürke das schaffen?" Diese Worte blieben in meinem Kopf. Und sie bestimmten auch danach mein Leben. Ich soll das niemals schaffen können? Meine Unsicherheit wuchs. In der Zeit, wo draußen die Kinder spielten, saß ich zu Hause und lernte. Auch in den Pausen war ich immer allein. Ich hatte niemand, der mit mir lernte oder spielte. Im Unterricht traute ich mich nur selten, den Mund aufzumachen, weil ich ja etwas Falsches sagen könnte. Ich hatte immer Angst, daß ich von allen ausgelacht würde. Wenn ich Chips und Süßigkeiten mitbrachte, hatte ich für kurze Zeit Freunde. Für sehr kurze Zeit!"

Und die Besonderheiten, wenn in islamischer Tradition erzogene Mädchen vor einem deutschen Lehrer stehen, beschreibt Nazli: „Die türkischen Mädchen sind zurückgezogener als die deutschen. Die schämen sich viel. Vor einem Lehrer schämen die sich mehr als vor einer Lehrerin. Egal wie alt der Lehrer ist. Wenn ich in die Schule geh und seh einen Lehrer – vor Jungens hab ich Angst –, dann hab ich praktisch auch vor dem Angst. Ich melde mich auch nicht, weil ich mich schäme – aus Angst, daß mich die anderen und der Lehrer auslachen."

Mustafa, 15 Jahre, ergänzt: „Die deutschen Lehrer sind mehr oder weniger Fremde für uns. Die verhalten sich anders zu uns als zu Deutschen. Wir sind schon Fremde, aber die sagen uns das nicht – daß wir Fremde sind. Sie versuchen immer, ein nettes Gesicht zu machen."

Am Band, da sind wir alle gleich"

Über 4 Millionen ausländische Arbeiter (einschließlich Familienangehörige) leben in der Bundesrepublik und in Westberlin. Sie haben ihre Heimat verlassen, weil sie hier mehr Geld verdienen können, schneller als zu Hause.

Cemil, Spritzlackierer, 19 Jahre, erklärt: „Was man hier an einem Tag verdient, damit würde ich in der Türkei eine Woche auskommen. Hier ist aber auch mehr Streß und Hektik." Besondere Aufmerksamkeit erhalten die soziale Absicherung und die straff geführten Arbeitsvorschriften. Cemil: „Hier hat man Vorschriften: Gewerbeaufsichtsamt, Gewerkschaften, Arbeitszeiten. Wenn man krank wird, braucht man nicht hungern, und das ist alles besser als bei uns. Hier in Deutschland sind besonders die Gewerkschaften straff organisiert. Die können was erreichen . . . !"

Roberto, ein 20jähriger Portugiese, berichtet: „Ich hab bis jetzt in einer Brotfirma gearbeitet, drei Jahre schon. Jetzt auf einmal macht die Firma pleite. In der Gewerkschaft ist keiner. Und da sitzen wir auf der Straße. Für die Deutschen gibt es ja wieder Arbeit – aber wir Ausländer stehen auf der Straße."

Vorurteile, das ist etwas Gegenseitiges. Sehr schnell sind Gastarbeiterjugendliche bereit, die Deutschen als Sündenböcke hinzustellen. Andererseits reden Einheimische in Stammtischgesprächen immer wieder von der Arbeitshetze und den angeblichen Vorreitern dieser Hetze, den Ausländern. Cetin, Fließbandarbeiter, 19 Jahre, meint beispielsweise: „Ich versteh mich gut mit meinen deutschen Kollegen. Die helfen manchmal auch, wenn ich nicht richtig weiß. Aber wenn ein Fehler gemacht worden ist, dann sind wir das immer. Die sagen dann: Die Kanaken waren das. Und das stimmt nicht. Die Deutschen können das gut, immer den anderen Schuld geben."

Erdogan, 22 Jahre, erklärt: „Am Band, da sind wir alle gleich, Deutsche und Ausländer. Aber bei uns gibt es ja Hallen, da arbeiten nur Türken und Italiener. Vorarbeiter sind Deutsche und die Meister auch. Mandchmal sind sie ganz nett zu uns immer dann wenn wir arbeiten. Aber wenn mal einer krank ist, dann wird es schon anders. Wir müssen schon bitten und betteln, um unser Recht zu bekommen, daß, wenn wir krank sind, das auch anerkannt wird. Die schicken uns noch oft zum Sanitäter, und der muß dann entscheiden, ob wir arbeiten müssen oder nicht. Meistens sind die Meister mißtrauisch, die meinen oft, daß wir uns drücken wollen vor der Arbeit."

Cemil berichtet: „Junge Leute sehen uns als Kollegen viel selbstverständlicher als ältere Kollegen. Wir waren schon zusammen in der Schule, und im Beruf geht das so weiter. Die älteren sind nicht so dafür, daß Ausländer zusammen mit Deutschen sind."

Mahir, 20 Jahre, Bandarbeiter, meint dazu: „Wenn was verkehrt gemacht wird im Betrieb, dann sind wir immer schuld. Das ist eine Wut, die die haben! Vielleicht haben sie einen auf den Deckel bekommen und wollen die Wut an uns auslassen."

Kadri hat ein Gedicht geschrieben. Vor seiner Arbeit bei der Bundespost stand er am Fließband: „Wir sind die Gastarbeiter. Aber Gäste sind wir nicht. Wir sind Dreckarbeiter, damit wir die dreckigsten sind. Und das zeigt ihr uns immer wieder. Wir sind keine Gastarbeiter. Wir sind Dreckarbeiter . . ."

„In Deutschland kann man nicht wohnen"

Mehmet sagt: „Wir wohnen in einem Haus, da wohnen mehr Türken als Deutsche. Die sagen (die Deutschen), daß wir mehr Krach machen, weil wir viele Kinder haben. Aber das sagen die nur. Jetzt hatten wir einen Feiertag (Seker barami – islamisches Zuckerfest, wird gefeiert wie Weihnachten), und da haben wir abends gesungen und Hammel gebraten. Das paßte wohl den Deutschen nicht. Da haben sie die Polizei gerufen, als es abends spät war. Wir sagen ja auch nichts, wenn die Karneval feiern. Aber wir haben andere Feiertage."

Türkan, 18 Jahre und arbeitslos, findet: „Nach deren Meinung (der der Deutschen) sollen wir immer still sein. Manchmal möchte ich Musik machen (ich spiele Geige) oder mich mit Freunden treffen, am Leben Spaß haben.

Das ist in diesen Wohnungen gar nicht möglich. Die Deutschen meinen immer, wir würden nur Krach machen. Die wissen gar nichts von uns. Auch nicht von unserer Kultur. Die haben mal ein paar Filme gesehen im Fernsehen und glauben zu wissen, wie wir leben. Die wollen, daß wir so leben wie sie. Aber das geht nicht."

Und Cemil berichtet: „Wir wohnen mit Deutschen im Haus. Wenn wir im Flur sind, gibt es Deutsche, die sagen, wir sollten den Dreck wegmachen. Dabei haben wir keinen Dreck gemacht. Und wenn ein Briefkasten kaputt ist, dann waren wir das natürlich. Wenn ich einen Deutschen treffe im Aufzug und ich grüße den, dann sagt der nichts. Aber wenn ich nichts sage, sagt der, ich soll ihn doch grüßen. Was man macht, macht man verkehrt. Die Deutschen meinen immer, daß wir alles verkehrt machen. Dabei machen die es sich sehr einfach."

Ünal, 15 Jahre, Schüler, hat ein Gedicht geschrieben: „Das Haus, wo ich wohne, hat fünf Etagen. An den Schellen stehen keine Namen, die Deutschen sind weg. Das Haus, wo ich wohne, hat ein Treppenhaus. Die Treppe wackelt, und die Lampen sind kaputt. Überall wohnen Türken und der Hausmeister sagt, wir hätten alles kaputt gemacht. Aber das stimmt nicht. Es wird nichts repariert. ‚Für Türken reicht das!' sagt der Hausmeister."

„Ich würde erzählen . . ."

„Wenn ich in meine Heimat zurückkehren würde, da würde ich Deutschland anders beschreiben, als ich es damals gehört habe. Ich würde ehrlicher sein zu meinen Landsleuten." Mehmet, der das sagt, ist ein bewußt denkender Ausländer der zweiten Generation. Das andere Klima hier hat ihm damals einen großen Schock versetzt. Er machte deutlich, daß die Sonne in der Türkei anders scheint, intensiver und die Luft klarer ist. „Die Industrie ist daran schuld!" meint er.

„Wenn ich in die Türkei fahren würde, dann sage ich zu meinen Landsleuten: „Die Deutschen sind nicht freundlich. Sie denken nur in Sachen. Es leben viele Menschen in Deutschland. Ich würde erzählen von den vielen Sachen, die man in Deutschland kaufen kann, aber auch davon, was man dafür bezahlen muß. Ich würde erzählen von der Wirtschaftsstruktur und der Bürokratie. Ich würde erzählen, daß ich wirkliche Freunde gefunden habe, die mir zuhören und die mir weiterhelfen, würde sagen, daß es die fortschrittlichen Menschen sind, die denken können und die helfen können. Ich würde versuchen, Unternehmer zu beschreiben, wie sie die Arbeiter ausnutzen. Ich würde von der fremden Religion erzählen und der Scheinheiligkeit der Deutschen. Und ich würde erzählen, wie wir Ausländer behandelt werden: als Menschen zweiter Klasse. Ich würde von meinen Freunden erzählen, von meinen Kollegen in der Gewerkschaft. Und ich würde von denen erzählen, die mich rumstoßen möchten und die mir im Supermarkt nachgucken, daß ich ja nichts klaue. Deutschland ist ein großes Land, würde ich sagen. Die Menschen leben trotzdem eng aufeinander und sind sich Feinde. Jeder denkt

da nur an sich, und der andere ist immer der Schlechtere. Selber ist man immer gut und weiß alles. Und da die Deutschen die Ausländer haben, darum wissen sie alles besser. Aber ich würde auch von Deutschland sagen, daß es Gesetze gibt, die meistens zutreffen. Daß man da nicht alle bestechen kann und daß das gut ist. Deutschland ist ein schönes Land, wenn ich meine Freunde sehe. Im Arbeiterverein fühle ich mich wohl, und da kann ich mit allen Sorgen hinkommen. Deutschland ist ein schönes Land, aber auch ein Land mit zwei Zungen. Ein Paradies ist Deutschland nicht. Deutschland ist wie eine Schlange mit gespaltener Zunge."

Ismail würde von anderen Dingen reden: „Ich würde das mit den Vorurteilen beschreiben. Das ist das größte Problem. Weil man bei uns zu Hause gastfreundlich ist, können die das wohl nicht verstehen. Aber ich würde sagen, wie das so geht, wenn man einfach angesprochen wird und für alles Schuld hat. Von den deutschen Mädchen kann ich sagen, daß sie nichts von uns Türken wissen wollen. Aber daß sie hübsch sind, werde ich auch sagen."

Den Schluß dieses kurzen Berichtes soll ein treffendes Deutschlandbild bilden, das Mustapha el Hajaj sicher auch seinen Freunden im Heimatland vermitteln würde. Sicher möchte man eine Reihe von Korrekturen anbringen, wenn man diese Zusammenstellung liest. Aus langjähriger Erfahrung in der Jugendarbeit weiß ich allerdings, daß sich dieses Deutschlandbild bei jugendlichen Ausländern eingeprägt hat. Es wird hin und wieder verändert. Im Wahlkampf zum Beispiel. Wenn in Fensehsesseln Vorurteile bestätigt werden. Und dann, wenn die Asylantenfrage zur Folge hat, daß ausländische Arbeiter eine Gruppe unter sich finden, auf die sie herabsehen können, anstatt sich mit ihnen zu verbünden. Das Deutschlandbild ist korrigierbar. Man findet sicher viele zufriedene Ausländer, die es vorziehen, hier im Lande als Menschen zweiter Klasse dennoch besser leben zu können als im Heimatland.

Deutschland ist ein reiches Land. Dennoch behauptet Mustapha: „Die Deutschen sind arme Menschen. Die Deutschen! Das Seltsamste an Deutschland ist, daß hier Männer Kinderwagen schieben, daß Radios so billig und Teppiche so teuer sind und das dauernd Kirchenglocken bimmeln. Ich dachte zu Anfang, in Deutschland würden den Leuten Hunde geboren anstelle von Kindern. Denn sie haben viele Hunde und tragen sie auf dem Arm. Hunde und Katzen leben wie Könige in Deutschland. In Deutschland gibt es Leute, die haben Geld und sehen trotzdem traurig auf die Erde. Sollen sie den Kummer doch denen überlassen, die kein Geld haben. Die Deutschen sind pünktlich wie die Eisenbahn. Das kommt daher, daß sie nur ein Gleis kennen, nie vom Wege abgehen, kein Unkraut, keine Blumen in den Seitenwegen pfücken. Sie fahren immer geradeaus, sind pünktlich wie die Eisenbahn und nehmen nichts wahr." *)

*) Aus: Vom Affen, der ein Visum suchte, Wuppertal 1980.

„Redemokratisierung" in Brasilien (II) *

Fortsetzung der Diktatur mit anderen Mitteln?

Von Josef Schmitz

Einer der Gründe für die Unterstützung, die die Vereinigten Staaten den „Redemokratisierungs"-Bestrebungen gewähren, kann so zusammengefaßt werden: Schwächere Zivilregierungen in diesen Ländern müßten die teilweise chauvinistischen Pläne von Teilen des Militärs und der Großbourgeoisie viel eher reduzieren oder ganz aufgeben. Von daher kam der US-Administration unter Carter die aus unmittelbaren ökonomischen Interessen resultierende Opposition von Teilen der Nationalbourgeoisie gegen die Militärs gerade recht. Dabei hat diese Gruppe von Unternehmern inzwischen mehr Angst vor dem Ruin aufgrund der selbst in der Krise ungebrochenen Bevorzugung des ausländischen Kapitals durch das Regime[59]) als vor den Forderungen der sich neu formierenden Gewerkschaften. Deren Forderungen nach Reallohnerhöhungen und Beschneidung des Einflusses der Multis würden nämlich auch den einheimischen Produzenten von einfachen Konsumgütern und Produktionsmitteln nützen – nur so konnte es zu der scheinbar paradoxen Situation kommen, daß ein Teil der Bourgeoisie die schrittweise Ersetzung des Systems der staatlichen Lohndiktate durch autonome Tarifverhandlungen fordert oder – weniger offen – begünstigt.

Da die Wirtschaftspolitik nicht ausreichend nach ihren Wünschen umorientiert wurde, schlug die Kritik der „Unternehmeropposition" im Laufe der letzten Jahre um in politische Forderungen nach dem Aufbau eines parlamentarischen Systems. Solange das Regime gleichzeitig politische (Friedhofs-)Ruhe und hohe Wachstumsraten garantieren konnte, war seine Legitimation gegeben, auch ohne daß das nationale Kapital institutionell abgesichert direkten Einfluß auf die Regierungspolitik gehabt hätte. In der Krise wird nun aber eben diese Forderung gestellt, die an der Oberfläche der politisch-sozialen Konflikte als ein vielschichtiger Kampf um die konkrete Form der „Redemokratisierung" erscheint.

Ein erstes Resultat der Querelen innerhalb der herrschenden Klasse war die Ablösung des „Falken" Garrastazú Médici durch die „Taube" Geisel im März 1974, dessen Regime – analog zu den ökonomischen Maßnahmen – auch in bezug auf die „Öffnung" eine prekäre Schaukelpolitik betrieb. Diese Taktik reflektierte das Problem, wie einerseits einige Ventile geöffnet, andererseits aber verhindert werden konnte, daß die in die neuen Freiräume vorstoßende Volksbewegung außer Kontrolle geriet und womöglich – wie etwa im Iran – „der Topf explodierte".

*) Vgl. Heft 8/1980, S. 971-981.

59) Wie hart die Käpfe zwischen den Kapitalfraktionen ausgefochten werden, geht z. B. aus den Strangulierungsversuchen des „Elektro-Kartells" gegenüber einheimischen Unternehmen hervor; vgl. „Der Spiegel", 48/1974; dazu auch: LN, Nr. 77 (Dezember 1979) S. 13 ff.

Der ganze Prozeß begann dabei, rückblickend betrachtet, mit einer kräftigen Selbstüberschätzung des Regimes, als vor den Wahlen vom November 1974 dem MDB, das sich inzwischen von einer servilen Scheinopposition zum Sammelbecken der Unzufriedenheit vieler Sektoren gewandelt hatte, erstmals annähernd gleiche Chancen im Wahlkampf gewährt wurden. Das Resultat war für die ARENA so katastrophal[60]), daß die überraschte und darüber hinaus mit wirtschaftlichem Krisenmanagement vollauf beschäftigte Regierung Geisel die Notbremse zog und die „Öffnung" abrupt stoppte. Ziel des sich über zwei Jahre erstreckenden vorläufigen Rückzugs, der vielen schon als endgültiger Abbruch des Experiments einer Lockerung erschien[61]), war es nun, über juristische und administrative Maßnahmen die Möglichkeit einer Wiederholung des Debakels vom November 1974 langfristig auszuschließen.

Der Widerstand der „linha dura" („harte Linie") im Militär führte überdies zu einem neuen Anstieg der Repression[62]), und rechtzeitig vor den Gemeindewahlen im November 1976 wurde das nach dem damaligen Justizminister benannte „Lei Falcão" erlassen; ein Gesetz, das der Opposition erneut die Benutzung der Massenmedien Funk und Fernsehen im Wahlkampf fast unmöglich machte. Als das MDB dennoch in 10 bis 15 größten Städte die Mehrzahl der Mandate erringen konnte[63]), erfolgte von seiten des Regimes ein Rückgriff auf die Praxis der unverhüllten Willkürherrschaft früherer Jahre: Mit Hilfe der Ausnahmegesetzgebung wurde der sich gegen weitere restriktive Maßnahmen sträubende Kongreß vom 1. bis zum 15. April 1977 kurzerhand in die Zwangsferien geschickt, und das Regime dekretierte das sogenannte „April-Paket"[64]).

Um die Opposition auf Dauer in die Statistenrolle des „siegenden Verlierers" zu drängen, wurde mit dieser „Justizreform" das Wahlrecht massiv zugunsten der Regierungspartei manipuliert, die für Verfassungsänderungen nötige Stimmenzahl auf die absolute Mehrheit im Kongreß reduziert und – zur Verhinderung größerer Auswirkungen der kommunalen und regionalen Wahlerfolge der Opposition – die Bestimmung der Gouverneure der Einzelstaaten sowie der Hälfte der Senatoren durch die Einführung von Wahlmännersystemen so organisiert, daß letzlich der Präsident die personellen Entscheidungen fällen kann.

Die Empörung über das eigenmächtige Vorgehen des Regimes reichte bis weit in die Unternehmerherrschaft hinein[65]), und dieser Unmut steigerte sich noch ganz erheblich, als Geisel im Januar 1978 weitgehend eigenmächtig den General João Baptista Figuereido zu seinem Nachfolger bestimmte. Dabei wurde nicht nur die militärische Hierarchie verletzt[66]); auch die Regie-

60) Das MDB konnte 16 der 22 neu zu wählenden Senatoren-Mandate gewinnen.
61) Solche Vermutungen tauchten auch bei allen späteren „Stop-Phasen" der Politik Geisels immer wieder auf; siehe etwa „Der Tagesspiegel" v. 1. 11. 1975 etc.
62) Vgl. etwa NZZ v. 18. 11. 1975 sowie v. 22. 4. und 7. 10. des Jahres.
63) CN Nr. 42 (Oktober 1976), S. 71 ff.; NZZ v. 26. 11. 1976.
64) CN, Nr. 49 (April 1977), S. 51 ff.
65) CN, Nr. 46 (März 1977) S. 54 ff.
66) Vgl. *„Prisma Latinoamericano"*, No. 5/1978, S. 4; Figuereido stand Anfang 1979, als die Entscheidung fiel, erst an 17. Stelle in der Hierarchie der dienstältesten Generäle.

rungspartei wurde übergangen und Geisels Versuch, um jeden Preis die Kontinuität seiner Politik zu sichern, trug ihm den heftigen Widerstand sowohl der äußersten Rechten wie auch der liberalen Teile der ARENA ein.

Die internen Machtkämpfe gipfelten zum einen – noch im Vorfeld der Nachfolge-Entscheidung – in der Absetzung des reaktionären Heeresministers General Frota im Oktober 1977[67]), zum anderen in der wachsenden Dissidenz bekannter ARENA-Politiker, von denen einige sogar im Juni 1978 zusammen mit dem MDB eine „Redemokratisierungsfront"[68]) bildeten. Ziel war das Unterlaufen der Kandidatur Figuereidos, nachdem die ARENA im April schließlich doch dessen Nominierung gebilligt hatte. Der General und Ex-ARENA-Politiker Euler Bentes wurde zum Kandidaten der „Redemokratisierungsfront" bestimmt, unterlag aber am 15. Oktober 1978 schließlich doch, als das Wahlmännerkollegium zur Bestimmung der Präsidentschaftsnachfolge zusammentrat. Die Schärfe der Auseinandersetzungen im Regierungslager wurde auch an der harten, mit Korruptionsvorwürfen verbundenen Kritik eines anderen dissidenten Generals, Abreu, überdeutlich[69]).

Die „Redemokratisierungsfront" war allerdings letzlich nur ein sehr labiles Zweckbündnis zwischen dem ohnehin sehr heterogenen MDB und einigen „linken" und rechten Opponenten Geisels im Militär. Es war eigentlich schon vor der Niederlage von Bentes gescheitert; Frontenbildung und wechselseitiges Mißtrauen waren vorherrschend. Allerdings trug die offene Opposition bekannter Generale zur Unruhe in der Armee bei, wobei sich freilich Spekulationen über eine „portugiesische" Bewegung der mittleren Ränge[70]) nicht bewahrheiten bzw. deren Ansätze sofort unterdrückt wurden. Der Erfolg der Mitte-Rechts-Gruppierung um Geisel und Golbery[71]) in der Nachfolge-Frage war, rückblickend gesehen, der entscheidende Auslöser für die Wiederaufnahme der vorsichtigen Öffnung des Systems.

Schon im Juni 1978 folgte – ebenfalls wieder in „Paketform" – eine Kongreßvorlage, die das bis dahin weitreichendste Maßnahmenbündel zur Lockerung beinhaltete. Wie vom Regime vorgesehen, wurde sie im September tatsächlich angenommen und trat am 1. Januar 1979 in Kraft. Im Einzelnen umfaßte das „Juni-Paket" folgende Bestimmungen: Aufhebung der berüchtigten „Institutionellen Akte Nr. 5"; Anwendung der „Habeas-Corpus-Akte" auch auf politische Häftlinge; Abschaffung von Todesstrafe, lebenslanger Haft und Verbannung; Aufhebung des Verbots der politischen Betätigung von Studentenverbänden. Darüber hinaus wurde festgelegt, daß in Zukunft der Präsident des Landes nicht mehr allein von Militär und Exekutive eingesetzt werden kann, daß der Präsident nicht mehr eigenmächtig den Kongreß auflösen darf und die Aberkennung der politischen Rechte von

67) *NZZ* v. 15. 10. 1977; die Absetzung Frotas war verbunden mit größeren Umbesetzungen im Militärkommando.
68) Dazu: LN. Nr. 62 (Juli 1978), S. 48 ff.
69) *NZZ* v. 5. Oktober 1978; die in ungewöhnlich scharfer Form vorgebrachte Kritik mündete für Abreu – ein Novum seit 1964 – nach der Verurteilung in einem Disziplinarverfahren – in eine kurze Haftstrafe.
70) Vgl. *CN*, Nr. 50 (Juli 1977), S. 52-56.
71) Siehe Anmerkung 13.

Abgeordneten nunmehr den Gerichten obliegt. Schließlich wurde die Bildung von Parteien (mit Ausnahme der Kommunisten) prinzipiell gestattet, aber an komplizierte Verfahrensregeln gebunden.

Dieser beeindruckende Maßnahmekatalog wurde allerdings gleichzeitig durch eine Unzahl von „Sicherungen" fast neutralisiert[72]): Der Einbau umfassender Notstandsparagraphen in die Verfassung, verbunden mit einem harten Staatssicherheitsgesetz, verwandelte die bisher allein über die Gewalt der Exekutive „legitimierten" Ausnahmedekrete in positives Recht. Außerdem wurde die reaktionäre Gewerkschaftsgesetzgebung beibehalten und zur Zensur nicht Definitives gesagt (obwohl zumindest die Presse schon seit Anfang 1978 kaum noch gegängelt wird). Die Folge ist, daß sich das Regime über manipulierte Mehrheiten jederzeit die alten Vollmachten geben lassen kann – für die Opposition ein permanentes Damoklesschwert und Grund genug, die nicht exakt definierten, aber allen Beteiligten bekannten Grenzen des „Spiels"[73]) möglichst nicht zu überschreiten. Geschieht dies doch, stellen sich regelmäßig kaum verhüllte Drohungen von seiten der Regierung oder des Militärs ein[74]). Bei den Wahlen vom November 1978 konnte das Regime übrigens erstmals die Früchte des „April-Pakets" genießen: Das MDB erhielt zwar 43 % aller Stimmen (für das Abgeordnetenhaus), die ARENA nur 39 % – bei der Zahl der Mandate aber war es genau umgekehrt: 189 gegenüber 231 für die Regierungspartei[75]). Nicht verhindern konnte die Diktatur allerdings die Aufwertung der Linken innerhalb des MDB.

Begleitet waren alle diese Manöver des Regimes von einer zunehmenden Opposition an der Basis der Gesellschaft. Zunächst traten die Komitees der „Lebenshaltungskosten" und der „Menschenrechtsbewegung" immer offener auf; ab Anfang 1977 nahm auch der Widerstand von studentischer Seite zu[76]). Mitte 1977 deutete sich schließlich auch – ziemlich überraschend ein Wiedererstarken der Gewerkschaftsbewegung an, nachdem Manipulationen der Regierung an der für die Lohnpolitik wichtigen Indizes der Lebenshaltungskosten publik geworden waren[77]). „Nachschlagforderungen" waren die Folge und Mitte Mai 1978 kam es schließlich zu den ersten großen Streiks seit 1968, beginnend mit einem spontanen Ausstand von Metallarbeitern der Automobilindustrie São Paulos[78]). Gemäß seinem „Entspannungskurs" griff das Regime nicht mit allen Mitteln durch, und nach längeren Auseinandersetzungen kam es erstmals zu Direktverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Seither haben die Arbeitskämpfe ständig zugenommen und obwohl das Regime ganz bewußt die Gewerkschaften durch ein ständiges, nur schwer kalkulierbares Wechselbad von Duldung und Repression zu verunsichern trachtet, wurde viel erreicht.

72) *„Prisma Latinoamericano"*, No. 9/1978, S. 9/10, auch: *LAB* 3, S. 232/233.

73) Figuereido selbst hat einmal die „Redemokratisierung" mit einem Fußballspiel verglichen, bei dem er Schiedsrichter sei. Falls sich die Beteiligten nicht korrekt betrügen (d. h.: die Opposition nicht stillhielten), werde er „den Ball nehmen und das Spielfeld verlassen" . . .

74) Vgl. dazu Anm. 92.

75) Siehe Anm. 3.

76) „Prisma del Meridiano 80", No. 60 (November 1977), S. 7/8, und CN, Nr. 49 (Juni 1977), S. 34 ff.

77) José Alvaro Moisés, „Problemas actuales del movimiento obrero en Brasil", in: „Nueva Sociedad", No. 43 (Juli/August 1979), S. 5-25, hier S. 5/6.

78) Ebd.; auch: LN, Nr. 60 (Juni 1978), S. 38 ff.

Im August 1978 folgten Ausstände der Lehrer, Ärzte und Bankangestellten – hier wurde erstmals die Bedeutung des neuen Staatssicherheitsgesetzes konkret spürbar. Die Administration deklarierte die Banken (theoretisch ist dies mit jeder Branche möglich) zu Objekten der nationalen Sicherheit – mit der Folge, daß absolutes Streikverbot herrscht und Zuwiderhandlungen als Subversion geahndet werden können[79]). Dennoch riß die Kette der Kampfmaßnahmen nicht mehr ab: Neue, diesmal schon koordinierte Streiks der Metallarbeiter São Paulos folgten in den Monaten Oktober/November, und im März 1979 führte ein dritter Ausstand der Metaller dieser Region (mit über 200000 Beteiligten) fast gleichzeitig mit Figuereidos Amtseinführung und noch vor dem Besuch Helmut Schmidts in Brasilien [80]) zu einer Kraftprobe zwischen Regime und Arbeiterbewegung. Die neuen, basisorientierten Gewerkschaftsführer um Luis Inacio da Silva („Lula") wurden abgesetzt, aber dennoch ging der Ausstand weiter. Nach Vermittlung der Kirche wurde er schließlich unterbrochen und am 13. Mai 1979 mit der Annahme einer Lohnerhöhung von 63 % beendet. Vorher war der 1. Mai erstmals seit 1964 in Brasilien gefeiert worden[81]).

Im August 1979 griff die Streikbewegung auf den Bau- und Transportsektor von Belo Horizonte über, ein Arbeiter wurde getötet. Als schließlich im Herbst erneut 400000 Metallarbeiter im Ausstand waren, erschoß die (seit den März-Streiks wieder vermehrt eingesetzte) Militärpolizei am 29. Oktober den Gewerkschaftsführer von São Paulo, Santo Dias da Silva[82]). In den folgenden Tagen erlebte die Stadt schwere Unruhen, und nun war die Regierung in Figuereido nicht mehr zu Zugeständnissen bereit, obwohl die im Mai erkämpfte Lohnerhöhung nicht einmal die auf über 70 % gestiegene Inflation ausgleichen konnte. Hunderte von Gewerkschaftern wurden vorübergehend verhaftet, und schließlich dekretierte das Regime ein neues Lohngesetz, das zweimalige, weiterhin staatlich diktierte Anpassungen vorsieht und den Tarifverhandlungen nur einen einzigen Spielraum von 4–5 % der Erhöhungen überlassen soll.

Neben dem Kampf für höhere Bezüge, mehr Urlaub usw. ist die Überwindung der noch aus der populistischen Phase herrührenden Anbindung der Gewerkschaften an den Staat ein zentrales Anliegen der neuen Arbeiterbewegung. Die direkte Abhängigkeit vom Arbeitsministerium sowie der ausgeprägte „cúpulismo" (Dominanz der Gewerkschaftsspitze gegenüber der Basis)[83]) waren im übrigen seinerzeit eine der Ursachen für die weitgehende Unfähigkeit der Arbeiterbewegung, dem Militärputsch von 1964 entgegenzutreten. Ziel ist nun, wie schon auf vielen Gewerkschaftskongressen gefordert, die Aufwertung der Basiszellen und die Beendigung der Staatsaufsicht. Darüberhinaus wird für die Wiedererlangung des Rechts auf Gründung eines Dachverbandes sowie der Zahlung von Streikgeldern gestritten, und schließlich wollen die neuen, kämpferischen Gewerkschaften auch aktiv in die

79) Vgl. LAB 3, S. 236.
80) „Bohemia", No. 16/1979, S. 74; LN, Nr. 70 (April 1979) S. 47 ff.
81) NZZ v. 4. 5. 1979.
82) LN, Nr. 76 (November 1979) S. 60 ff.
83) Vgl. Moisés, „Problemas actuales del . . ."; s. auch Füchtner, Die brasilianischen . . ., S. 95 ff.

politische Entwicklung des Landes eingreifen, die seit Figuereidos Machtantritt vor allem durch zwei Faktoren gekennzeichnet ist: Den Erlaß eines relativ weitgehenden Amnestiegesetzes[84]) Ende Juni 1979 sowie die Zwangsauflösung des 1966 von der Militärdiktatur selbst geschaffenen Zweiparteien-Systems am 22. November des vergangenen Jahres[85]), verbunden mit Versuchen, dem neuen Regime ein populistisches, „Volksnähe" suggerierendes Image zu verschaffen.

Der Auflösung des Parteiensystems liegen zwei Motive zugrunde: Zum einen verspricht sich das Regime hiervon eine umfassende Schwächung der Opposition – deshalb auch der seltsam anmutende Widerstand des MDB gegen die von ihm selbst lange geforderten Abschaffung der parteipolitischen Zwangsjacke. Zum anderen geht die Administration Figuereido davon aus, daß die auch bei der alten Regierungspartei ARENA spürbaren Spaltungstendenzen[86]) nicht so tiefgreifend sein werden. Die bisherige Entwicklung hat dieses Kalkül weitgehend bestätigt: Die nun freigesetzten zentrifugalen Tendenzen im heterogenen MDB haben schon dazu geführt, daß die Linken[87]) ihren ursprünglichen, auch von der illegalen KP unterstützten Plan, die Bewegung zunächst einmal nur umzubenennen, aber als Einheit zu erhalten, nicht verwirklichen konnten.

Konkret sieht die neue Parteienstruktur, deren Aufbau allerdings nicht abgeschlossen ist, inzwischen etwa so aus[88]): Die ARENA nennt sich jetzt PSD (Partido Democratico Social) und verfügt über 222 von insgesamt 420 Abgeordneten und 37 von 67 Senatoren. Die neugegründete Partido Popular (PP) vereint ehemalige rechtsstehende MDB-Vertreter und einige ARENA-Dissidenten; bisher haben sich ihr 70 Abgeordnete und sechs Senatoren angeschlossen. Politisch ist die zur POS in „loyaler Opposition" stehende PP inzwischen vom neuen, demagogischen Verbalradikalismus der an der Abfassung eines „sozialdemokratischen" Programms arbeitender Regierungspartei schon „links" überholt worden(!)

Das MDB ist inzwischen in die PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro, 92 Abgeordnete, 18 Senatoren), die nach Abwanderung des rechten Flügels zur PP deutlicher linke Positionen beziehen dürfte, sowie zwei weitere Linksparteien zerfallen. Die eine davon ist die von der Sozialistischen Internationale unterstützte Partido Trabalhista Brasileiro (27 Abgeordnete, 1 Senator), eine Neuauflage des varguistischen PTB unter Führung des früheren Gouverneurs von Rio Grande do Sul, Leonel Brizola. Die andere nennt sich PT (Partido dos Trabalhadores, 5 Abgeordnete, 1 Senator) und ist – als vorwiegend von der neuen Gewerkschaftsbewegung getragene Gruppie-

84) „Bohemia", No. 29/79, S. 74; auch NZZ v. 12. 7. 1979; das Amnestie-Gesetz wurde schließlich im August vom Kongreß angenommen; vgl. „Die Neue" v. 30. 8. 1979, auch NZZ v. 12. 9. 1979.

85) „Granma" (Resumen Semanal), 49/1979, S. 10; „Bohemia", 49/1979, S. 77, LN, Nr. 76 (November 1979), S. 53 ff.

86) Etwa: Granma (Resumen Semanal), 39-40/1979, S. 11.

87) Die sogenannten „auténticos".

88) Siehe etwa die Übersicht in NZZ v. 24./25. 2. 1980; zu den Planungen auch: LN, Nr. 75 (Oktober 1979, S. 36-38), Nr. 76 (November 1979, S. 53-59), Nr. 78 (Januar 1980, S. 18-21), schematische Darstellungen des „Parteien-Karussells" in Nr. 76 und 78.

rung – konkreter Ausdruck des tiefen Mißtrauens der brasilianischen Arbeiterbewegung gegenüber allen populistischen, vorwiegend von den Mittelschichten beherrschten Parteien und Bewegungen[89]). Andererseits stellen sowohl die PTB als auch die PT in der jetzigen Situation eine wenig nützlich Spaltung des oppositionellen Blocks dar – während auf der anderen Seite PSD und PP über eine komfortable Mehrheit in beiden Häusern verfügen. Und wenn die verbale „Sozialdemokratisierung" der PDS auch nur ein wenig Resonanz haben sollte, wird sich – angesichts der manipulierten Wahlgesetze – diese Mehrheit auch halten lassen.

Was den im Parteiengesetz festgelegten Gründungs- und Organisationsmodus betrifft, wird eindeutig der Parteienaufbau von oben nach unten bevorzugt. Voraussetzung für die Zulassung zu Wahlen ist vor allem der Nachweis, daß mindestens 10 % der Mandatsträger in beiden Häusern der betreffenden Partei angehören. Ist dies nicht der Fall – wie etwa bei PTB und PT –, so ist ein kompliziertes Zulassungsverfahren vorgeschrieben (Bildung von Parteikommissionen in mindestens einem Fünftel aller Gemeinden von mindestens neun Bundesstaaten). Damit werden Neugründungen, die nicht die alten Parteien als hauptsächliche Basis haben, massiv behindert.

Perspektiven

Bis heute ist es kaum möglich, fundierte Prognosen darüber anzustellen, zu welchen Ergebnissen der 1974 in Brasilien begonnene Prozeß einer „Redemokratisierung von oben", der 1979 nach vielen Widersprüchen einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, letztendlich führen wird. Was die Einschätzung des bisherigen Verlaufs betrifft, ist seine Kennzeichnung als das „Gegenteil" von Demokratisierung[90]) wohl genauso überzogen wie die manchmal geäußerte Vermutung, die graduelle Lockerung diene der Militärdiktatur nur dazu, den aus ökonomischen Gründen opponierenden Teilen der nationalen Bourgeoisie die politische Unmöglichkeit einer Demokratisierung vor Augen zu führen.

Richtig ist dabei natürlich, daß der Prozeß der „Entspannung" (distensão) die langfristige Systemstabilisierung gewährleisten soll und so das Ziel hat, „ . . . , die Mechanismen der Herrschaft weniger sichtbar und damit unangreifbar zu machen"[91]). Dennoch sind die Hinnahme der in diesem Umfang sicher nicht „eingeplanten Streiks, die relativ weitgehende Amnestie und die rasche Neuformierung von Gewerkschaften und Parteien usw. durchaus als Fortschritte in Richtung auf eine Öffnung anzusehen – auch wenn das Regime ursprünglich gar nicht so rasch so weit gehen wollte.

Angesichts der erheblichen Eigendynamik, die dieser Prozeß durch den Druck von unten erreicht hat, und deren Kontrolle aufgrund der überraschend tiefen Zerwürfnisse im Regierungslager zeitweilig erschwert wurde, steckt das Regime Figuereidos nun vor allem die in seiner Sicht äußersten

89) Dazu die deutsche Übersetzung des „Manifestes" der PT in LN, Nr. 79 (März 1980) S. 11 ff.
90) LAB 3, S. 232.
91) A.a.O.

Grenzen ab, deren Überschreitung es in keinem Fall zulassen will. In diesem Zusammenhang wäre es allerdings sehr verhängnisvoll, sich bezüglich der immer noch vorhandenen Möglichkeiten der Diktatur Illusionen zu machen:

Der heute in Brasilien stattfindende Prozeß ist trotz einer Reihe von Parallelen kaum mit der in dem letzten Jahren erfolgten „Redemokratisierung" in Spanien, Portugal und Griechenland zu vergleichen. Die rasche Installierung eines Systems, das trotz einiger „Schönheitsfehler" in etwa als bürgerlich-parlamentarische Demokratie bezeichnet werden könnte, wird aufgrund der immensen sozialen Spannungen im größten Land Lateinamerikas nicht erfolgen. Die Einberufung einer Konstituante wird ebensowenig erlaubt werden wie die Rücknahme der für die Opposition diskriminierenden, bis zur Karikatur entstellten Wahlgesetze. Dabei geht die Regierung wohl nicht zu Unrecht davon aus, daß eine revolutionäre Entwicklung aufgrund der organisatorischen und ideologischen Spaltung und der Nachwirkungen des Terrors wenig wahrscheinlich ist und die Führer von Parteien und Gewerkschaften im Zweifelsfalle im Bewußtsein ihrer relativen Schwäche entsprechend diszipliniert auf ihre jeweilige Basis einwirken und das kleinere Übel der begrenzten „Öffnung" wählen werden.

Sollte sich diese Strategie der latenten Drohung (wobei das Regime die Gewerkschaften ganz offensichtlich als größere Gefahr ansieht als die Parteien) und des „Teile und herrsche" dennoch als Fehlschlag erweisen, ist der Rückfall in die Praxis brutaler Unterdrückung schon angekündigt[92]). Tatsächlich erscheint es angesichts der wachsenden sozialen Probleme (Anstieg der Arbeitslosigkeit, weiterer Zustrom der ländlichen Bevölkerung in die Slums der Städte, galoppierende Inflation etc.), die durch die Wirtschaftspolitik der letzten Monate noch verschärft werden dürften, wenig wahrscheinlich, daß die Integration der verelendeten Bevölkerungsmehrheit in das System erfolgreich verlaufen könnte.

Nach den Rücktritten von Planungsminister Simonsen Mitte August 1979 und des Finanzministers Rischbieter im Januar 1980[93]), durch die der „Marktwirtschaftsfanatiker" Delfim Netto (der „Vater des brasilianischen Wirtschaftswunders") zum Superminister aufgestiegen ist, steuert das Kabinett Figuereido einen Kurs des wirtschaftlichen Laisser-faire. Umfassende Liberalisierung des Außenhandels (verbunden mit dem schrittweisen Abbau der Exportsubventionen – ein Zugeständnis an die langjährigen Forderungen der OECD-Staaten bei den GATT-Verhandlungen), Erweiterung der Aktionsmöglichkeiten der Multis, Abwertung des Cruzeiro um 30 % und anderes mehr[94]) deuten darauf hin, daß Nettos Equipe analog zur früheren Politik

92) Die Kette dieser Drohgebärden des Regimes ist lang: Angefangen mit Geisels ultrakonservativer Rede im August 1975 (vgl. „Prisma del Meridiano 80"), No. 9 (September 1975), S. 11 über die „Begleitmusik" der Ultras zum „April-Paket", ständigen Warnungen von Militärs während anhaltender Widerstandsversuche der Studenten und Arbeiter (vgl. etwa die Äußerungen von General Alves Correia, in: „Granma (Resumen Semanal), No. 39-40/1979, S. 11) bis in die neueste Zeit hinein. Vgl. auch die scharfen Äußerungen des Chefs des SNI, General Octavio Medeiros; vgl. „Die Neue" v. 6. 10. 1979 etc.

93) NZZ v. 17. 8. 1979, „Die Neue" v. 21. 8. 1979 bzw. NZZ v. 22. 1. 1980.

94) Im Rahmen eines „Maßnahmenpaketes" vom Dezember 1979; vgl. „Bohmeia", No. 52/1979, S. 75/76; NZZ v. 11. 12. 1979.

versuchen will, durch verstärkte Heranziehung transnationalen Kapitals diesmal die Landwirtschaft und den Produktionsgüterbereich zu entwickeln. Parallel dazu wurden die Investitionspläne der Staatsunternehmen eingeschränkt[95]), nachdem schon früher Reprivatisierungspläne für eine ganze Reihe von Tochterunternehmen staatlicher Konzerne diskutiert worden waren[96]).

Mit dieser Politik werden aber einerseits Forderungen des nationalen Kapitals weitgehend negiert und zum anderen die Spielräume für gezielte Umverteilungsmaßnahmen wie Reallohnerhöhungen nicht gerade erweitert. Auch eine Dämpfung der Inflation, die 1979 auf 77,2 % anschwoll (1978: 40,8 %), ist hierdurch kaum zu erreichen – das „dirigistische" zweite Maßnahmenpaket vom Januar 1980[97]) kann darüber nicht hinwegtäuschen, da es vorwiegend Empfehlungscharakter hat. Zwar soll die zwischenzeitlich groteske Bevorzugung des Finanzkapitals[98]) in Zukunft wieder reduziert werden, doch ist dennoch kaum erkennbar, wie diese Wirtschaftspolitik mit dem neuen „Populismus" des Regimes in Einklang gebracht werden soll.

Angesichts dieser Trends wird vielmehr die Angst der Opposition vor einem Rückfall in den Terror wieder zur stärksten Trumpfkarte in der Hand Figuereidos werden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die in den 15 Jahren seit 1964 personell, technisch und organisatorisch perfektionierten Repressionsorgane trotz „Entspannung" voll intakt geblieben sind[99]).

Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, und zudem kann als sicher gelten daß sich die Armee bei jeder denkbaren Variante der Rückkehr zu einer Zivilregierung (etwa nach Ablauf der Regierungszeit Figuereidos im März 1985) analog zur Festschreibung der Ausnahmegesetzgebung im Notstandsrecht eine entscheidende Rolle als „Schiedsrichter" und „Schutzinstitution der Nation" sichern wird.

Zu all diesen Faktoren im Innern kommt hinzu, daß sich auch die USA im Rahmen einer Wiederaufnahme alter Konfrontationsmuster darauf einzustellen scheinen, repressive Lösungen in ihrem „Hinterhof" erneut in Erwägung zu ziehen[100]). Damit würde dem brasilianischen Regime der Rücken frei gehalten, wobei angesichts der heute schon sehr hohen Mobilisierung der Bevölkerung eine noch viel radikalere Unterdrückung und Vernichtung der Opposition zu befürchten wäre. Dabei ist nicht daran zu zweifeln, daß die heute noch aus wirtschaftlichen Partialinteressen aufbegehrenden Fraktionen der Bourgeoisie ihre wiederentdeckte Liebe zum Parlamentarismus schnell begraben und – wie 1964 – dem Terror als einzigem Garanten des Systemerhalts erneut zustimmen würden.

95) Diese Maßnahmen setzten schon Ende 1978 ein; vgl. „Wirtschaftsbericht Lateinamerika . . .", Januar 1979, S. 14.

96) Dazu: „O Estado do São Paulo" v. 4. 2. 1979, S. 54, mit einer Aufzählung der in Frage kommenden Unternehmen.

97) NZZ v. 22. 1. 1980, S. 9.

98) LAB 3, S. 228/229, mit interessanten Beispielen.

99) Siehe „Prisma Latinoamericano", No. 5/1979, S. 6/7. Nach Schätzungen der Zeitung „Journal do Brasil" verfügt allein der Geheimdienst SNI über mehr als 100000 Informanten und Agenten darüberhinaus ist das Überwachungssystem mit US-Hilfe computerisiert worden. Dort findet sich auch ein Hinweis auf die fatale Tatsache, daß inzwischen vorwiegend extrem konservative Generäle in die höchsten Militärkommandos aufgerückt sind.

100) Vgl. dazu den Aufsatz „Redemokratisierung von Diktaturen in . . .", s. Anm. 2.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1980

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Ergebnisse des zweiten Vierteljahres 1980 sind bereits deutlich gekennzeichnet von den beginnenden konjunkturellen Abschwungstendenzen, die sich bis in den Herbst hinein fortgesetzt und teilweise verstärkt haben. Die erwartete neue zyklische Wirtschaftskrise hat also eingesetzt, wobei vorerst noch einiges dafür spricht, daß sie nicht so einschneidend sein wird wie die von 1974/75.

In saisonbereinigter Betrachtung nahm das Bruttosozialprodukt real gegenüber dem 1. Vierteljahr 1980 nicht mehr zu, gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit errechnet sich noch eine leichte Steigerung um 1,6%.

Tabelle 1

Reales Bruttosozialprodukt im 2. Vierteljahr 1980[1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*221,7*	*+ 1,6*
Privater Verbrauch	*123,2*	*+ 0,1*
Öffentlicher Verbrauch	*38,2*	*+ 1,8*
Anlageinvestitionen	*54,6*	*+ 2,4*
Export	*67,8*	*+ 7,2*

[1]) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 35/1980.

Überdurchschnittlich expandierten der Export und – in geringerem Maße – die Investitionstätigkeit. Allerdings haben sich die Investitionen etwas schwächer entwickelt als ursprünglich erwartet worden war. Das betrifft insbesondere die Bauinvestitionen.

Die industrielle Produktionstätigkeit geht – saisonbereinigt – seit März/April zurück. Zur Jahresmitte lag sie schon unter dem vergleichbaren Vorjahresstand, im Juli um 3,5%.

Tabelle 2

Nettoproduktion im verarbeitenden Gewerbe

	2. Vierteljahr 1980[1])	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Insgesamt	*123,2*	*0,0*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*125,4*	*– 2,7*
Investitionsgüter	*123,1*	*+ 1,7*
Verbrauchsgüter	*118,1*	*– 0,4*

[1]) Index 1970 = 100.
Quelle: ebd.

Der Rückgang der Produktion hat sich entsprechend auf die Kapazitätsauslastung ausgewirkt. Mit 83,2% war sie fast 3% niedriger als im 1. Vierteljahr und lag auch unter dem Vorjahresstand.

Die Gewinne der Unternehmer scheinen im 2. Vierteljahr nicht mehr so stark gestiegen zu sein wie im Quartal davor. Im 1. Vierteljahr machten sie einen kräftigen Sprung nach oben um 10,5%. Allerdings ist der für das zweite Quartal ausgewiesene Rückgang um 1,5% gegenüber dem Vorjahr die Folge statistischer Verzerrungen: wegen der Feiertage blieb die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hinter der der bezahlten zurück, so daß die Lohnkosten anstiegen und die Gewinne rechnerisch zurückblieben.

Tabelle 3

Einkommensverteilung im 2. Vierteljahr 1980[1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*365,2*	*+ 6,5*
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	*208,8*	*+ 8,1*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*72,3*	*– 1,5*

[1]) In jeweiligen Preisen.
Quelle: ebd.

In Rechnung zu stellen ist zudem die Tatsache, daß die Relation Gewinne-Löhne durch die Besteuerung gegenwärtig zugunsten der Gewinne beeinflußt wird. Dies wird deutlich bei einem Blick auf die Lohnentwicklung.

Tabelle 4

Löhne und Gehälter im 2. Vierteljahr 1980

	In Mrd. DM	*Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr*
Tariflöhne und -gehälter[1])	—	*+ 6,7*
Bruttolohn und -gehaltssumme	*165,5*	*+ 7,6*
Nettolohn und -gehaltssumme	*114,7*	*+ 5,1*
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten[2])	*5 212.—*	*+ 4,2*
Lebenshaltung[3])	—	*+ 5,9*
Reallöhne und -gehälter je Beschäftigten	—	*– 1,7*

[1]) Auf Monatsbasis.
[2]) In DM, aufs Vierteljahr bezogen.
[3]) Alle Haushalte.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank"; ebd.; eigene Berechnungen.

Die realen Arbeitsverdienste je Beschäftigten sind im 2. Vierteljahr zurückgegangen. Der Rückgang dürfte zwar durch den Einfluß statistischer Faktoren insbesondere bei der Inflationsratenberechnung (Basiseffekt) etwas überzeichnet sein, aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Löhne und Gehälter im ersten Halbjahr 1980 real um etwa ein Prozent unter denen des Vorjahres lagen.

Dadurch erklärt sich die schwache Entwicklung beim privaten Verbrauch. Die Einzelhandelsumsätze waren im zweiten Halbjahr 1980 sogar um 4,5% niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Der Auslöser des konjunkturellen Rückschlags ist eindeutig in der Konsumschwäche, also bei der schwachen Entwicklung der Arbeitsverdienste und der Sozialeinkommen zu suchen. Das Westberliner „Deutsche Innstitut für Wirtschaftsforschung" (DIW) räumt diesen Zusammenhang in Bezug auf die USA immerhin ein: „Obwohl sich die Unternehmen weiterhin in einer günstigen Gewinnlage befanden, führte dies aber keineswegs zu einer Investitionsbelebung, da sich die Absatzerwartungen verschlechterten." („DIW-Wochenbericht" 26/80). Diese auf die USA bezogene Diagnose trifft inzwischen auch für die Bundesrepublik zu.

Die Inflation hat sich in den letzten Monaten nicht weiter beschleunigt, nachdem der Index der Lebenshaltung im zweiten Vierteljahr 1980 auf eine Jahresvergleichsrate von 6% geklettert war.

Tabelle 5

Preisentwicklung im 2. Vierteljahr 1980

	2. Vierteljahr 1980 in % gegenüber 2. Vierteljahr 1979
Lebenshaltung[1])	*+ 5,9*
Industrielle Erzeugerpreise	*+ 8,0*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*+ 1,9*
Einfuhrpreise	*+ 18,6*

[1]) Alle Haushalte.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank".

Im Juli und im August lag die an der Lebenshaltung gemessene Inflationsrate bei 5,5%, wobei diese Entwicklung vor allem eine Folge des bereits erwähnten statistischen Basiseffekts ist. Eine gewisse Preisberuhigung zeichnet sich vor allem bei den Importpreisen ab, eine Folge der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten. Dort gehen die Preise in den letzten Monaten zurück, was stellenweise sogar die Rohölpreise betrifft.

Die Verteuerung des privaten Verbrauchs geht allerdings kaum vermindert weiter. Während sich die Entwicklung der Benzin- und Heizölpreise zunächst etwas beruhigt hat, ziehen nun die öffentlichen Energieunternehmen mit kräftigen Strom- und Gaspreiserhöhungen nach.

Die schon im ersten Vierteljahr 1980 sichtbar gewordene „Wende" auf dem Arbeitsmarkt hat sich im zweiten Vierteljahr und auch in den letzten Monaten deutlicher vollzogen.

Tabelle 6

Arbeitsmarkt im 2. Vierteljahr 1980

	In 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr*
Abhängig Beschäftigte	*22 009*	*+ 202*
Registrierte Arbeitslose	*791*	*− 13*
Kurzarbeiter	*30*	*− 3*
Offene Stellen	*348*	*+ 15*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank"; lfd.

Seit Juni liegen die offiziellen Arbeitslosenzahlen über den Vorjahresergebnissen, im Sommer sind sie – entgegen der saisonüblichen Tendenz – weiter angestiegen. Die Beschäftigtenzahlen haben sich zwar noch etwas erhöht, in saisonbereinigter Betrachtung sind sie gegenüber dem ersten Vierteljahr schon wieder etwas zurückgegangen.

Jörg Goldberg

Medienkritik

SCHRECKLICHER ANFALL VON MORALISCHER WERTNEUTRALITÄT

Alfred Biolek, dem netten Moderator der Unterhaltungssendung „Bios Bahnhof" vom WDR, verschlug's am 25. September fast den Atem, als einer seiner Showgäste plötzlich beim *Talk* vor dem *Song* den Namen Strauß zweimal erwähnte – in negativem Zusammenhang. Der heimtückische Überfall brachte „Bio" schwer in Bedrängnis, zumal ein anderer Gast, der vorher unberechenbarer schien, keine Schwierigkeiten gemacht hatte: Nina Hagen, machte lieb-unverbindlich einen auf Jesus oder so.

André Heller, der Überrumpler, äußerte eine Meinung, die der Fernsehmann möglicherweise gar nicht so abwegig fand. Aber er hatte gegen jene Fernsehregeln verstoßen, die in Wahlzeiten die Informations- und Meinungsfreiheit noch mehr zu beschneiden pflegen als sonst. Der erbitterte Kampf um die Sendeminuten-Ausgewogenheit, die Angst vor den Fettnäpfchen, die vor allem der Kandidat Strauß überall aufstellen ließ, hatten das Programm in den letzten Wochen zu einem nur Zyniker faszinierenden Versteck- und Rollenspiel werden lassen, zum Ausdruck eines Wahlkampfes, in dem es darum ging, das *Wahlvolk* um jeden Preis darüber im unklaren zu belassen, daß die SPD/FDP-Koalition überzeugender die Politik anzupreisen in der Lage ist, die die CSU/CDU solange nicht hingekriegt hätte, als Strauß ihr Führer gewesen wäre.

So war die *Schlammschlacht* unvermeidlich, die alle, die sie schlugen, so bedauert haben; so bezogen sich die Argumente der kandidierenden Parteien vorwiegend auf vermeintliche oder tatsächliche Charakterfehler des jeweiligen Gegenkandidaten. Kohl: „Ich muß Ihnen sagen, dafür schäme ich mich, Herr Bundeskanzler Helmut Schmidt, dafür schäme ich mich!" – Schmidt: „Daß Sie sich schämen, meinetwegen, wäre das erste Mal, Herr Kohl, Sie sollten sich Ihrer selbst wegen schämen!" Die Moderatoren der großen Vierer-Runde am Abend des 2. Oktober in beiden Kanälen, die den Wahlkampf, von ein paar nachgereichten Tiefschlägen abgesehen, abschloß, waren gar nicht zufrieden mit dem Mangel an *Sachlichkeit* und *Argumenten*.

Aber die so unfein sich Streitenden wußten besser, *was das Publikum will*, und lieferten eine Sendung, die dem später in der Nacht übertragenen Come-back-Versuch des Boxers Muhammed Ali („Ich bin der Größte") ernsthaft Konkurrenz machte: „Ich bin ja allgemein als einer der sichersten und erfahrensten Flieger bekannt" (Strauß).

Aber wenn es richtig ist, daß die Wähler den Kandidaten bekommen, den sie verdienen, dann hat der Ausgang der Schlacht noch etwas Tröstliches: *den* Kandidaten haben sie offenbar doch nicht verdient, der da sagte: „. . . ich kann das einfach nicht mehr erleben, wie der Wert des menschlichen Lebens wegen politischer Zielsetzungen immer tiefer gehängt wird, wegen angeblicher idealistischer Verbrämungen, Freiheit, Gleichheit oder, äh, Gerechtigkeit." *Brüderlichkeit* war ihm schon nicht einmal mehr eingefallen, dem Historiker Strauß, gestolpert aber ist er wohl gerade über diejenigen Reste der Ideale der bürgerlichen Revolution, die in der von Springer einmal aufgebrachten Schrumpf-Form des „Seid nett zueinander" noch ein bescheidenes Dasein fristen. Er war nicht nett, eigentlich zu niemand, und so braucht man jetzt selbst in den Fernsehanstalten nicht mehr nett zu ihm zu sein: Alfred Biolek, der die Wahlnacht-Unterhaltung der ARD übernommen hatte, fühlte sich durch die Frechheiten, die Dieter Hallervorden über die CDU ergoß, kaum noch gestört. Sein Hinweis, daß die Meinung seiner Gäste nicht die seine sein müßte, klang fast ironisch.

So also zum Abschied noch ein Strauß-Zitat: „Wir wollen doch nicht unsere Wertordnung der kommunistischen Wertordnung etwa – in einem schrecklichen Anfall von moralischer Wertneutralität – einfach, äh, einfach gleichstellen."

Nein, das denn doch nicht.

Günter Giesenfeld

Autoren dieses Heftes

Witich ROSSMANN, geb. 1951 in Wolfsburg, Studium der Geschichte und der Wissenschaftlichen Politik an der Universität Marburg, z. Z. Promotion zur Lohn- und Tarifpolitik der IG Metall. • • • *Dr. Martin KUTSCHA*, geb. 1948 in Berlin, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaft in Kiel, Marburg, Hamburg und Bremen; Promotion zur Verfassungsproblematik der Berufsverbote; Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Wolfgang ABENDROTH*, geb. 1906 in Wuppertal, em. Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Josef SCHLEIFSTEIN*, geb. 1915 in Lodz, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M.; zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Marxismus und der Arbeiterbewegung. • • • *Zbigniew RAMOTOWSKI*, Bonner Korrespondent der polnischen Tageszeitung „Zycie Warszawy". • • • *Adalbert KRIMS*, geb. 1948 in Freistadt/Oberösterreich, früher führender Funktionär der Katholischen Jugend und Religionslehrer; Vorsitzender der Aktion Kritisches Christentum und Österreich-Korrespondent der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur „Inter Press Service"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Norman PAECH*, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Harry BÖSEKE*, geb. 1950 in Jützenbach (DDR), Sozialarbeiter, mehrere Jahre Jugendarbeit, jetzt freiberuflicher Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Hella GERTH-WELLMANN*, geb. 1950 in Neumünster, Diplom-Politologin, Doktorandin in Hamburg, Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Axel PINCK*, geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Josef SCHMITZ*, geb. 1953 in Rumeln-Kaldenhausen, Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, Diplom-Politologe; verstorben am 18. Juli d. J.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416 — Heft 11/1980 der „Blätter" wird am 14. 11. 1980 ausgeliefert.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 10/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats September 1980

1. 9. – N a h e r O s t e n. US-Sonderbotschafter Linowitz trifft in Jerusalem mit Ministerpräsident Begin zusammen. Nach der Unterredung heißt es, es seien „die wichtigsten Fragen" im Zusammenhang mit den unterbrochenen Verhandlungen über eine Teilautonomie für Westjordanien „umfassend erörtert" worden. Linowitz reist am 3. 9. nach Ägypten weiter, wo er nach einer Unterredung mit Präsident Sadat die Wiederaufnahme der Autonomie-Verhandlungen bekanntgibt. Ein Datum wird nicht genannt.

2. 9. – U d S S R. Verteidigungsminister Ustinow schreibt im Parteiorgan „Prawda", die USA wollten das strategische Gleichgewicht in der Welt durch weitere Aufrüstung zu ihren Gunsten verändern. Die von Washington konzipierte „sogenannte neue atomare Strategie" (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1026) verstärke die Gefahr eines atomaren Konflikts und führe zu einer weiteren Eskalation des Wettrüstens.

5. 9. – P o l e n. Vor dem Parlament (Sejm) in Warschau gibt der neue Ministerpräsident Pinkowski (vgl. „Blätter, 9/1980, S. 1027) das Programm seiner Regierung bekannt. Anschließend tritt das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zur Beratung der Lage zusammen. Nach Abschluß der Sitzung wird folgendes Kommuniqué veröf-

fentlicht: „Im Zusammenhang mit seiner schweren Krankheit hat das Zentralkomitee Edward Gierek von seiner Funktion als Erster Sekretär und Politbüromitglied abgelöst. Das Zentralkomitee hat einstimmig Stanislaw Kania als Ersten Sekretär des Zentralkomitees ernannt." – Am 13. 9. regelt der Staatsrat in einem Dekret die Formalitäten für die Registrierung neuer Gewerkschaften.

6. 9. – China/USA. Der stellvertretende Oberkommandierende der chinesischen Streitkräfte, Liu Huaqing, empfängt auf dem Flughafen in Peking eine Delegation amerikanischer Militärexperten (22 Mitglieder). Die Delegation soll sich zwei Wochen in der VR China aufhalten, um Gespräche über die Übermittlung amerikanischer Militärtechnik zu führen.

7. 9. – Abrüstung. Ohne Einigung über ein Schlußdokument geht in Genf die zweite Konferenz zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu Ende (zur Eröffnung vgl. „Blätter, 9/1980, S. 1025). Eine dritte Überprüfungskonferenz soll im Jahre 1985 stattfinden. – Am 25. 9. werden in Wien die Verhandlungen über einen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa (vgl. „Blätter", 8/1980, S. 898) mit der 22. Runde fortgesetzt.

– China. Der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Hua Guofeng sowie sein Stellvertreter Deng Xiaoping legen ihre Regierungsämter nieder, behalten aber ihre Funktionen innerhalb der Partei. Die Nachfolge Huas, der auch Vorsitzender der Militärkommission bleibt, übernimmt der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Zhao Ziyang. Die Regierungsumbildung wird auf einer Sitzung des Nationalen Volkskongresses (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1027) bekanntgegeben.

– Iran. Präsident Bani Sadr lehnt die Bestätigung von 7 der 21 von Ministerpräsident Rajai vorgeschlagenen Kabinettsmitglieder ab. Bani Sadr wendet sich vor allem gegen die Übernahme des Außenministeriums durch Hossein Mussavi (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1026f.) – Am 12. 9. nennt Ayatollah Khomeini vier Bedingungen für die Freilassung der 52 amerikanischen Geiseln: 1. Rückgabe des Vermögens des verstorbenen Schahs und seiner Familie; 2. Verzicht der USA auf finanzielle Ansprüche gegenüber dem Iran; 3. Freigabe der blockierten iranischen Vermögenswerte in den USA; 4. Verzicht der USA auf politische und militärische Intervention im Iran.

9. 9. – KSZE. Der spanische Außenminister Perez Llorca eröffnet in Madrid das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz. Die Konferenz (offizieller Titel: „Madrider Treffen 1980 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, abgehalten auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte, betreffend die Folgen der Konferenz") soll am 11. November d. J. in der spanischen Hauptstadt beginnen und etwa im März 1981 beendet werden.

10. 9. – Libyen/Syrien. Nach Gesprächen einer syrischen Regierungsdelegation mit der Führung in Tripolis proklamieren beide Staaten ihren staatlichen Zusammenschluß. Innerhalb eines Monats soll eine einheitliche Regierung gebildet werden, ein „Revolutionärer Kongreß" soll künftig die gesetzgebende Gewalt ausüben.

12. 9. – Türkei. Das Militär übernimmt die Macht, verfügt die Absetzung von Ministerpräsident Süleyman Demirel (zum Amtsantritt vgl. „Blätter", 12/1979, S. 1419) und die Auflösung des Parlaments. Demirel und Oppositionsführer Bülent Ecevit werden unter Hausarrest gestellt, die politische Betätigung von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen untersagt und das bisher in 20 Provinzen geltende Kriegsrecht auf das ganze Land ausgedehnt. Die Machtübernahme der Streitkräfte wird mit der Gefahr eines bevorstehenden Bürgerkrieges begründet. Generalstabschef Kenan Evren, der an der Spitze eines neugebildeten Nationalen Sicherheitskomitees steht, kündigt die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und eines neuen Wahlrechts an. – Am 20. 9. tritt Admiral Bülent Ülüzü an die Spitze eines Kabinetts, dem 27 Minister, darunter sieben pensionierte Militärs, fünf Professoren und acht Verwaltungsbeamte, angehören. Außenminister ist Ilter Türkmen.

15. 9. – UNO. Die 11. Sondertagung der Generalversammlung (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1027) wird in New York abgeschlossen. Die Mitglieder der Konferenz hatten sich im Konsens-Verfahren auf den Text der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1981–1990) geeinigt. – Am 16. 9. wird die 35. Generalversammlung mit einer Ansprache des scheidenden Versammlungspräsidenten Salim (Tansania) eröffnet. Zum neuen Präsidenten wählen die Delegierten den Vertreter

der Bundesrepublik, Botschafter Rüdiger von Wechmar. Als 154. Mitgliedsstaat wird der karibische Inselstaat St. Vinzent und Grenadinen in die Weltorganisation aufgenommen. – Am 23. 9. unterbreitet der sowjetische Außenminister Gromyko in der Generaldebatte neue Abrüstungsvorschläge. Der Minister schlägt vor: 1. Verzicht der bestehenden Militärbündnisse auf die Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Festschreibung der vorhandenen Rüstungen nach dem Stand vom 1. Januar 1981; 3. Verzicht auf den Einsatz von Kernwaffen gegen Staaten, die keine Kernwaffen besitzen und auf deren Gebiet keine Kernwaffen stationiert sind; 4. Einstellung aller Kernwaffenversuche für zunächst zwölf Monate.

– *Malta.* In Rom und der maltesischen Hauptstadt Valletta werden diplomatische Noten ausgetauscht, in denen Malta seine Neutralität erklärt, die von Italien garantiert wird. Die Neutralitätserklärung verpflichtet Malta, sich nicht an militärischen Bündnissen zu beteiligen sowie keine Stationierung fremder Truppen und keine Errichtung ausländischer Stützpunkte auf seinem Territorium zuzulassen.

17. 9. – *Irak/Iran.* Der irakische Präsident Saddam Hussein kündigt das Abkommen mit dem Iran aus dem Jahre 1975, das den Verlauf der gemeinsamen Grenze festlegt. Vor der Nationalversammlung erklärt der Präsident, der Iran habe dieses Abkommen ständig verletzt. – Am 21. 9. kommt es zu weiteren schweren Kämpfen zwischen den Streitkräften beider Staaten (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 514). Irakische Truppen überschreiten am 23. 9. die Grenze zum Iran, die Kämpfe konzentrieren sich auf die iranische Erdölprovinz Khusistan. – Am 23. 9. richtet der Vorsitzende des UN-Sicherheitsrates, der tunesische Botschafter Taieb Slim, einen Appell an die kriegsführenden Seiten, die Feindseligkeiten einzustellen und alle Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Der kubanische Außenminister Malmierca (Kuba führt gegenwärtig den Vorsitz in der bündnisfreien Bewegung) tritt eine Reise nach Teheran und Bagdad an. In die Vermittlungsbemühungen schalten sich auch der PLO-Vorsitzende Arafat sowie der pakistanische Präsident Zia ul-Haq (als Vorsitzender der Islamischen Konferenz) ein. – Am 25. 9. nennt der stellvertretende irakische Ministerpräsident Tarik Aziz vor der Presse in Paris vier Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten: 1. Anerkennung der irakischen Souveränität über die vom Iran besetzten „irakischen Territorien"; 2. Abschluß eines Vertrages zwischen beiden Staaten über gute Nachbarschaft; 3. Beendigung der iranischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irak; 4. Einstellung der von iranischem Boden ausgehenden Agressionen. Aziz hatte zuvor mit Präsident Giscard d'Estaing konferiert. – Am 28. 9. wiederholt der UN-Sicherheitsrat seine Aufforderung, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen. Eine entsprechende Resolution wird von allen 15 Ratsmitgliedern unterstützt. – Am. 30. 9. lehnt Ayatollah Khomeini jeden Kompromiß in der Auseinandersetzung mit dem Irak ab.

– *Vatikan.* Papst Johannes Paul II. empfängt einen Abgesandten der Palästinensischen Befreiungs-Organisation, der ihm eine Botschaft des PLO-Vorsitzenden Arafat überbringt. Angaben über den Inhalt werden nicht gemacht.

25. 9. – *USA/UdSSR.* Am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen treffen die Außenminister Muskie (USA) und Gromyko (UdSSR) in New York zusammen. Bei dieser Gelegenheit wird vereinbart, Mitte Oktober d.J. in Genf neue Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen in Europa aufzunehmen.

27. 9. – *Italien.* Unmittelbar nach einer Abstimmungsniederlage im Parlament tritt die Koalitionsregierung unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Cossiga (vgl. „Blätter", 5/1980, S. 514) zurück. In geheimer Abstimmung war ein Dekret zur Wirtschaftspolitik mit 298 gegen 297 Stimmen abgelehnt worden.

30. 9. – *Europarat.* Der chinesische Außenminister Huang Hua hält eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg. Hua fordert den Rat zu enger Zusammenarbeit mit der VR China auf.

– *USA.* Das Verteidigungsministerium gibt die Entsendung von Radarflugzeugen vom Typ AWACS (Airborne Warning and Control Systems) nach Saudiarabien bekannt. Maschinen dieses Typs sind mit elektronischen Überwachungsgeräten ausgestattet und können als fliegende Kommandozentrale benutzt werden.

Dokumentation zur Atomkriegsgefahr und zur Auseinandersetzung mit der neuen US-Atomkriegsstrategie in der Bundesrepublik

Acht Thesen zur neuen Atomkriegsstrategie der USA und zur „Nachrüstung", vorgetragen von Dr. Alfred Mechtersheimer (MPI Starnberg) auf einer Pressekonferenz in Bonn am 11. September 1980 (Wortlaut)

Am 11. September 1980 wurde auf einer Pressekonferenz in Bonn ein von bekannten deutschen und internationalen Militärfachleuten und Friedensforschern erarbeitetes Taschenbuch mit dem Titel „Aufrüsten, um abzurüsten?" vorgestellt. Einer der Autoren, Dr. Alfred Mechtersheimer vom Max-Planck-Institut in Starnberg, äußerte sich in acht Thesen über die „neue amerikanische Atomstrategie und den Nachrüstungsbeschluß der NATO". Nachstehend der Wortlaut dieser außerordentlich prägnanten Problemübersicht. D. Red.

1. die neue amerikanische Abschreckungsstrategie (Presidential Directive 59) vergrößert die Kriegsgefahr in Europa und verändert die Grundlagen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung und die politischen Parteien dürfen sich der Diskussion über die Konsequenzen nicht länger entziehen.

2. Die Vorstellung, einen auf militärische Ziele begrenzbaren strategischen Nuklearkrieg führen zu können, macht den Krieg wieder denkbar. Aus den politischen Waffen zur Kriegsverhütung werden militärische Instrumente, mit denen „gesiegt" werden kann. Während sich bisher weder die Sowjetunion noch die USA bei einem nuklearen Schlagabtausch einen Gewinn erhoffen konnten, könnte dies künftig für denjenigen möglich sein, der dem anderen zuvorkommt. Die Sorge beider Seiten vor der möglichen Erstschlagfähigkeit des anderen führt zur tatsächlichen Erstschlagkapazität beider Seiten.

3. Dieser „Remilitarisierungsprozeß" der strategischen Waffen hat sich schon lange abgezeichnet. Die jetzt verkündete amerikanische Strategie hat deshalb eine neue Qualität, weil sie der technischen Entwicklung vorauseilt und damit den qualitativen Rüstungswettlauf zusätzlich antreibt und nicht zuletzt dadurch alle Ansätze der Rüstungskontrollpolitik zunichte macht.

4. Die neue US-Strategie erkauft eine größere Schonung der Bevölkerung mit der Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit. Da aber die Reaktionen der Sowjetunion nicht zuverlässig eingeschätzt werden können, wäre das Ergebnis der neuen Strategie eine größere Kriegswahrscheinlichkeit und die Vernichtung der Zivilisation.

5. Nach der offiziellen Interpretation soll der amerikanische Präsident mit Hilfe der neuen Strategie eine größere Handlungsfreiheit erhalten, damit die Abschreckung glaubhafter wird. Glaubhafter kann sie aber nur sein, wenn der Einsatz der nuklearen Waffen in einer militärischen Krise wahrscheinlicher ist. Dadurch wird vor allem in Europa der Atomwaffeneinsatz erleichtert.

6. Die 572 Pershing-II-Raketen und die Cruise-Missiles, die nach dem NATO-Ratsbeschluß vom Dezember 1979 eingeführt werden sollen, sind die für Europa bestimmten Waffen dieser neuen amerikanischen Nuklearstrategie. Die Eignung zur atomaren Ausschaltung militärischer Ziele in der Sowjetunion ist das eigentliche Motiv für die Stationierung. Die Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials begünstigte die Durchsetzung dieser Entscheidung. Rüstungskontrolle spielte dabei keine Rolle, zumal aus amerikanischer Sicht die 572 Waffen der militärische Mindestbedarf sind.

7. Mit Hilfe dieser in Europa stationierten amerikanischen Waffen könnte sich entsprechend der neuen Strategie tatsächlich ein Atomkrieg begrenzen lassen, nämlich auf Europa. Hier aber, vor allem in dem dichtbesiedelten Mitteleuropa, würde ein nuklearer Krieg auch dann zu einem atomaren Holocaust werden, wenn die Atomwaffen auf militärische Ziele gerichtet wären.

8. Die europäischen NATO-Partner der USA sind aufgerufen, in recht verstandener atlantischer Solidarität den sogenannten Nachrüstungsbeschluß zur Stationierung neuer Atomwaffen in Europa im Lichte der neuen US-Nuklearstrategie zu überprüfen. Vor allem die neue Bundesregierung hat darüber zu entscheiden, ob sie einen Rüstungsschritt ermöglichen oder verhindern will, der den Atomkrieg in Europa wahrscheinlicher macht.

Interview mit General a. D. Wolf Graf Baudissin über die jüngste Entwicklung der US-Atomstrategie in der „Neuen Hannoverschen Presse" vom 14. April 1980 (Wortlaut)

Frage: Die USA haben ihre Militärstrategie verändert. Sie wollen einen atomaren Angriff nicht mehr durch „massive Vergeltung" gegen die Städte des Feindes, sondern durch gezielte Schläge gegen militärische Ziele beantworten. Kommt das für den Fachmann überraschend?

Baudissin: Derartiges ist seit Verteidigungsminister Schlesinger, also seit 1974, in der Diskussion. Hinter der jetzigen Ankündigung stecken meiner Meinung nach auch viel Wahlpropaganda und sonstige innenpolitische Gründe. Die sowjetischen Raketenrampen liegen in einem Gürtel beiderseits der Transsibirischen Bahn zwischen Moskau und Wladiwostok. Wenn die USA – aus welchen Gründen auch immer – einen Schlag gegen diese Systeme auslösen, wird es für die Führung der UdSSR nicht einfach sein zu erkennen, ob er gegen die Städte oder gegen die Streitkräfte gerichtet ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man bei einer solchen Planung sicher sein kann, daß der Gegner entsprechend zurückhaltend reagiert – vor allem da er sich in Minuten, also vor dem Aufschlag der bereits fliegenden Systeme, entschließen muß.

Frage: Wirft diese Planung nicht auch prinzipielle Probleme auf?

Baudissin: Sehr ernste sogar. Eines davon ist die Frage: Wollen wir uns in Europa auf Kriegführung und sogar auf eine atomare einstellen, oder wollen wir bei der Strategie der Kriegverhütung bleiben? Kriegverhütung ist nur möglich, wenn das Risiko der Kriegführung so hoch wie möglich ist – für beide Seiten. Von diesem Prinzip abzugehen, halte ich für außerordentlich gefährlich. Denn selbst ein begrenzter konventioneller Krieg würde heute Mitteleuropa weit schlimmer verwüsten als der Zweite Weltkrieg. Wer sich überhaupt gedanklich auf Kriegführung einstellt, ist leicht dazu verführt, die Realität des Krieges zu verharmlosen.

Frage: Wie beurteilen Sie dabei die Strategie der UdSSR?

Baudissin: Sie steht schon aus ideologischen Gründen auf dem hergebrachten Standpunkt, daß Krieg ein Mittel der Politik ist. Wir wollen keinen Krieg, argumentiert man, aber wenn die andere Seite uns einen aufzwingt, wollen wir ihn auch gewinnen. Lange hat es aus sowjetischer Sicht keinen Unterschied in der Beurteilung der Chancen in einem konventionellen und einem nuklearen Krieg gegeben. Nun mehren sich dort die Stimmen dafür, sich auf Kriegverhütung umzustellen, während man im Westen beginnt, Kriegführungs-Strategien zu propagieren. Die UdSSR ist seit jeher nicht nur technologisch, sondern auch im strategischen Denken einige Jahre zurück; ich hoffe nur, daß der jetzige Rückgriff des Westens auf vornukleare Vorstellungen die Kriegführungs-Tendenzen im Osten nicht neu belebt.

Frage: Kann die UdSSR ihren Rückstand in der Waffentechnologie denn aufholen?

Baudissin: Das ist schwer zu prophezeien. Die Rüstungsindustrie ist fast der einzige Sektor in der UdSSR, der in Technologie und Management mit westlichen Maßstäben zu messen ist. Wo Moskau Schwerpunkte setzt, kann es den Westen zweifellos ein- und partiell sogar überholen. Im allgemeinen haben allerdings die USA die Nase vorn.

Frage: Nicht zuletzt die Moskaureise von Helmut Schmidt hat die seit Afghanistan eingefrorene Ost-West-Atmosphäre wieder etwas aufgetaut. Wie kann die Rüstungskontrolle nun inhaltlich vorankommen?

Baudissin: Es liegt eine Anzahl von Vorschlägen auf dem Tisch – nicht nur die Breschnew-Offerte vom Oktober oder das NATO-Angebot vom Dezember 1979. Man sollte nun die entsprechenden Verhandlungspakete aufschnüren. Ich halte es für unsinnig, auf Motivsuche zu gehen: Was will der Osten eigentlich? Kein Verhandlungspartner legt gleich sein letztes Angebot auf den Tisch. Ich glaube, die Zeit spricht vor allem für die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen. Sie bedeuten keinen Eingriff in Zahlen oder Qualität von Waffensystemen oder Truppen. Aber Austausch von Informationen, Manöverbesuche, Anmeldung von Truppenbewegungen, Offenlegen von Rüstungsdaten usw. verbessern die gegenseitige Durchsichtigkeit, bauen Mißtrauen ab und schaffen so die Voraussetzung für spätere Reduzierungen; sie machen Vertragstreue gegenseitig kontrollierbar.

Frage: Selbst wenn Ost und West sich auf weitere Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle verständigen – macht die Entwicklung der Waffentechnologie sie nicht zur Makulatur?

Baudissin: In der Tat bietet die Technologie uns Waffen, die immer destabilisierender wirken. Nehmen Sie nur die U-Boot-Aufklärungs- und Abwehrmittel. Die strategische Stabilität beruht heute zu erheblichem Teil auf der Tatsache, daß U-Boote nicht rechtzeitig zu entdecken und zu bekämpfen sind. Sollten wir auch auf diesem und anderen Gebieten weitere „Fortschritte" machen, herrscht Instabilität; alle Beteiligten fühlen sich bedroht.

Frage: Ist diese für Rüstungskontrolle grundsätzliche Gefahr noch in den Griff zu bekommen?

Baudissin: Man kann über den Brüsseler NATO-Beschluß verschiedener Meinung sein. Ich begrüße ihn, weil er das erste Modell bietet, wie man geplante Waffensysteme rechtzeitig zur Diskussion stellt. Wir sehen an der sowjetischen Mittelstreckenrakete SS 20, wie schwer es ist zu verhandeln, wenn Systeme erste einmal produziert werden. Ich würde daher den Brüsseler Ansatz gern zu Strukturen ausgebaut sehen, welche die Rüstungsdynamik beider Bündnisse kooperativ steuern, das heißt, in denen 5, 6, 7 Jahre vor Produktionsbeginn die Rüstungsplanungen verglichen und aufeinander abgestimmt werden können.

Erklärung der 30. Pugwash-Konferenz in Breukelen (Niederlande) vom 20. – 25. August 1980 (Wortlaut)

Niemals zuvor hat die Menschheit vor einer so ernsten Gefahr gestanden. Ein großer Nuklearkrieg würde das Ende der Zivilisation bedeuten und könnte zur Ausrottung des Menschengeschlechts führen. Dennoch sind überall in der Welt militärische mächtige Nationen, die über außerordentlich große Reserven an Nuklearwaffen verfügen, offenbar nicht in der Lage, ihre Differenzen im gegenseitigen Verständnis und durch Verhandlungen beizulegen. Im Gegenteil, die Nuklearwaffen nehmen zahlenmäßig zu und werden perfektioniert: es besteht die Gefahr ihrer Verbreitung in vielen anderen Staaten. Obendrein wird in einigen Ländern versucht, den üblen Doktrinen eines begrenzten und sogar eines gewinnbaren Nuklearkriegs Ansehen zu verleihen.

Inzwischen nehmen die jährlichen Militärausgaben, die ohnehin schon 500 Milliarden Dollar übersteigen, in aller Welt weiter zu, wobei der geplante Zuwachs 20 Milliarden Dollar pro Jahr übertrifft. Dadurch werden wertvolle materielle und menschliche Ressourcen vergeudet, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in den Ländern der dritten Welt, dringend gebraucht würden. Die ökonomische soziale und politische Ungleichheit führt unausweichlich zu instabilen Situationen in den einen oder anderen Welträumen, was starken äußeren Kräften den Vorwand zur Einmischung gibt und gefährliche Spannungsherde schafft, die lokale Kriege auslösen können. Solche Konflikte können sich sehr leicht zu einem großen Nuklearkrieg auswachsen.

Wenn nicht umgehende und effektive Schritte zur Eindämmung und Eliminierung solcher Tendenzen unternommen werden, sehen wir einen großen und katastrophalen Kernkrieg noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts voraus. Ein solcher Krieg würde Tod und Zerstörung bedeuten, die der menschlichen Gesellschaft schon keine Handlungsfreiheit mehr ließen. Die Erhaltung des Menschen als biologische Art wäre gefährdet. Unter diesen Umständen ist unsere Pflicht als Wissenschaftler, als Repräsentanten des Menschengeschlechts klar: Wir müssen für die Erhaltung des Lebens kämpfen.

Das ist die Hauptthese der 30. Pugwash-Konferenz, die vom 20. bis zum 25. August 1980 in Breukelen (Niederlande) stattgefunden hat. Pugwash-Konferenzen zu Problemen der Wissenschaft und internationaler Beziehungen werden seit 1957 abgehalten. Sie sind die Antwort auf einen Appell, mit dem sich Bertrand Russell, Albert Einstein und neun andere weltbekannte Wissenschaftler 1955 an ihre Kollegen wandten, „eine Konferenz einzuberufen und die Gefahren zu erörtern, die infolge der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen entstanden sind". Jetzt, 25 Jahre später, nach beträchtlichen Anstrengungen und großen Hoffnungen, fühlen wir uns verpflichtet, unsere Regierungen, alle Menschen der Welt zu warnen: „Sollen wir dem Menschengeschlecht ein Ende setzen, oder soll das Menschengeschlecht den Krieg ausschließen?"

Die vor uns stehenden Probleme sind nicht einfach; wir leben in einer komplexen Welt. Aber solange die Nationen nicht erkennen, daß Gewalt zu immer mehr Gewalt führt, daß Drohungen nur zu Gegendrohungen führen, wird die Todesgefahr akut bleiben. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen. Im Osten oder Westen, im Norden oder Süden, die Erhaltung des Lebens auf der Erde hängt davon ab, daß alle Nationen anerkennen, daß es keine Rechtfertigung für einen Krieg geben kann, daß zur Lösung aller Streitfragen friedliche Mittel gesucht werden können und müssen.

Wir rufen alle Männer und Frauen guten Willens in allen Ländern der Welt auf, sich aktiv einzusetzen für:
- die Wiederaufnahme ernsthafter Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA;
- die Einstellung des nuklearen und konventionellen Rüstungswettlaufs in Europa wie überall;
- die Einstellung der Einmischung äußerer Nationen in Konflikte der dritten Welt.

Die Erreichung dieser Ziele kann den bestehenden katastrophalen Trend zum Krieg aufhalten und den Boden für eine vollständige nukleare Abrüstung bereiten, was die unbedingte Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden darstellt.

Wir können nicht umhin, uns zum Schluß auf das Russell-Einstein-Manifest zu berufen, das heute genauso aktuell ist wie in den Tagen, da es geschrieben wurde: „Vor uns liegt, wenn wir wollen, ein ständiger Fortschritt auf dem Wege zu Glück, Wissen und Vernunft. Sollten wir wirklich den Tod wählen, weil wir unsere Streitigkeiten nicht vergessen können? Als Menschen appellieren wir an Menschen: Wenn Ihr das könnt, ist der Weg zu einem neuen Paradies frei; wenn nicht, liegt vor Euch das Risiko eines universalen Todes.

Resolution „Entspannung und Abrüstung" des 13. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall vom 21. – 27. September 1980 (Wortlaut)

Der in der letzten Septemberwoche tagende Gewerkschaftskongreß der IG Metall verabschiedete unter dem Titel „Entspannung und Abrüstung" eine aufsehenerregende Resolution, die u. a. eine deutliche Absage an den Nachrüstungsbeschluß des NATO-Rates und die Atomkriegsstrategie der USA enthält. Wir dokumentieren im folgenden den mit deutlicher Mehrheit angenommenen Beschluß des Gewerkschaftstages, der sich in wesentlichen Aussagen mit den Entschließungen Nr. 2 und 3 des vom 14. bis 20. September tagenden Kongresses der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) deckt. D. Red.

Ausgehend von den Grundsätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung fordert der 13. ordentliche Gewerkschaftstag erneut zu einer Politik der Entspannung und Abrüstung auf. Die Aufrechterhaltung des Friedens hat für die Arbeitnehmer absoluten Vorrang. Trotz aller ideolo-

gischen Gegensätze in der Welt gibt es keine Alternative zu einer Politik der Entspannung und des friedlichen Neben- und Miteinanders der Völker. Im letzten Jahrzehnt sind in wesentlichen Bereichen Erfolge beim Übergang von der Konfrontation zur Kooperation erzielt worden.

Die vertrauensbildende Atmosphäre in den Ost-West-Beziehungen wurde jedoch durch den militärischen Einmarsch der Sowjetunion in den blockfreien Staat Afghanistan nachhaltig gestört. Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt diese militärische Aggression der Sowjetunion, er fordert den vollständigen Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und hofft, daß die UdSSR zur Entspannungspolitik zurückkehrt.

Die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens durch den amerikanischen Kongreß ist eine Voraussetzung für die Fortführung der Verhandlungen zwischen den Großmächten über eine wirksame Reduzierung der strategischen Waffen (SALT III). Die derzeit jährlich auf 500 Milliarden Dollar gestiegenen weltweiten Rüstungsausgaben müssen dringend durch internationale Vereinbarungen gesenkt werden.

Entspannung und Abrüstung kann nicht ohne oder gegen eines der großen weltpolitischen Lager erreicht werden. Deshalb wendet sich der 13. ordentliche Gewerkschaftstag auch und gerade in der derzeitigen Lage gegen eine Politik des kalten Krieges. Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung West-Europas mit Mittelstrecken-Raketen.

Er hält Abrüstung und Entspannung als Grundvoraussetzung für eine, die Arbeitnehmer überzeugende Reformpolitik[1]). Er fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, sich für die Sicherheit des Friedens durch eine Politik der Entspannung einzusetzen.

Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, deren Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit der Grenzen respektieren. Der Gewerkschaftstag ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle der Bündnissysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik Deutschland die Perspektive des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung ganz besonderes Gewicht hat.

Auf diesem Wege war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Meilenstein, der den Erwartungen der Gewerkschaftsbewegung entsprach. Sie ist der umfassendste Kooperationsversuch zwischen Ost und West, den es seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa gegeben hat. Dies gilt von den drei Hauptbereichen der Schlußakte gleichermaßen, nämlich in den Fragen der Sicherheit, der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft sowie in humanitären und anderen Bereichen. Die IG Metall fordert die beteiligten Länder auf, in der bevorstehenden Nachfolgekonferenz diese Politik wirksam fortzusetzen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Entspannungspolitik ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Trotz Belastungen von seiten der DDR ist die Bilanz der bisherigen Bemühungen zur Verwirklichung des Grundlagenvertrages insgesamt positiv. Die IG Metall hat die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition von Anfang an unterstützt und bekennt sich ungeachtet aller Schwierigkeiten erneut zur Fortführung der innerdeutschen Entspannungspolitik.

Der Gewerkschaftstag erwartet von der Bundesregierung, daß sie auch künftig alle Möglichkeiten, zu Abrüstungsvereinbarungen zu gelangen, nutzen wird. Sie muß mit gebotener Zähigkeit und Umsicht an den internationalen Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung (MBFR) durch eigene Initiativen aktiv mitwirken. Rüstungspolitische Alleingänge der Militärbündnisse oder einzelner Bündnisstaaten müssen unbedingt vermieden werden. Der Gewerkschaftstag verurteilt deshalb die neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen[2]).

Die Sowjetunion wird aufgefordert, die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die NATO ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann. Unabhängig davon fordert der Gewerkschaftstag die Bundesregierung auf, zusammen mit den westlichen Bündnispartnern eine nicht an Bedingungen geknüpfte Verhandlungsbereitschaft zu zeigen.

Der Gewerkschaftstag bekräftigt die ablehnende Haltung der IG Metall gegenüber der Ausweitung der deutschen Rüstungsexporte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weiterhin keine militärischen Güter in Spannungsgebiete zu liefern. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Rüstungsproduktion auf Dauer keine Beschäftigungssicherheit bietet. Das Vollbeschäftigungsziel ist kein Hinderungsgrund für Abrüstungspolitik.

Der Gewerkschaftstag fordert, daß alle beteiligten Regierungen sich für die Sicherung des Friedens, für Entspannung und für Abrüstung bei den entsprechenden internationalen Verhandlungen einsetzen.

---

1) Die beiden vorstehenden Sätze wurden – nach einer entsprechenden Empfehlung der Antragskommission – durch Mehrheitsbeschluß in den Text der Resolution aufgenommen.

2) Der vorstehende Satz wurde – nach einer entsprechenden Empfehlung der Antragskommission – durch Mehrheitsbeschluß in den Text der Resolution aufgenommen.

Der von 56 Delegierten des Gewerkschaftstages eingebrachte Ergänzungsantrag wurde wie folgt begründet:

„Nach Ablauf der Antragsfrist wurde am 7. August 1980 in Presse, Rundfunk und Fernsehen über die ‚Direktive 59' des US-Präsidenten berichtet.

Mit der Direktive wird die bisherige amerikanische Nuklearstrategie revidiert: Nicht mehr ‚Abschreckung durch gesicherte gegenseitige Vernichtung', sondern die Vernichtung ausgewählter Punktziele – die durch die höhere Treffgenauigkeit der neuen Generation von Interkontinentalraketen ermöglicht wird – ist nunmehr zentraler Punkt der neuen Strategie.

Zusammen mit der am 25. August 1980 bekannt gewordenen Entwicklung eines von Radarstrahlen nicht mehr zu ortenden Kampfflugzeuges (das ‚das militärische Gleichgewicht beträchtlich verändern würde' – US-Verteidigungsminister Brown laut ‚Spiegel' vom 1. 9. 1980) entsteht so ‚Erstschlagskapazität' d. h. die mögliche Chance, durch einen vorbeugenden Angriff einen Gegenangriff des Gegners auszuschließen oder jedenfalls in seinen Auswirkungen stark zu verringern. Erklärtes Ziel der neuen Strategie ist es, zeitlich und räumlich begrenzte Atomkriege möglich zu machen."

Berliner Erklärung katholischer Christen gegen die Atomrüstung aus Anlaß des 86. Deutschen Katholikentages vom 4.–8. Juni 1980 in Berlin (West) (Wortlaut)

Die im folgenden wiedergegene „Berliner Erklärung katholischer Christen gegen die Atomrüstung" und der sie ergänzende Text-Vorschlag für einen Brief an die katholischen Bischöfe in der Bundesrepublik wurden während des Berliner Katholikentages Anfang Juni auf einer Großveranstaltung im Rahmen des „Katholikentages von unten" verlesen bzw. ausgelegt. Sie entstanden unter dem Eindruck vor allem des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979 und der Absicht, auch in katholischen Kreisen in bezug auf den Problembereich Rüstung/Abrüstung einen Umdenkungsprozeß einzuleiten. D. Red.

Wir lehnen den Einsatz von Atomwaffen – gleich ob zu Verteidigung oder zum Angriff – bedingungslos ab. Angesichts der Entwicklung der Waffentechnik und der Weltsituation halten wir ihn für unvereinbar mit dem Beispiel und der Botschaft Jesu Christi und der Lehre der katholischen Kirche.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und alle unsere Mitmenschen auf, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, in den nächsten Jahren die atomare Rüstung im Bereich der Bundesrepublik entscheidend zu verringern und schließlich alle Atomwaffen abzurüsten. Als ersten Schritt fordern wir den Verzicht auf die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen (Cruise Missile und Pershing II).

Wir wollen darauf hinwirken, daß unsere Kirche sich nicht mit allgemeinen Friedensappellen begnügt, sondern mehr als bisher konkret ihren Teil zu Frieden und Abrüstung in der Bundesrepublik beiträgt.

Anhang: Textvorschlag für einen Brief an die Bischöfe der Bundesrepublik

Sehr geehrter Herr Bischof!

Angesichts der Krisen, die unsere Welt erschüttern, sind wir ob des Schweigens unserer Bischöfe verunsichert, welchen Weg der Friedenssicherung die Kirche in der Bundesrepublik gehen will.

Diese Verunsicherung ist um so größer, als wir in der Bundesrepublik direkt und mit unabsehbaren Folgen von einem denkbaren Weltkrieg betroffen wären. Durch die geplante Stationierung von Cruise Missile und Pershing II Raketen in der Bundesrepublik soll das System der Abschreckung fortgesetzt und der Frieden weiter gesichert werden. Was aber, so fragen wir, wenn das Abschreckungssystem versagt? Es liegt doch in der Logik militärischen Denkens, daß stationierte Raketen in solche einem Falle auch eingesetzt werden.

Da es uns als katholischen Christen nicht erlaubt ist, an dem Einsatz dieser Waffen mitzuwirken, (1) fordern wir dazu auf, auch schon der geringsten Versuchung zu solch einem Einsatz größten Widerstand entgegenzusetzen; d. h., wir fordern von Ihnen, Herr Bischof, eine entschiedene Stellungnahme gegen die Stationierung weiterer Atomraketen in unserem Land.
(2) „. . . jede Kriegshandlung, die auf Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, . . . (ist) ein Verbrechen gegen Gott und den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist." (II. Vatikanum. Gaudium et spes, Art. 80.) Dies gilt, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, auch im Falle einer „sittlich erlaubten" Verteidigung.

„Frieden schaffen ohne Waffen" – Aufruf der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zu einer bundesweiten Friedenswoche vom 16. – 22. November 1980 (Wortlaut)

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der mehr als 50 Millionen Menschenleben kostete, hat es über 120 Kriege gegeben. Ihre Gesamtdauer betrug mehr als 350 Jahre. 69 Länder und die Streitkräfte von 81 Staaten waren beteiligt. Das Rüstungskarussell dreht sich mit zunehmender Geschwindigkeit. Die jährlichen Weltausgaben für militärische Zwecke betragen schon jetzt mehr als 800 Milliarden DM. Bald ist die Billionen-Grenze überschritten. Dieses Geld fehlt den Verhungernden unserer Erde.

Wir hören, „Mut zur Rüstung" sei heute notwendig. Dem halten wir entgegen: FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN. Weder ein heißer, noch ein erneuter kalter Krieg darf entstehen. Frieden ist der Ernstfall, so Gustav Heinemann. Aber: „Ein dritter Weltkrieg ist wahrscheinlich". (C. F. von Weizsäcker) Deshalb: „Wir wollen unsere Gedanken und Worte disziplinieren, daß kein Spielen mit dem Krieg sich mehr in uns rührt und kein friedensfeindliches Wort mehr über unsere Lippen kommt." (Helmut Gollwitzer) Wir müssen dringender denn je für eine Friedenspolitik contra Abschreckungsstrategie eintreten. Umkehr auf dem eingeschlagenen Weg wären zum Beispiel kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte.

Gegenüber dem Wettrüsten besteht vielfach ein Ohnmachtsgefühl. Wer sich ohnmächtig fühlt, sieht die Möglichkeiten des Handelns nicht. Wir müssen uns stärker unseres Friedensauftrages bewußt werden. Es gilt, Initiativen zu fördern, die diesem Ziel dienen. Eine Initiative ist die der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und der anderen Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, zu einer bundesweiten Friedenswoche unter dem Motto FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN aufzurufen. Kirchengemeinden, Jugendorganisationen, Schulen, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauengruppen, Seniorenkreise, . . . kurz: alle sind aufgerufen, sich an den Aktivitäten vom 16. bis 22. November 1980 in der ihnen möglichen Form zu beteiligen, sei es mit einem Gottesdienst, Veranstaltungen, Aktionen, Ausstellungen, Unterrichtseinheiten oder gar durch die Organisation einer Friedenswoche vor Ort.

Kontaktanschrift: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12

Appell des Weltparlaments der Völker für den Frieden vom 23. September 1980 (Wortlaut)

Vom 23. – 27. September 1980 fand in Sofia ein „Weltparlament der Völker für den Frieden" statt, an dem 2260 Teilnehmer 134 Länder und über 100 internationale Organisationen vertraten. Das Plenum dieser in der Bundesrepublik viel zu wenig beachteten Versammlung verabschiedete am 23. September einmütig einen Appell für den Frieden, dessen Wortlaut wir nachstehend dokumentieren. D. Red.

Die Völker der Welt sind tief beunruhigt. Nie zuvor war die Gefahr eines nuklearen Weltbrandes so groß. Das nukleare Rüsten, die Anhäufung todbringender Waffen haben kritische Ausmaße angenommen. Durch eine weitere Rüstungseskalation könnte eine außerordentlich gefährliche Lage entstehen, in der die Menschheit von Ausrottung bedroht wäre.

Die „neue Nuklearstrategie" ist ein großangelegtes Täuschungsmanöver: Den Völkern soll vorgespiegelt werden, es sei möglich, einen begrenzten oder regionalen Kernwaffenkrieg zu führen, ohne eine weltweite nukleare Katastrophe auszulösen. Wir weisen diese gefährlichen, unmenschlichen Absichten entschieden zurück.

Seit mehr als drei Jahrzehnten haben die Völker die Entfesselung eines Weltkrieges erfolgreich verhindert und mit Hingabe für Abrüstung und Entspannung gekämpft – sie weigern sich, an solchen Machenschaften teilzuhaben. Sie fordern: Schluß mit der Anhäufung der Waffen und dem Säbelrasseln. Schluß mit Aggression und Gewaltandrohung. Die Gefahr eines nuklearen Krieges muß abgewendet werden.

Wir appellieren an Vernunft und Verantwortungsbewußtsein aller Politiker und Staatsmänner, wir appellieren an die Regierungen:

Keine neuen Rüstungsprogramme. Hört auf mit der Produktion neuer Arten von Massenvernichtungsmitteln – Raketen, Neutronenwaffen, chemischer und aller anderen Waffenarten. Reduziert die Arsenale. Ächtet die Kernwaffen. Verhandelt. Eine andere Wahl gibt es nicht.

Wir appellieren an alle, denen der Friede teuer ist: Betroffen zu sein genügt nicht, besorgt zu sein ist nicht genug. Die Völker haben die Macht, den Frieden zu wahren, er ist ihr Grundrecht. Jetzt muß gehandelt werden.

Lassen wir alles Trennende beiseite. Schließen wir uns zusammen, um die Gefahr eines Atomkrieges ein für allemal zu beseitigen. Gebieten wir jenen Einhalt, die unsere Welt immer näher an den atomaren Abgrund drängen. Erheben wir unsere Stimme mit einer nie dagewesenen Stärke.

Aufruf des Koordinationsausschusses Ökologie und Frieden zu Aktionen „Gegen Rüstung und Atom" am 25. Oktober 1980 in Nordhorn/Lingen (Wortlaut)

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein Dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern wird auch wahrscheinlicher:

– in Europa, dem Hauptschauplatz der Ost-West-Auseinandersetzungen, geht der wahnsinnige Rüstungswettlauf ungebrochen weiter und wird durch neuartige Atomraketen zusätzlich beschleunigt;

– durch den Export von Rüstungsgütern und atomaren Technologien in die Länder der Dritten Welt werden neue Krisengebiete geschaffen und die Kriegsgefahr erhöht;

– die ungerechte Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung der Dritten Welt und der wirtschaftliche Konkurrenzkampf drohen zu einem militärischen Konflikt um die restlichen Rohstoffe auszuarten. Die derzeitig vorbereitete Aufstellung „Mobiler Einsatztruppen", um die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten zu besetzen, droht Europa in einen Krieg hineinzuziehen.

Ökologische Krisen und weltweite Aufrüstung gefährden den Frieden und unsere Lebensgrundlagen.

Wir leben schon jetzt auf einem atomaren Pulverfaß. Auf dem Boden der Bundesrepublik lagern über 7000 Atomsprengköpfe. Im Rahmen des sogenannten „zivilen" Atomprogramms sollen noch weitere atomare Anlagen hinzukommen, von Anreicherungsanlagen über Brennelemente-Fabriken, Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen bis zu Atommüllagern. Wie die militärische Atomforschung die Grundlage für das „zivile" Atomprogramm war, so können diese Anlagen heute den Grundstoff für die Herstellung von Atombomben liefern.

Die Gefahren eines katastrophalen Unfalls durch technische Mängel oder durch menschliches Fehlverhalten erhöhen sich ständig. Allein in den letzten Monaten hat die Welt durch Computerfehler in der amerikanischen Raketenzentrale dreimal für einige Minuten am Rande eines atomaren Weltkriegs gestanden. Wie die Katastrophe von Harrisburg gezeigt hat, ist trotz aller Sicheitsbeteuerungen der Atomlobby ein Super-GAU bei atomaren Anlagen jederzeit möglich.

Viele Bürger sind nicht mehr bereit, die Risiken der Atomenergie und die Bedrohung durch das Wettrüsten tatenlos hinzunehmen, und leisten Widerstand gegen das „zivile" und militärische Atomprogramm. Aber den Militärs und Berufspolitikern gelingt es immer wieder, durch eine ungeheuere Manipulation des Denkens und die Erzeugung von Angst eine öffentliche Diskussion über die steigenden Kriegsgefahren und die anhaltende Aufrüstung zu verhindern. Mit falschen Formeln wie dem „Gleichgewicht des Schreckens", daß Rüstung zur Friedenssicherung und Kriegsdienst als „Dienst für den Frieden" erforderlich sei, wurde die Bevölkerung über die wachsende Bedrohung der gesamten Menschheit im unklaren gelassen.

35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt ein unglaubliches Vernichtungspotential von 3,7 Millionen Hiroshima-Bomben angehäuft. Auf beiden Seiten werden ständig neue Atomwaffen produziert. Der Einsatz auch nur eines Teils dieser Bomben kann die Vernichtung der gesamten Menschheit und allen Lebens zur Folge haben.

Entgegen den Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen tatsächlich Jahr für Jahr die Zahl der Waffen. Auch in der Bundesrepublik treiben die führenden Kräfte, Parteien und Politiker von Regierung und Opposition dieses alte Spiel weiter. Durch massive Unterstützung seitens der Bundesregierung wurde mit der demagogischen Formel „Nachrüstung" in der NATO durchgesetzt, in den Jahren 1981–1983 neue Atomwaffensysteme – cruise-missiles und Pershing II – in Osteuropa zu stationieren, den größten Teil davon auf bundesdeutschem Boden. Produktion und Stationierung dieser Mittelstreckenraketen begünstigen Strategien eines auf Europa begrenzten Atomkriegs.

Im Osten wie im Westen gilt: Frieden ist nur jenseits von Waffen und militärischer Gewalt möglich. Sicherheit ist im Atomzeitalter militärisch nicht herzustellen, das Wettrüsten bleibt eine ständige Gefahr. Frieden läßt sich dauerhaft nur durch eine konsequente Entspannung und echte Abrüstungsschritte bei atomaren und konventionellen Waffen erreichen. Die Einführung neuer Waffensysteme, der Aufschub des SALT II-Abkommens, der Aufbau einer westeuropäischen Atomstreitmacht, das Bestreben zur Rekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst sind Versuche einflußreicher Kräfte, den Kalten Krieg wiederzubeleben und internationale Krisen hemmungslos für eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft auszunutzen.

Ökologie- und Friedensbewegung sind sich bewußt: Ein Krieg bedroht das Überleben der Menschheit. Rüstung und militärische Manöver sind zugleich die sinnlosesten Formen der Rohstoffvergeudung, Umweltverschmutzung und Naturzerstörung. Die ungeheuerliche Verschwendung von 900 Milliarden Mark Rüstungsausgaben pro Jahr in der gesamten Welt ist mitverantwortlich dafür, daß Millionen Menschen durch Unterentwicklung, Krankheiten, Hunger oder durch Verschmutzung der Luft, Wasser und Boden in ihrer Existenz gefährdet sind. Auch bei uns wehren sich Bürgerinitiativen gegen Landschaftszerstörung und Lärmbelästigung durch das Militär.

Die Sicherung des Friedens und der Lebensgrundlagen ist bei den herrschenden Politikern schlecht aufgehoben. – Wir müssen selbst die Initiative ergreifen! Der weltweiten Bedrohung stellen wir unsere internationale Zusammenarbeit entgegen!

Unser Ziel, Leben zu schützen, drückt sich auch in unseren Widerstandsaktionen aus. Wir wollen – wie die Platzbesetzer in Gorleben – gewaltfrei demonstrieren und damit Formen des zivilen Widerstands entwickeln.

Wir rufen alle Bürger zu Demonstrationen gegen das militärische und zivile Atomprogramm auf:

Beteiligt Euch am bundesweiten Aktionstag am 25. Oktober mit einer Demonstration in Nordhorn/Lingen „Gegen ein atomares Emsland"

Wir rufen auf, weitere gemeinsame Aktionen in anderen Regionen durchzuführen. Unter dem Motto: „Atomkraftwerke und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen" fordern wir:

– *Abrüstung in Ost und West. Erste vertrauensbildende Schritte durch die Bundesrepublik.*

– *Keine Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden. Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Mitteleuropa.*

– *Stillegung aller Atomanlagen. Einstellung des Exports atomarer Anlagen.*

– *Keine Frauen in die Bundeswehr. Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung.*

– *Entgiftung der Umwelt. Keine Verschwendung von Rohstoffen und Energie.*

– *Umstellung der Atomwirtschaft und der Rüstungsindustrie auf zivile und sozial nützliche Güter. Verstärkter Einsatz natürlicher Energiequellen.*

Koordinationsausschuss Ökologie und Frieden.
Kontaktanschriften: BBU, Hellbergstr. 6, 7500 Karlsruhe 21. DFG-VK, Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen 1.

Aufruf zur Internationalen Manifestation gegen die atomare Aufrüstung in Europa am 26. Oktober 1980 in Kaiserslautern (Wortlaut)

Stoppt die atomare Aufrüstung in Europa

– Den NATO-Atomraketenbeschluß aufheben
– Jetzt verhandeln

Die NATO hat beschlossen, neue US-Atomraketen herzustellen und in unserem Land zu stationieren. Diese Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen führen zu verschärften Spannungen und zu Mißtrauen zwischen Ost und West. Mit ihnen wird der Frieden in Europa bedroht.

Denn die neue Atomkriegsstrategie der USA („Präsidenten-Direktive 59") sieht vor: mit den neuen Raketen und mit der Neutronenbombe soll ein überraschender, auf Europa begrenzter Atomkrieg führbar werden. Der Einsatzbefehl des Präsidenten der USA würde für Europa ein atomares Inferno heraufbeschwören, in dem unser Volk nicht eine Stunde überleben könnte.

Die Bundesregierung muß darum ihre Zustimmung zu dem NATO-Beschluß zurücknehmen. Für unsere Sicherheit brauchen wir nicht immer tödlichere Massenvernichtungswaffen. Wir brauchen Verständigung, Entspannung und Zusammenarbeit: Schluß mit dem Wettrüsten.

Dafür müssen wir aktiv werden. Die UNO hat zu einer Weltabrüstungswoche vom 24. bis 30. Oktober aufgerufen.

Kommt zur Internationalen Manifestation: Demonstrieren wir gemeinsam mit Nachbarn aus Belgien, Frankreich, Holland am 26. Oktober 1980 in Kaiserslautern.

Denn die neuen Atomraketen werden mit Sicherheit in der Nähe von Kaiserslautern über Ramstein, dem größten NATO-Flughafen in Europa, eingeflogen und in Miesau, dem größten Waffendepot der Welt, gelagert. Von hier aus werden sie über ganz Westeuropa verteilt.

Stoppt die atomare Aufrüstung in Europa!

Wir demonstrieren gemeinsam mit Franzosen, Belgiern und Niederländern in Kaiserslautern am 26. Oktober 1980.

Internationale Manifestation: 14 Uhr Stiftsplatz; Eröffnung: Pastor Martin Niemöller; Ansprache: Professor Karl Bechert, MdB a. D. sowie Vertreter aus Frankreich, Belgien, Holland.

Demonstration: 13 Uhr – ab Pfaffstr./Stadtpark (Frankreich, Belgien, Saar); ab Waldschlößchen/Bremerstr. (Bayern, Baden-Württemberg); ab Mannheimer Str./Kaserne (Hessen, Rheinland).

Weitere Informationen: Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Gottesweg 52, 5000 Köln 51.

„Der Atomtod bedroht uns alle" – Ein Aufruf zum Gespräch von Prof. Dr. Helmut Ridder (Gießen), Gösta von Uexküll (Hamburg) und Josef Weber (Köln)

(Wortlaut)

Es ist nicht mehr zu übersehen: Eine neue Runde des Wettrüstens beginnt. Damit einher geht eine psychologische Propaganda, die uns davon zu überzeugen versucht, daß aufgrund neuer technologischer Entwicklungen erstmals seit 1945 ein auf Europa begrenzter Atomkrieg führbar wird.

Die Konzeption eines atomaren Erstschlags schließt die Vernichtung Europas als ein tragbares Risiko ein. Auch wer dieser Politik nur unter Berufung auf eine vermeintliche Solidaritätspflicht zustimmt, gibt – ob er das will oder nicht – unsere nationale und individuelle Existenz preis. Und selbst wenn diese bedrohliche Entwicklung der Rüstungen unter Kontrolle zu halten wäre – sie würde zu einer gesteigerten Militarisierung führen, die materielle Leistungskraft unseres Volkes überfordern und die Lösung der drängenden Probleme unserer Zeit unmöglich machen.

Wenn der Friede nicht mit politischen Mitteln zu sichern wäre, würden die vergangenen zehn Jahre der Entspannungspolitik vergeblich gewesen sein. Heute aber kann uns niemand einreden, daß internationale Vereiarungen über gegenseitige Sicherheit und über Abrüstung unmöglich und nicht tragfähig wären. Gewiß dagegen ist, daß sich die Aussichten für die Bewahrung des Friedens verringern, wenn der im vergangenen Dezember gefaßte Beschluß der NATO zur Stationierung neuartiger amerikanischer Atomraketen in Europa verwirklicht wird.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, daß alle, die diese Sorge teilen, miteinander beraten und nach Möglichkeiten suchen, wie der Gefahr eines Atomkrieges begegnet werden kann. Die Situation erscheint uns so dringlich, daß wir bisherige Vorbehalte im Gespräch zurückstellen sollten. Denn der Atomtod bedroht uns alle gleichermaßen. Die Erhaltung des Friedens liegt im Interesse aller und ist oberstes Gebot unserer Zeit.

Wir schlagen daher vor, am 15./16. November 1980 zu einem Forum zusammenzukommen und zu beraten, wie es möglich wird, Wege zu wirkungsvolleren gemeinsamem Handeln zu finden.

Diesen Aufruf unterzeichneten bisher u. a.:

Dr. Lisa Abendroth, Frankfurt/Main – Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/Main – Udo Achten, Sprockhövel, Diplompädagoge – Günter Amendt, Hamburg, Schriftsteller – Carl Amery, München, Schriftsteller – Prof. Dr. Georg Auernheimer, Marburg Hochschullehrer – Gerd Baltus, Schauspieler Hamburg – Klaus Balzer, Hamburg, Bildungsreferent – Gert Bastian, Margetshöchheim, Generalmajor a. D. – Helmut Bausch, Neuß, Journalist – Franziska Becker, Heidelberg, Karikaturistin – Arno Behrisch, Hof, Journalist – Christel Berger, Hamburg, Mitglied des Fachgruppenvorstandes der GEW Hamburg – Horst Bethge, Hamburg, Lehrer, Mitglied GEW Landesvorstand Hamburg – Dr. Wolfgang Beutin, Hamburg, Schriftsteller – Willi Bleicher,

Stuttgart, ehem. Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart – Manuel Bohn, Berlin West, Redakteur – Prof. Dr. Karl H. Bönner, Marburg, Hochschullehrer – Karl D. Bredthauer, Bonn, Redakteur – Prof. Dr. Peter Brokmeier, Hannover, Hochschullehrer – Dr. Kurt Bunke, Marburg – Jürgen Busack, Lübeck, MdL, Schleswig-Holstein – Dr. Ernst Busche, Bremen, Sprecher der Bürgerinitiative Garlstedter Heide – Ilona Caroli, Worpswede – Peter O. Chotjewitz, Haunetal-Kruspis, Schriftsteller – Joachim Dennhardt, Köln, Redakteur – Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg, Hochschullehrer – Lottemi Doormann, Hamburg, Journalistin – Dr. Konrad Elsässer, Frankfurt/Main, Pfarrer, Vorsitzender des Christlichen Friedensdienstes – Marlies Engel, Hamburg, Schauspielerin – Kurt Erlebach, Hamburg, Journalist – Wieland Eschenhagen, Darmstadt, Verlagslektor – Anatol Feid, Erbach, Dominikanerpater – Ekkes Frank, Weilheim-Teck, Textemacher, Rehtsanwalt – Prof. D. Walter Fürst, Bad Nauheim – Simon-Peter Gerlach, Gelsenkirchen, Pfarrer – Hermann Gremliza, Hamburg, Journalist – Richard Grübling, Frankfurt/Main, Verlagslektor – Heinrich Häberlein, Nürnberg, Landesvorsitzender der DFG–VK Bayern – Heinrich Hannover, Bremen, Rechtsanwalt – Dorothee Hasbargen-Wilke, Bremen, Landesvorsitzende der Deutschen Jungdemokraten – H. Helchmaier, Frankfurt/Main, Pilot, Vertrauenmann der ÖTV – Prof. Dr. Dieter Herms, Bremen, Hochschullehrer – Prof. Dr. Diederich Hinrichsen, Bremen, Hochschullehrer – Reinhard Hippen, Mainz, Deutsches Kabarett-Archiv – Wolfgang Freiherr von Hodenberg, Castrop-Rauxel, Fotograf – Michael Höhn, Wiehl, Pfarrer – Prof. Dr. Klaus Holzkamp, Berlin West, Hochschullehrer – Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen, Hochschullehrer – Mechtild Jansen, Köln – Alexander Kaestner, Hamburg, Studentenpfarrer – Dr. Peter Michael Kaiser, Münster – Dr. Dr. Joachim Kahl, Marburg – Helmut W. Kahn, Hamburg, Autor – Lorenz Knorr, Frankfurt/Main, Publizist – Prof. Dr. Matthias Kreck, Mainz, Hochschullehrer – Angela Kroll, Hamburg, Vorsitzende des SHB Hamburg – Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski, Münster – Volker Kühn, Frankfurt/Main, Journalist, Regisseur – Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg, Hochschullehrer – Prof. Ingrid Kurz, Hamburg – Konrad Lübbert, Uetersen, Pastor – Prof. Dr. Bodo Lecke, Hamburg, Hochschullehrer – Manfred Lehner, Großenseebach, Lehrer, Societas Popularum Progressio – Prof. Dr. Wolfgang Maier, Frankfurt/Main – Klaus Mannhardt, Düsseldorf, Bundesvorsitzender der DFG-VK – Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt/Main, Arzt, Hochschullehrer – Prof. Dr. Thomas Metscher, Bremen, Bundesvorsitzender des DKBD – Prof. D. Dr. M. Mezger, Mainz-Gonsenheim – Martin Mombaur, Lüchow, Dozent, Geschäftsführender Vorstand des BBU – Elfi Müller, Hamburg, Betriebsratsvorsitzende – Christine Mylius-Stumpf, Hamburg, Schauspielerin – Paul Neuhöffer, Köln, Verlagsleiter – D. Martin Niemöller, Wiesbaden – Dr. Reinhard Opitz, Köln – Aart Pabst, Hannover, Lehrer – Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg, Hochschullehrer – Peggy Parnass, Hamburg, Kolumnistin – Hans-Joachim Patzelt, Nürnberg, Betriebsratsvorsitzender – Dr. Juliane Pilz, Essen, Kunsthistorikerin – Prof. Dr. Wolfgang Pilz, Essen, Hochschullehrer, Kunsthistoriker – Prof. Meike Plesch, Hamburg – Heinz Pohlmann, Hamburg, Redakteur – Prof. Dr. Wolfgang Propp, Kreuztal – Liselotte Rauner, Bochum, Autorin – Heinz Reichwaldt, Langenhagen, Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D. – Prof. Dipl. Ing. Wolfgang Richter, Dortmund, Hochschullehrer – Prof. Dr. med. Michael Regus, Siegen, Hochschullehrer – Luise Rinser, Schriftstellerin – Prof. Dr. Helmut Ridder, Bieberthal – Prof. C. Dorothee Roer, Frankfurt/Main – Dr. Ingo Roer, Frankfurt/Main, Pfarrer – Johann Rösch, Nürnberg, Gewerkschaftssekretär – Rudolf Rolfs, Frankfurt/Main, Schriftsteller – Jürgen Rumstig, Frankfurt/Main, Pilot, Vertrauensmann der ÖtV – Prof. Dr. Albrecht Schau, Plochingen – Dr. Dagmar Scherf-Deskau, Friedrichsdorf, Lektorin, Betriebsratsvorsitzende – Klaus Schikore, Osterholz-Scharmbeck, Studienrat – Reinald Schnell, Mülheim/Ruhr, Filmemacher – Wolfgang Schrank, Frankfurt/Main, Betriebsratsvorsitzender, Vors. des Frankfurter Jugendrings – Dr. Peter Schütt, Hamburg, Schriftsteller – Detlef Schulz, Schleswig, Landesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten Schleswig-Holstein – Ingrid Schuster, Frankfurt/Main, Redakteurin – Joachim Schwammborn, Frankfurt/Main, Rechtsanwalt – Wolfgang Sieling, Bremen, Rechtsanwalt – Jürgen Sönicksen, Bremen, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Dorothee Sölle, Hamburg – Prof. Dr. Richard Sorg, Wiesbaden, Hochschullehrer – Christa Springe, Mainz, Pfarrerin – Eckart Spoo, Hannover, Journalist – Wolf-Dietmar Stock, Fischerhude, Leiter des Verlages „Atelier im Bauernhaus" – Alois Stoff, Essen, Schlosser, Betriebsratsvorsitzender, Landesvorsitzender der DFG-VK NRW – Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen, Hochschullehrer – Horst Symanowski, Mainz-Gonsenheim, Pfarrer i. R. – Grete Thomas, Buxtehude, Oberstudienrätin – Prof. Dr. Klaus Tiedemann, Hamburg – Prof. Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer, Kassel, Hochschullehrerin – Horst Trapp, Frankfurt/Main – Gisela Tuchtenhagen, Hamburg, Filmemacherin – Gösta von Uexküll, Hamburg, Publizist – Kurt Veith, Hannover, Lehrer – Henning Venske, Wasserkoog, Journalist – Prof. Manfred Vosz, Düsseldorf – Prof. Dr. Günter Waldmann, Reutlingen, Hochschullehrer – Gerhard Weber, Hamburg, Generalsekretär CVJM Hamburg – Josef Weber, Köln, Verlagskaufmann, Oberst a. D. – Heinrich Werner, Mainz, Pfarrer a. D., Redakteur – Ulrich Westermann, Frankfurt/Main, Pilot, Vertrauensmann der ÖTV – Prof. Dr. Rüdiger Wilms, Neckargemünd – Peter Wippermann, Hamburg, Grafiker – Prof. Dr. Jörg Wollenberg, Bremen, Hochschullehrer – Gerd Wollschon, Köln, Autor – Sabine Wuensch, Hamburg, Redaktionsassistentin – Prof. Dr. Erich Wulf, Hannover – Dr. Herbert Wulff, Hamburg, Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung Universität Hamburg – Werner Wurstius, Frankfurt/Main, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier – Dr. Walter Wuttke-Groneberg – Louis-Ferdinand von Zobeltitz, Fernwald, Pfarrer. (Funktionsangaben dienen nur der Information.)

Unterstützungserklärungen (und ggf. Anmeldungen zur Teilnahme) bitte einsenden an: Josef Weber, c/o DFU, Amsterdamer Str. 64, 5000 Köln 60. – Finanzielle Unterstützung der Veranstaltung erbeten unter Stichwort „Forum" auf das PSK Josef Weber, 43 Essen, Konto Nr. 158570-435.

„Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr" – Vorschläge des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko vor der UNO-Generalversammlung am 23. September 1980

(Wortlaut)

In seiner Rede vor dem Plenum der 35. UNO-Generalversammlung machte der sowjetische Außenminister, der gleichzeitig den Entwurf einer entsprechenden Resolution unterbreitete, Vorschläge „über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr". Nachstehend dokumentieren wir diese Vorschläge in der deutschen Wiedergabe durch die sowjetische Presseagentur Nowosti (APN). D. Red.

1. Ein wichtiger Schritt wäre der Verzicht der Staaten, die Militärbündnissen angehören, auf die Erweiterung der bestehenden militärpolistischen Gruppierungen durch neue Mitglieder, und der Staaten, die nicht Mitglieder solcher Gruppierungen sind, auf den Beitritt zu ihnen. Ausnahmslos alle Staaten müssen jegliche Handlungen vermeiden, die zur Schaffung neuer Militärbündnisse oder dazu führen, daß Regionalorganisationen militärische Funktionen erhalten, die solche nicht haben.

Dabei bleiben die von der UdSSR zusammen mit anderen sozialistischen Ländern mehrfach abgegebenen Erklärungen über die Bereitschaft, einer Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages zuzustimmen, wenn gleichzeitig der NATO-Block aufgelöst wird, sowie über die Auflösung der Militärorganisationen beider Gruppierungen als ersten Schritt dazu, beginnend mit der beiderseitigen Reduzierung der militärischen Tätigkeit, vollständig in Kraft.

2. Es ist notwendig, daß alle Staaten, und vor allem die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und die Länder, die mit ihnen durch Militärabkommen verbunden sind, die Verpflichtung übernehmen, von einem bestimmten Termin an, sagen wir vom 1. Januar nächsten Jahres, ihre Streitkräfte und konventionellen Rüstungen als ersten Schritt zu deren darauffolgender Reduzierung nicht zu vergrößern.

3. Ausgehend davon, daß der Festigung der Sicherheitsgarantien für die nichtkernwaffenbesitzenden Staaten am besten der schnellstmögliche Abschluß einer entsprechenden Konvention unter Beteiligung aller kernwaffenbesitzenden und nichtkernwaffenbesitzenden Staaten dienen würde, ist die UdSSR bereit, bei einem ebensolchen Verhalten der anderen Nuklearmächte auch andere mögliche Varianten für die Lösung dieses Problems zu prüfen. Wir rufen alle Nuklearländer auf, inhaltlich analoge feierliche Erklärungen über die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen nichtkernwaffenbesitzende Staaten abzugeben, die solche nicht auf ihrem Territorium haben. Solche Erklärungen könnten, wenn sie dem gestellten Ziel gerecht werden, durch einen kompetenten Beschluß des Sicherheitsrates untermauert werden.

Dabei bekräftigt die Sowjetunion erneut, daß sie niemals Kernwaffen gegen Länder anwenden wird, die auf deren Produktion und den Erwerb solcher Waffen verzichten und diese nicht auf ihrem Territorium haben.

4. Wir sind gewiß, daß es durchaus real ist, die Ausarbeitung eines internationalen Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenexperimente in kurzer Frist erfolgreich abzuschließen, wenn unsere Verhandlungspartner USA und Großbritannien diesbezüglich Bereitschaft an den Tag legen sollten.

Um das zu erreichen, schlägt die UdSSR vor, daß alle Nuklearmächte ihren Verzicht darauf erklären, im Laufe eines Jahres, gerechnet von einem zwischen ihnen abgestimmten Datum an jegliche Experimente mit Kernsprengsätzen zu beenden. Es handelt sich dabei um ein Jahresmoratorium. Indessen sollen die Verhandlungen über eine radikalere Lösung weitergehen.

Die unaufschiebbare Realisierung all dieser Maßnahmen würde eine Reihe krasser Gegensätze in den internationalen Beziehungen beseitigen. Sie könnte zur Verringerung der Last der Militärausgaben der Staaten, zur Festigung der Übereinkunft über die Nichtweitergabe von Kernwaffen sowie zur Schaffung günstiger Bedingungen für ein Vorankommen auf dem Gebiet einer Begrenzung des Rüstungswettlaufs beitragen.

Autoren dieses Heftes

Witich ROSSMANN, geb. 1951 in Wolfsburg, Studium der Geschichte und der Wissenschaftlichen Politik an der Universität Marburg, z. Z. Promotion zur Lohn- und Tarifpolitik der IG Metall. • • • *Dr. Martin KUTSCHA*, geb. 1948 in Berlin, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaft in Kiel, Marburg, Hamburg und Bremen; Promotion zur Verfassungsproblematik der Berufsverbote; Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Wolfgang ABENDROTH*, geb. 1906 in Wuppertal, em. Professor für Wissenschaftliche Politik, lebt in Frankfurt/M.; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Josef SCHLEIFSTEIN*, geb. 1915 in Lodz, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M.; zahlreiche Veröffentlichungen zu Problemen des Marxismus und der Arbeiterbewegung. • • • *Zbigniew RAMOTOWSKI*, Bonner Korrespondent der polnischen Tageszeitung „Zycie Warszawy". • • • *Adalbert KRIMS*, geb. 1948 in Freistadt/Oberösterreich, früher führender Funktionär der Katholischen Jugend und Religionslehrer; Vorsitzender der Aktion Kritisches Christentum und Österreich-Korrespondent der Dritte-Welt-Nachrichtenagentur „Inter Press Service"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Norman PAECH*, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Bundesvorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Harry BÖSEKE*, geb. 1950 in Jützenbach (DDR), Sozialarbeiter, mehrere Jahre Jugendarbeit, jetzt freiberuflicher Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Hella GERTH-WELLMANN*, geb. 1950 in Neumünster, Diplom-Politologin, Doktorandin in Hamburg, Lehrbeauftragte an der Universität Hamburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Axel PINCK*, geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Josef SCHMITZ*, geb. 1953 in Rumeln-Kaldenhausen, Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, Diplom-Politologe; verstorben am 18. Juli d. J.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.

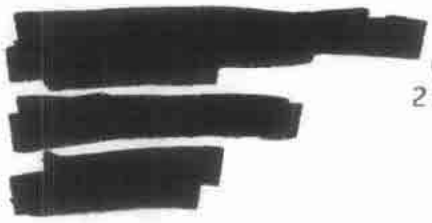
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416 — Heft 11/1980 der „Blätter" wird am 14. 11. 1980 ausgeliefert.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (10/80)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51



0905
25366

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt. zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–